

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepaltene Kolonne
jede oder deren Raum 40 Pfg., für
politische und gewerkschaftliche Besondere
und Herkommen-Anzeigen 30 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 22. November 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Schule als Folterkammer.

Während sich der vierfüßige deutsche Philister von mehr oder
minder geschickten Drahtziehern in Entrüstung versehen läßt über
den politischen Hochstapler Chamberlain und während bei dieser
Gelegenheit der erste beste Kriegervereinsredner das gesamte englische
Volk als eine Bande von Hebern hinstellt, erregt die furchtbare An-
klage, die in Gnesen gegen den preussischen Germanisierungskrieg
erhoben wurde, kaum einen Widerspruch.

Stellt man diese Dinge in Vergleich mit dem, wessen die
Roberts und Kitchener gegenüber den Boerenländern beschuldigt
werden, dann erscheinen die Zustände in dem „Konzentrationslager“
der preussischen Germanisatoren beinahe noch schlimmer; denn die
Kitchener können immer noch Widerstandsgründe geltend machen, sie
sind Kriegsknechte und handeln in Kriegsnot, hier dagegen wird die
Jugend auf barbarische Weise mißhandelt — mitten im Frieden der
verfassungsmäßigen Gleichberechtigung aller Reichsbürger.

Was haben denn die armen polnischen Kinder getan? Sie
haben sich geweigert, in der Religionsstunde deutsch zu sprechen, das
heißt eine Sprache, die ihnen unverständlich war. Die deutschen
Jugendblätter kommen nun mit der Anklage der Verheerung: die
Kinder seien von Erwachsenen zum Widerstande aufgehetzt. Zu-
gegeben selbst, daß dem so ist, obgleich manches dagegen spricht:
Kinder von 13 und 14 Jahren brauchen nicht erst aufgehetzt zu werden,
wenn es sich um die Wahrung der allerersten Rechte handelt,
besonders nicht Kinder eines Volkstammes, bei dem der Kampf um die
Selbsterhaltung in Fleisch und Blut übergegangen infolge einer un-
erträglichen Ausrottungspolitik der Beherrscher. Zugegeben also,
Erwachsene hätten hier auf die Kinder eingewirkt. Kann man ihnen
das verübeln? Seit Jahren schon wird systematisch die polnische
Sprache in der Schule unterdrückt; in manchen Schulen ist nur noch
in der Religionsstunde die polnische Sprache geblieben, im übrigen
dürfen polnische Kinder nicht ein Wort in ihrer Muttersprache in
der Schule hören oder sprechen. Ja mehr noch! Selbst außerhalb
der Schule dürfen die Kinder nicht polnisch lernen. Ist
doch vor einem Jahre in Polen eine Frau ins Gefängnis gesperrt
worden, weil sie das furchtbare Verbrechen begangen, armen Kindern
wenigstens Lesen und Schreiben in ihrer Muttersprache bei-
zubringen.

Nicht die „polnischen Heer“ sind es, die die Politik in die
Schule tragen, sondern das System der Germanisierung muß dahin
wirken, daß selbst die polnischen Schulknaben und Mädchen die ganze
Unwürdigkeit dieser Praktiken begreifen. Die Lehrer, die sich zu
diesem System hergeben und hergeben müssen, haben sich den
glühendsten Haß der Bevölkerung zugezogen.

Die Konsequenz war, daß diese Lehrer, die Kulturträger, zu
Peinigern der Kinder geworden sind. Die Schulkinder in Breschen
wehren sich gegen die Vergewaltigung; sie haben keine An-
worten geben wollen, als sie gezwungen wurden in der
Religionsstunde, die bisher polnisch war, deutsch zu sprechen.
Religiöse Motive mögen dabei mitgespielt haben. Für
den ausgebildeten Polen sind deutsch- und protestantisch, russisch
und orthodox gleichbedeutend. Das feurige Herz heranwachsender
Kinder neigt stets zum Fanatismus, und so ist es gar kein Wunder,
wenn polnische Knaben und Mädchen von 12 oder 14 Jahren
fanatische Nationalpolemiken und Katholiken sind. Gerade die
besten unter ihnen, die, deren Empfindungsleben besonders
regt ist, müssen sich dem unerträglichen Dreck widersetzen.
Gewiß, die vierzehnjährige Smilowicz, die sich weigerte, deutsch zu
sprechen und selbst den deutsch gedruckten Katechismus nicht in die
Hand nehmen wollte, und als sie durch Prügel dann gezwungen
wurde, ihn wie etwas Unreines durch die Schürze anzusehen, die
kategorisch erklärte, sie werde ihre Religion nicht deutsch lernen, weil
das eine Beleidigung ihres Gottes sei, dies Mädchen, das standhaft
blieb trotz der Prügel, trotz der grausamen Strafe, war eine
Fanatikerin. Vom nationalen und religiösen Standpunkt aber, auf
den doch gerade unsere Polenheer schwören, ist das Heroismus, und
deshalb, der diesen Heroismus gewaltthätig anzuprügeln, der ein
Menschenquälerei.

Der Bureaukratismus im Dienste der Gewaltpolitik war am
Ende seines Latens und nun wurde den Lehrern befohlen, mit
Prügeln den Geist der widerspenstigen Kinder zu brechen. Jetzt
wurde die Schule zur Folterkammer! Wie es da zugegangen sein
muß, davon kann man sich ein Bild machen, wenn man die gericht-
snotariatschen Thatsachen hört, daß das Schulmädchen Tomaszowska
ohnmächtig aus der Schule getragen wurde
infolge der Prügelung, daß andre Kinder blutend
auf der Straße erschienen. — Die Angehörigen
der Kinder mühten doch wirklich keine Menschen sein,
wenn sie bei solchem Anblick nicht in Wut geraten wären. Aber der
Herr Kreisinspektor erklärte vor Gericht, trotz der drohenden
Geltung der vor dem Schulhause angesammelten Menge hätte er die
Erfolgung nicht einstellen lassen, und das rechnete sich dieser Herr als
Heidenthat an, Heidenthaten, verübt an wehrlosen Kindern!

Die Germanisierungspolitik hat bereits dazu geführt, das Rechts-
bewußtsein in weiten Kreisen des deutschen Bürgerthums zu korrumpieren.
Einer der Hauptlanger des Germanisierungssystems, Professor
Jorn, darf den Grundtatbestand vertreten, daß der Raub, den man
an polnischen Völkern begeht, indem man ihnen verbietet seine Sprache
zu lernen, nicht im Widerspruch zur Gerechtigkeit steht; der Raub
hat besonders die Abschaffung der polnischen Sprache auch im Religions-
unterricht als gerecht und notwendig bewiesen. Und die deutschen
bürgerlichen Blätter verschiedenster Richtungen, vom wadenstrempel-
lerischen Freisinn bis zum nagelebschlagenden Agrarierthum haben
den Artikel beifällig abgedruckt. Der Prozeß von Breschen hat die

Konsequenzen des Systems gezeigt: die zur Folterkammer ge-
wordene Schule. Werden die Leute, die „Gott fürchten, sonst nichts
in der Welt“, vor diesen Konsequenzen nicht zurückschrecken?
Wir fürchten, nein. Dann soll man wenigstens still sein und nicht
über englische Barbarei schreiben, soll nicht von deutscher Kultur
zu sprechen wagen, so lange in Preußen Lehrer gezwungen werden,
Kindern Deutschheit und Christentum durch Mißhandlungen bei-
zubringen!

Inzwischen hat das Gericht in Gnesen gesprochen. Die An-
geklagten sind wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs zu furchtbar
hatten Strafen verurteilt worden. Es wurden Zuchthaus- und
Gefängnisstrafen bis zu 2 1/2 Jahren verhängt, und
dies, obwohl niemand von den Angeklagten als Missethäter in
Betracht kam und obwohl die Urteilsbegründung selbst die
mildern Umstände feststellte, denn so führte die Begründung aus:

„Der äußere Anlaß zu den Zusammenrottungen war der, daß
ein Schulkind mit Streichen auf den Händen seine und die
Eltern anderer Kinder aufgeregt hat. So sammelte sich
sehr bald eine große Menschenmenge vor dem Schul-
hause an. Eine so schnelle Ansammlung hätte nicht wegen eines
so geringfügigen Anlasses stattfinden können, wenn nicht schon
eine Erregung vorhanden gewesen wäre, die auf tiefere Ursachen
zurückzuführen ist, die einen tieferen Grund hat. Diese Erregung
ist hervorgerufen worden durch die Einführung des deutschen Re-
ligionsunterrichts in der Breschener Schule. Für die Erregung
war also schon Grundstoff vorhanden, aber aus dem Volkswillen
heraus wäre er wohl nie in solcher Weise, wie dies leider ge-
schehen ist, zu Tage getreten, wenn nicht noch andre
Einflüsse vorhanden gewesen wären, Einflüsse, die sich
unleugbar in hohem Maße geltend gemacht haben. Das
muß zum Ausdruck gebracht werden; es muß zum Ausdruck
gebracht werden, daß ein großer Teil der Schuld dem Vikar
Kasowski zur Last gelegt werden muß. Der Herr Vikar ist nicht
eingedenk gewesen des Wortes der heiligen Schrift: Seid unter-
than der Obrigkeit, die Gewalt über Euch hat, sondern er hat zu
den Kindern gesagt: Ich gebe Euch in dieser Sache
keinen Rat! Damit hat er den Widerstand, den die
Kinder ihren Lehrern leisteten oder leisten sollten,
gewissermaßen sanktioniert, er hat die Kinder in ihrer
Aufsichtung gegen die Gelehrten und die eingeleitete Schul-
behörde befestigt. Und er stärkte mit dieser Aufsichtung der
Kinder, die er aufgegeben hatte, zugleich auch den Widerstand der
Eltern gegen die Einführung und die weitere Erteilung des
deutschen Religionsunterrichts.“

Ein so hartes Urteil hätte niemand erwartet. Als es verurteilt
wurde, entstand eine tiefe Erregung im Zuschauertraum. Ein Geis-
tlicher rief mehrmals: Furchtbar! Entsetzlich! und viele Leute brachen
in Thränen aus.

Von der deutschen bürgerlichen Presse waren nur Centrums-
blätter einen Protest. Während aber selbst konservativere Blätter ihr
Unbehagen über das System der gewaltthätigen Germanisierung
äußerten, verteidigten freisinnige Blätter dieses System. Die
„Vossische Zeitung“ regt sich über den polnischen Aberglauben
auf: „Das polnische Volk glaubt in seinen unteren Schichten
nicht nur, daß der Papst polnisch spreche, sondern daß
auch Jesus Christus und die Mutter Gottes polnisch ge-
sprochen haben, und aus diesem Abergeweis folgt es, daß die katho-
lische Religion die polnische Religion sei.“ — Als wenn es in deut-
schen, protestantischen, gebildeten Kreisen keinen schlimmeren Aberg-
glauben gäbe! Ist es etwa minder abergläubisch, wenn ein Mensch
sich als besonders gottbegnadet wähnt, oder der Sieger in einem
Kriege für sich den Anspruch erhebt, daß die Vorsehung auf seiner
Seite sei? Jeder Gläubige glaubt eben, daß seine Götter nur
seine Sprache reden.

Geradezu entzückt über das Urteil ist das „Berliner Tageblatt“,
das in seinem Vorkriegs-Artikel der Welt verraten hatte, daß es allein
der Träger des wahren und echten Socialismus sei, während die
Socialdemokratie nichts weniger als social sei. Heute meint dies
Organ der wahren socialistischen Väterlichkeit:

„Wenn der Gnesener Gerichtshof mit dieser strengen Bestrafung
die abschreckende Wirkung auf die Verurteilten und andre
erzielen wollte, die von einzelnen Strafrechtgelehrten als einer der
Hauptzwecke gerichtlicher Bestrafung angesehen wird, so wird er
sich diesmal nicht verrechnen haben; wie aus ein Privattelegramm
aus Polen meldet, hat die Schärfe des Gnesener Urteils die
leitenden polnischen Kreise geradezu verblüfft. Die polnischen
Heißhühner hatten sich nachgerade an den Glauben gewöhnt,
polnische Ausschreitungen müßten immer milde geahndet
werden, wie das bisher des Landes dort der Brauch ge-
wesen war. Hoffentlich wird die strenge Bestrafung der
Freiheitsbrecher, die der Gerichtshof selbst als Opfer der
Aufhebung betrachtet hat, den Drahtziehern in Polen
und anderswo das Bewußtsein schärfen und sie veranlassen, ihre
leicht zu leitenden und zu verleitenden Stämmegeossen nicht als
Prügelknaben zu behandeln. Die unglücklichen Vorkommnisse in
Breschen rechtfertigten die Statuierung eines
Ergänzels vollkommen... Man wird die strenge Be-
strafung dieser unglücklichen Billigen müssen, wenn man bedenkt,
daß durch frühere milde Urteile in solchen Fällen der Ungehorsam-
keit des polnischen Nationalfanatismus nur Vorschub geleistet
und zu solchen Vorkommnissen wie dem Breschener Anwalt
der Grund gelegt wurde. Das Gnesener Urteil ist, unter dem
Gesichtspunkte einer Radikalkur betrachtet, eine Maßregel, die im
Interesse einer ungeführten Aufrechterhaltung des Landfriedens,
des nationalen und konfessionellen Einvernehmens liegt und als
solche mit Beifall zu beurteilen ist.“

Diese freisinnige Raub- und Gewaltpolitik ist nicht nur schamlos,
sondern auch politisch dumm. Der Breschener Prozeß wird der
nationalpolnischen Bewegung nur neue Kraft verleihen und die
Germanisierungspolitik vollends zu nichts machen. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. November.

Unzuständig!

Das Haager Schiedsgericht, oder, genauer ausgedrückt, der
Verwaltungsrat des Haager Schiedsgerichts hat es, wie jedermann
vorausah, richtig abgelehnt, irgend etwas zur Schlichtung des
südafrikanischen Krieges zu unternehmen. Der Verwaltungsrat hat sich
für „unzuständig“ erklärt. Bei dem engumgrenzten Kreis der ihm durch
die Haager Konvention zugewiesenen Funktionen konnte er nicht
andere handeln. Wir haben es ja wiederholt aneinanderbeseht:
Das Haager Schiedsgericht ist das lächerlichste Tribunal, das auf dem
Erdball aufzufinden ist, und der Verwaltungsrat des Schiedsgerichts
der Schatten einer Null.

Welche Bedeutung könnte auch ein Schiedsgericht beanspruchen,
das nur dann in die Lage kommt, einen Schiedsspruch abzugeben,
wenn beide streitende Parteien seine Entscheidung anrufen. Sollte
das wirklich einmal geschehen, so wird es sich entweder um eine ganz
lächerliche Lappalie handeln, derenthalb es so wie so zu keinem
kriegsartigen Konflikt gekommen wäre, oder um den Haß
zweier Begeer, die sich gegenseitig derartig vor einander fürchten,
daß auch ohne Schiedsgerichtsurteil niemals einer von ihnen die
ultima ratio der Kanonensprüche anzurufen den Mut gehabt haben
würde. Nun, unter solchen Umständen könnte einmal der kuriose
Fall eintreten, daß das Schiedsgericht in die Lage käme, sich für
unzuständig zu erklären, womit freilich noch lange nicht gesagt wäre,
daß der Schiedsspruch des Schiedsgerichts von der unterlegenen
Partei auch respektiert werden würde!

Das Haager Schiedsgericht ist nun einmal ein Postengericht,
die förmliche Antwort der Mächte auf den Witz des Jaren, ein
Friedensmanifest zu erlassen und eine Abrüstungs- und Friedens-
konferenz einzuberufen. Die Mächte gingen auf die diplomatische
Farce des Jaren mit dem steifen Ernst einer Maskerade ein, sie
ließen ihre Vertreter Monate lang im Haag zusammensitzen, bis
dann schließlich als schönstes Ergebnis dieser internationalen Ver-
handlungen die Institution des sogenannten ständigen Schiedsgerichts
das Licht der Welt erblickte, das man treffender das „unzuständige“
Schiedsgericht getauft hätte.

Der Boerenkrieg geht also seinen Gang weiter mit seinen
kriegsgerichtlichen Exekutionen, dem Hängen, Erschießen, Auspeitschen,
Zuschuhausflicken und der Expatrierung der Kriegsgefangenen,
mit seinen Senzen und Bremen, mit dem Kindes- und Frauenmord
in den Konzentrationslagern! Das Schiedsgericht ist ja unzuständig,
so lange nicht auch England sich seinem Urteil unterwirft. Und
England wird das gar nicht einfallen, selbst wenn sich andre
Mächte fänden, die ihm ernstlich ins Gewissen redeten. Aber
selbst diese Mächte finden sich nicht einmal. Man will sich
nicht der Unannehmlichkeit einer mehr oder minder höflichen Ab-
slehmung des Rates aussetzen. In der bayerischen Kammer erklärte
ja kürzlich der Ministerpräsident v. Crailsheim, daß es bei aller be-
rechtigten Boerenympathie für Deutschland nicht rätlich erscheine,
sich in den Krieg einzumischen. Unternehme Deutschland einen
diplomatischen Schritt zu Gunsten der Boeren, so müßte es sich dar-
auf gefaßt machen, eine diplomatische Niederlage zu erleiden, die es
entweder ruhig einstecken oder — fähnen müsse. Eine besonnene
Reichspolitik könne sich deshalb auf etwas derartiges nicht ein-
lassen.

Und auch v. Crailsheim hat mit seiner Darstellung nicht unrecht.
Die deutsche Regierung kann ebensowenig wie eine andre Regierung
etwas für die Boeren thun, ohne eine Abfuhr zu riskieren,
England könnte alle Friedensmaßnahmen in den Wind schlagen, weil
eben keine der Mächte, die sich zum Hüter des Friedens auf-
würfe, selbst seine Hände hat, weil sämtliche Mächte
ohne Ausnahme imperialistische Raubpolitik
treiben und deshalb derart in gegenseitiges Mißtrauen und gegen-
seitigen Reid verstrickt sind, daß eine gemeinsame Aktion gegen
England einsoch ausgeschlossen ist. Daß Raubgesellschaften sich eines be-
sonders vordringlichen Konkurrenten entledigen, kommt zwar auch
zuweilen vor, aber das seit eine wenigstens momentane Interessen-
gemeinschaft dem Dritten gegenüber voraus, die bei den Mächten
England gegenüber nicht vorhanden ist.

Für den Boerenkrieg wird deshalb das Haager Schiedsgericht
solange unzuständig bleiben, bis England die Lasten des un-
absehbaren Kriegsabenteuers mitträglich geworden sind. Aus-
geschlossen ist es keineswegs, daß dieser vorläufig freilich noch nicht
absehbare Zeitpunkt einmal eintreten könnte. Es würde sich freilich
in einem solchen Falle noch fragen, ob dann auch die Boeren
noch geneigt sein würden, sich dem Schiedsspruch zu unterwerfen. —

Deutsches Reich.

Der Zolltarif.

Eine seit kurzem in London erscheinende Korrespondenz für
deutsche Zeitungen bringt angebliche Äußerungen des Kaisers
für den Zolltarif. Von den konservativen Blättern teilt
daher nur die „Post“ diese Äußerungen mit, die übrigen Preise
des Zolltarifs glaubt aufeinander noch nicht daran, daß ihre
Furcht vor dem Kaiser völlig grundlos war. Diese Presse
hatte jüngst jubelnd mitgeteilt, daß der Kaiser sich nicht gegen
den Zolltarif geäußert habe, aber daß er für denselben unabweislich
eintreten würde, das übersteigt offenbar ihr kühnstes Hoffen.

Der Kaiser soll nach den Angaben jener Korrespondenz sich
erstreckt über den Ausdruck seines langen Wäfers ausgesprochen
haben, daß die Industrie der Landwirtschaft entgegenkommen solle,
da diese vornehmlich berückichtigt werden müsse als der Stand, der
für die Wehrkraft des Landes an erster Stelle in Betracht kommt;
der Kaiser soll hinzugefügt haben:

Das ist ganz mein Standpunkt. Wer im Stande ist, zu jeder Zeit ein Kompromiß richtig zu werten, wird im politischen Leben es vermeiden, sich zu kompromittieren."

Weiter berichtet dieselbe Londoner Korrespondenz: Nach von einer anderen Aeußerung des deutschen Kaisers erfahren wir, und zwar betrifft auch diese die wichtigste Frage der gegenwärtigen inneren Politik im Reich. In einer Unterhaltung über die Aussichten der Zolltarifvorlage hat der Monarch — und zwar geschah es einem ausländischen Staatsmann gegenüber, der soeben vom Kontinent nach England zurückgekehrt ist — der Zuversicht Ausdruck gegeben, daß die parlamentarische Entscheidung dieses wichtigsten Gesetzentwurfs der Session sehr viel weniger Zeit in Anspruch nehmen werde, als die Durchberatung des Tarifs vom Jahre 1879. Er, der Kaiser, hege das Vertrauen zum Reichstag, daß diese Körperschaft in jedem Moment sich bewußt bleibe, der deutsche Reichstag zu sein. Die Wogen einer erregten Agitation und die Phrasen, die bei einem solchen Kampfe unausweichlich seien, erwiesen sich doch schließlich weniger mächtig, als das Bewußtsein der Verantwortlichkeit. Im Verein mit den verbündeten Regierungen werde der Reichstag sich über scheinbar schwierigste Fragen verständigen. Ein tiefes Patriotismus — und das schwerste wird leicht; es giebt kein Unannehmliches!

Die „Post“ meint, gegen die Richtigkeit dieser Aeußerungen sprächen keinerlei sachliche Gründe und es sei nunmehr mit einem Schläge dem freihändlerischen Bunde ein Ende bereitet, als sei der Kaiser ein geheimer Gegner des Tarifs.

Die Londoner Korrespondenz mag Wahres berichten und die Freude der „Post“ mag berechtigt sein, — aber immerhin würde das konservative Blatt seiner monarchischen Aufgabe erst gerecht werden, wenn es eine Erklärung giebt für den außerordentlichen Wechsel der Anschauungen des Kaisers über den Protzruhr. Es wäre — die Richtigkeit der angeblichen Kaiseräußerung vorausgesetzt — nicht ohne Interesse, wenn die „Post“ nachweisen wollte, daß ein Kompromiß, wie es der Kaiser seinen früheren Anschauungen und den jetzigen eingegangen sein soll, nicht zu kompromittieren vermag. Zwar ermahnt sich die „Post“, daß ein der Kaiser die Capricieuse Politik, die jetzt als Grenel aller Grenel gilt und von Grund auf umgestürzt werden soll, als rektende That feierte und daß er die Protzruhrernung als Protzruhrernung verdamme, aber die „Post“ wird schließlich jenen Nachweis dennoch zu führen im Stande sein.

Die Socialdemokratie hat aus den früheren Mitteilungen über Worte des Kaisers, die der Protzruhrernung ungünstig waren, keinerlei Illusionen geschöpft. Die Socialdemokratie hat ebenso wenig Anlaß zur Ueberdrossung etwaiger dem neuen Zolltarif günstigen Auslassungen des Kaisers. Unter Kampf ist von den Meinungen und Meinungen eines Einzelnen durchaus unabhängig, und wie unser Kampf so unsere Erfolge!

Die offizielle „Berliner Korrespondenz“ beschäftigt anscheinend ihre Vertretung des Bucherzirks jetzt mit verneintem Nachdruck aufzunehmen. Sie veröffentlicht heute einen längeren Artikel über „Einrichtung und Anordnung des neuen Zolltarifs“. Der Artikel soll beweisen, daß schon die Technik des neuen Entwurfs weit geeigneter ist zur Durchführung zollwucherischer Pläne als der frühere Generaltarif. Gegen diese Beweisführung der „Berl. Korresp.“ ist unersetzlich kaum etwas einzuwenden.

#### Die Viehzölle.

Die Viehzölle, die bisher für das Stück Vieh galten, sind im neuen Zolltarif in solche für je 100 Kilogramm Lebendgewicht umgewandelt worden. Um einen Vergleich der bisherigen und der neuen Zollsätze zu ermöglichen, haben die Weltkaiser der Berliner Kaufmannschaft, wie wir der „Freil. Ztg.“ entnehmen, die Verwaltung des kaiserlichen Viehhofs in Berlin ersucht um Ermittlung der Beträge der Zölle für je 100 Kilogr. Schlachtgewicht. Nach den Ermittlungen der Viehhofsverwaltung ist das Lebendgewicht eines Ochsen mit 600 Kilogramm angenommen, wovon das Schlachtgewicht 54 Proz. = 324 Kilogramm ausmacht. Der jetzige Zoll beträgt pro Stück 30 M., der vorgeschlagene Zoll für 100 Kilogramm Lebendgewicht 12 M., demnach der bisherige Zoll für 100 Kilogramm Schlachtgewicht 9,26 M. und der künftige 22 M. Das Schlachtgewicht ist für 100 Kilogramm Schlachtgewicht:

	Jetziger Zoll	Künftige Zoll-erhöhung	mehr (+) oder weniger (-) M.
Rühe	3,33	9,08	+ 5,75
Stiere (Ochsen)	3,85	10,68	+ 6,83
Ochsen	9,26	22,22	+ 12,96
Jungvieh bis zu 2 1/2 J.	3,57	8,81	+ 5,24
Kalber unter 6 Wochen	9,98	12,90	+ 2,92
Schweine	5,00	12,50	+ 7,50
Spanferkel unter 10 Woch.	14,81	13,33	- 1,48
Schafvieh	4,26	8,51	+ 4,25
Lämmer	6,49	12,90	+ 6,41

Diese Zahlen bezeichnen also die Beträge, um welche sich jedenfalls das vom Ausland importierte Vieh, und wahrscheinlich auch das im Inlande gezüchtete im Preise verteuern würde. Vergleichen wir nun die Zahlen mit den letzten Ermittlungen des Berliner städtischen statistischen Bureaus der Fleischkonsum pro Kopf der Berliner Bevölkerung jährlich 74,57 Kilogramm beträgt, so kann man sich nach den obigen Zahlen leicht einen annähernden Begriff von der Belastung jeder Familie durch die geplanten Zollserhöhungen machen. Nimmt man an, daß die Gallbelastung des Schweinefleisches als desjenigen Fleisches, welches im Konsum der ärmeren Volksklassen die größte Rolle spielt, maßgebend ist für die durchschnittliche Gallbelastung des Fleischkonsums dieser Klassen, so würde sich also die durchschnittliche Belastung bis um 7,50 M. erhöhen (pro 100 Kilogramm Schlachtgewicht), das heißt bei dem angegebenen Durchschnittskonsum von 74,57 Kilogramm eine Mehrbelastung von jährlich 5,60 M. pro Kopf oder 28 M. für die fünfköpfige Familie. Und das allein für den Fleischverbrauch! —

#### Chamberlain und die deutsche Regierung.

Chamberlain hat die Massenproteste der Universitäten, der Volksversammlungen, der Krieger- und Veteranenvereine gegen seine nach der patriotischen Auffassung unerhörten beleidigenden der deutschen Armee von 1870/71 mit einer neuen Bosheit beantwortet. Er hat nämlich durch seinen Privatsekretär in einem Briefe erklären lassen, daß sich kein vernünftiger Deutscher durch seine Worte beleidigt fühlen könne. Gleichzeitig ließ er von einem Mißverständnis seiner Rede sprechen. Diese beifällige Redewendung von dem angeblichen Mißverständnis genügt einem Offiziosus, um in der „Nordd. Allg. Ztg.“ eine Erklärung loszulassen, in der er diese Anklage Chamberlains für eine Abschwächung der Edinburgher Rede erklärt und schließlich ankündigt, daß die Regierung keinerlei Veranlassung nehmen werde, auch ihrerseits Proteste gegen Chamberlains Kritik der deutschen Kriegsführung einzulegen.

Dem in Volksversammlungen hier und da aufgestellten Verlangen, im Interesse des deutschen Heeres amtliche Skizzen gegen außeramtliche Aeußerungen eines fremden Ministers zu unternehmen, können wir uns nicht anschließen. Das Ansehen, das sich die deutsche Armee sowohl durch Manneszucht und Menschlichkeit wie durch Tapferkeit in der ganzen gestitteten Welt erworben hat, steht viel zu fest, als daß es durch falsche und unpassende Vergleiche berührt werden könnte. Zu seiner Edinburgher Rede hatte Chamberlain bekanntlich gesagt:

Die Zeit kommt jetzt, wo es notwendig sein mag, strengere Maßregeln zu ergreifen, um die Aufständischen und die Guerilla-

banden zu bekämpfen. Wenn diese Zeit da ist, wird die Regierung Präzedenzfälle für alles, was sie thun wird, in dem Vorgehen jener Nationen finden, die Englands Vorgehen als Barbarei und Grausamkeit verurteilen; aber sie wird sich doch nie dem nähern, was diese Nationen in Polen, im Kaukasus, in Bosnien, Tonkin und im Kriege von 1870 thaten."

Daß Chamberlain garnicht daran denkt, zu revozieren und abzuschwächen, beweist folgendes andere Schreiben, das er durch seinen Privatsekretär einer Zeitungs-korrespondenz zugehen ließ:

Kolonialamt, 20. November. Geachteter Herr! Ich bin von Herrn Chamberlain beauftragt, den Empfang Ihres Schreibens vom 16. November mit Dank zu bestätigen und Sie zu versichern, daß mit der Vernunft auf den Brauch aller civilisirten Nationen zur Rechtfertigung größerer Strenge, als sie bisher von uns im Boerenkriege angewendet wurde, nicht gesagt werden sollte, daß solche durch amtliche Geschichtswerte beglaubigte Strenge über das, was gerecht und notwendig war, hinausging, aber was recht und billig auf Seiten einer andern Nation, sam nicht barbarisch und unmenschlich sein, wenn es von Großbritannien gehandhabt wird. Ihr ergebener Diener Howard, Privatsekretär.

Chamberlain behauptet also noch immer, daß selbst die drakonischen Maßregeln, die er als künftige Strenge der bisherigen Verhältnisse in Südafrika in Aussicht stellt, durchaus nicht die Grenze dessen überschreiten, was auch deutschseits im Boerenkriege als „gerechte und notwendige Strenge“ angesehen worden sei!

Daß der deutschen Regierung das Geschrei unserer „Patrioten“ überflüssig erscheint, wäre an und für sich ja ganz schön, wenn sie nur nicht eine über jeden Vorwurf erhabene sittliche Unantastbarkeit vorhätte, wo lediglich die Vorsicht ihre Haltung beeinflusst haben dürfte! —

**Sklaverei in den Kolonien.** Der Kolonialrat trat am Donnerstag zu einer Sitzung zusammen. Es wurde über die Sklaverei verhandelt, die als general unfassbar bezeichnet wurde. Der Kolonialrat war der Auffassung, daß die Freierklärung der Sklaverei zwar in Ostafrika mit Rücksicht auf die vorliegenden Berichte des Gouverneurs zunächst noch nicht ausgesprochen werden sollte, wohl aber ein solches Vorgehen in Togo und Kamerun, in letzterem Sängegebiet mit einigen Modifikationen, als durchführbar angesehen werden konnte.

Es giebt also in dem Afrikanischen Deutschen Reich, zu dem doch auch die Kolonien gehören, immer noch Kinder, die als Sklaven auf die Welt kommen.

Welch eine civilisatorische Mission! —

**Dr. Sigl, der unwürdige und sehr begabte Herausgeber des „Bayr. Vaterlandes“,** der vor einiger Zeit bereits eine Heilanfall ausluden mußte, ist nunmehr auf Antrag seiner Frau entmündigt worden. Das von ihm lange Jahre hindurch geleitete Blatt — ein Original innerhalb der Presse — ist verkauft worden.

**Aus dem Nachlaß Bismarcks.** Der Cottbuser Verlag kündigt das demnächstige Erscheinen von zwei weiteren Bänden von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ an.

Es handelt sich um den wiedererufenen dritten Band, der immer noch als furchtbare Drohung über der Regierung des neuen Anfanges hängt, nicht um die Darstellung des Konflikts zwischen dem Kaiser und Wilhelm II., sondern um den Briefwechsel zwischen Bismarck und dem alten Kaiser Wilhelm. Außerdem wird ein Teil seines Briefwechsels mit Kaiserin und Staatsmännern veröffentlicht — bis zum Tode Friedrichs III. reichend.

#### „Eine ernste, große Gefahr für das Allgemeinwohl“.

Eine Korrespondenz schreibt: Im Auftrage des Kultusministers hat, wie schon gemeldet, unter Mitwirkung fast sämtlicher Aerzte der Monarchie, eine statistische Erhebung über die Verbreitung ansteckender Geschlechtskrankheiten stattgefunden, deren Ergebnis Professor Guttschadt, Mitglied des statistischen Bureaus, soeben im Auftrage der Regierung veröffentlicht. Am Tage der Aufnahme befanden sich nahezu 50 000 Personen, die Mehrzahl (30 383) Männer, wegen geheimer Krankheiten in Behandlung approbierter Aerzte. Diese an sich schon erschreckende Zahl bleibt leider noch weit hinter der Wirklichkeit zurück. Da diese Art Krankheiten in zahllosen Fällen verheimlicht, vielfach auch von Arztbesuchen u. dgl. behandelt werden. Ein weit furchtbarer Bild von der Bedeutung dieser Krankheiten und ihrer Tragweite für die Volksgesundheit würde man erhalten, wenn auch für die Folge Zustände, welche die Arbeitsfähigkeit schwer beeinträchtigen und sich noch in der Nachkommenschaft rächen können, eine genauere Statistik zu erlangen wäre. Allein schon das vorliegende Material genügt, um die ungeheure Tragweite dieser Volksfeinde klar überschauen zu können. Die Gefahr der Verbreitung dieser ansteckenden Krankheiten ist um so größer, als dieselben gerade in den Kreisen der Jugend grassieren, die ein ungerichtetes Leben zu führen und oft den Aufenthalt zu wechseln pflegt; an allen Orten, wo die Jugend zusammenströmt, wo die Unverheirateten in der Bevölkerung stark vertreten sind, in Kasernen, in den größeren Städten mit Hochschulen und Universitäten, mit Garnison, mit Arbeiterbevölkerung, erschließen die Bewohner in der bedrohlichsten Weise gefährdet. Die Verbreitung der Seuche in den wohlhabenderen Klassen, welche die Krankenhäuser nicht aufsuchen, läßt sich statistisch nicht nachweisen; nach den allgemeinen Erfahrungen der Aerzte aber werden die akademisch Gebildeten, die Beamten, Kaufleute und Offiziere, welche alle in größeren Städten vorübergehend oder dauernd leben müssen und in der Regel spät heiraten, von diesen Krankheiten stark heimgesucht. Im Vergleich zur Civilbevölkerung steht die Armee am günstigsten da, weil hier eine scharfe Kontrolle ausgeübt werden kann. „Von Standpunkte der Volkswohlfahrt und der Gesundheitspflege“, so resumiert Prof. Guttschadt, bilden daher diese Krankheiten eine ernste, große Gefahr für das Allgemeinwohl, deren Bekämpfung neben der Tuberkulose-Bekämpfung, der Bekämpfung aller Infektionskrankheiten, als eine der wichtigsten und nächsten Aufgaben der Gesundheitspolizei angesehen werden muß.“ — Unter den Maßnahmen zur Bekämpfung führte der Verfasser u. a. an die weiteste Verbreitung der Kenntnisse über diese Krankheiten sowohl durch den Universitätsunterricht, wie durch die Fortbildung der praktischen Aerzte, insbesondere der Polizei-Aerzte, sowie durch Belehrung des Publikums, die Befreiung der geschäftlichen Bestimmungen, welche die Behandlung geschlechtskranker Arbeiter und Studenten auf Kosten von Krankenkassen beschließen, die kostkräftige Mitwirkung der Landes-Versicherungs-Anstalten, die zwangsweise Unterbringung minderjähriger Patienten (Züchtungs-Zug) u. dgl.

**Protestversammlung der Arbeitslosen.** Aus Halle wird uns geschrieben:

Eine Protestversammlung der arbeitslosen Frauen und Männer, die zu der bekannnten Aeußerung des Oberbürgermeisters Staudte über die verkehrten Konfession Stellung nahm, fand Dienstag Mitt. Saal, Galerien und Nebenzimmer waren dicht gefüllt. Und nicht ein verarmtes Geschlecht, arbeitsloses Gesindel und Lathier, wie es in unser Stadthaupt beliebt auszubringen, waren anwesend, sondern solid gekleidete Frauen und Männer, die wie es

sahen, extra ihr Sonntagsgewand angelegt hatten, um damit zu demonstrieren, in welcher ungerechtigter und schwerer Weise der Oberbürgermeister die Arbeiter beleidigt habe. Der Referent, Reichstags-Abgeordneter Genosse Ad. Thiele, ging dann auch mit dem Oberbürgermeister Staudte unter stürmischen Beifall der Versammlung scharf ins Gericht. Nicht bloß in den Kreisen der Arbeiter, sondern auch in den Kreisen, die dem Bürgermeister sehr nahe stehen, habe die Aeußerung allgemeine Entrüstung hervorgerufen.

In der darauf folgenden Diskussion fordern einige Redner die Entsetzung des Oberbürgermeisters.

Folgende von dem Genossen Thiele eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen: Die von 1500 Arbeitslosen beiderlei Geschlechts besetzte öffentliche Versammlung weist mit Entrüstung den Vorwurf des Oberbürgermeisters Staudte zurück, die Mehrzahl der Arbeitslosen bestimme aus arbeitslosem Gesindel. Wir Arbeitslosen achten unsere Ehre für mindestens nicht geringer als die Ehre des Herrn Staudte; wir Arbeitslosen brauchen uns nicht in unserem Glend noch verhöhnen und beleidigen zu lassen und wir haben das Recht zu verlangen, daß der oberste städtische Beamte, zu dessen Gehalt auch wir Arbeitslosen haben zahlen müssen, Achtung hat vor uns, vor den unglücklichen Opfern einer verunftwidrigen Wirtschaftspolitik, zu deren Verteidigung sich Herr Staudte gemacht hat. Wir verlangen, daß Herr Oberbürgermeister Staudte seine Behauptung beweise, oder in aller Form widerrufe. Thut er keines von beidem, so erheben wir gegen ihn den Vorwurf, daß er leichtfertig uns in unserem Unglück beleidigt hat."

**Die süddeutsche Eisenbahngemeinschaft.** Im bairischen Abgeordnetenhaus erklärte Minister Crailsheim in bezuglich der von Abgeordneten zur Sprache gebrachten süddeutschen Eisenbahngemeinschaft, es seien allerdings Verhandlungen im Gange, welche eine weitere Vereinfachung und Vereinfachung der Tarife bezweckten, und es würden darüber in nicht allzu ferner Zeit weitere Besprechungen stattfinden. Allein eine größere Vereinfachung der Personentarife sei nur in Zeiten guter Finanzen möglich. Die bayerische Regierung werde jede Vereinbarung ablehnen, welche die Selbständigkeit der bayerischen Staatsbahnen irgendwie beeinträchtige.

**Konfessionelle Gleichberechtigung.** In der Hessischen Kammer entspann sich bei der Beratung der Vorlesungen einer Anzahl Personen jüdischen Glaubens, die Beschwerde darüber führen, daß die Regierung bei der Anstellung von Beamten solche jüdischen Glaubens zurücksetze, eine Debatte, in deren Verlauf mehrere Antisemiten gegen die Anstellung jüdischer Richter sprachen. Es wurde in Uebereinstimmung mit der Regierung mit großer Stimmeneinheit folgender Antragsantrag angenommen: Die Kammer spricht die Erwartung aus, daß bei der Anstellung der Beamten der principielle Standpunkt der religiösen Gleichberechtigung getoht werde.

Wie wird Herr Schönstedt? —

**Ueber eine gefährliche militärische Schieberei** wird uns aus Straßburg i. E. geschrieben: Am Montag nachmittag sollte ein militärischer Gefangenener vom Divisionsgericht nach dem Arresthaus in der ehemaligen Citadelle übergeführt werden. Kurz vor dem Ziele machte er einen Flüchtigkeitsfehler, indem er dem ihn eskortierenden Chargierten rasch einige Sätze voransagte. Der Transporteur rief dem Flüchtling das vorgeschriebene dreimalige Halt nach und gab, als dies ohne Wirkung blieb, auf etwa 50 Schritte einen scharfen Schuß auf ihn ab, dem in kurzen Zwischenraum ein zweiter folgte. In demselben Augenblick fiel der Flüchtling nieder und blieb regungslos liegen. Es eilten einige Soldaten herbei, die ihn aufhoben. Dabei stellte sich heraus, daß der Mann nicht getroffen war, sich vielmehr nur deshalb hatte niederfallen lassen, um von den Augen seines Verfolgers nicht getroffen zu werden. Man nahm ihn nun wieder fest und führte ihn ohne weiteren Zwischenfall in den Arrest ab.

Der Transporteur hat auch in diesem Falle ohne Zweifel gemäß seiner Instruktion gehandelt, als er dem Entweichenden die beiden scharfen Schüsse nachsandte. Ob das letztere aber nötig war, ist eine andre Frage. Der Vorfall spielte sich auf einem ringum von militärischen Gebäuden eingeschlossenen Plage ab, der um die fragliche Zeit von ganzen Abteilungen exerzierender Soldaten belebt war. Der Gefangene konnte also ebenso leicht wieder eingefangen werden, wie die Schiffe des Transporteurs einen Unbeteiligten hätten treffen können. That-sächlich befand sich, abgesehen von den exerzierenden Soldaten, im kritischen Zeitpunkt auch ein Civilist in unmittelbarer Nähe des Flüchtlings. Der Vorfall mahnt aufs neue zur Milde der vielbesprochenen rigorosen Schießinstruktion für Transporteure von militärischen Häftlingen.

**Chronik der Majestätsbeleidigungen.** Wegen Majestätsbeleidigung, Verleumdung und Widerstandes wurde von der Strafkammer in Halle unter Anschlag der Öffentlichkeit verhandelt wider den 21 mal vorhergeurtheilten Arbeiter Hermann Sorge aus Blauen, 58 Jahre alt. Der Mann hatte gebittet und dann einem Gendarmen gegenüber eine Kaiserbeleidigung gethan, jedenfalls um wieder in das Gefängnis zu kommen. Dieses erreichte er, denn er wurde zu sechs Monaten Gefängnis und einer Woche Haft verurteilt.

#### Noch einiges zum Fall Münch.

Man schreibt uns: Ueber das Reskript des Oberamtes Gorb an den Münchinger Gemeinderat, das in der Nr. 271 des „Vorwärts“ erwähnt wurde, sei zur Ergänzung noch folgendes nachgetragen:

Das denkwürdige Reskript bietet ein klassisches Beispiel — immerhin unbedeutender aber darum nicht ungeschicklicher — bureaukratischer Beeinflussung nachgeordneter Behörden und eine lächerliche Stichprobe württembergischer Gemeindefeldverwaltung. Es führte unter Nr. 1, 2, 3 eingehend aus, was vom Gemeinderat zu bezeugen sei, und geht hierbei soweit, die Thatfachen, aus denen die Aufsicht der Gemeindefeldverwaltung hergeleitet werden könne, im einzelnen anzugeben, wobei sich der Zufall findet: Das sei die Meinung des Oberamtes, der Gemeinderat könne ja anderer Ansicht sein. In 3 heißt es: „Die Frage“ (ob Münch außerhalb einer Trennungskategorie untergebracht werden könne) wird wohl zu verneinen sein.“ Nach alledem erscheint es begreiflich, wenn das Reskript an Schluss heranzuziehen für nötig findet: nicht das Oberamt, sondern der Gemeinderat hat das Zeugnis anzufertigen; nicht minder begreiflich aber ist es, daß das neue Zeugnis des Gemeinderats im Widerspruch zu dem ersten in seiner Unhöflichkeit die Ansicht des Oberamtes durchgängig acceptiert und vielfach wörtlich das Reskript einfach wiederholt. Für jeden Unbefangenen ist dieses neue Zeugnis ganz wertlos; demnach wurde es für gut befunden, eine wesentliche Grundlage für das einschneidende Internirungsverfahren abzugeben! —

#### Ausland.

##### Der Boykott der englischen Schifffahrt.

Die Utrichtischen Studenten wollen, falls der Boykottplan verwirklicht wird, eine besondere Boykott-Zeitung ohne Parteifarbung herausgeben. Das Haupt-Boykottkomitee hat bereits seine Zustimmung zu dem Plan kundgegeben. Personen verschiedener Parteistellung sollen aufgefördert werden, an der Redaktion des Blattes teilzunehmen, u. a. werden die Genossen Kreutzfeld und Wiegand genannt. Am Montag wird eine Versammlung stattfinden, die eine definitive Regelung der Sache treffen wird.

**Mr. Sam. Woods, Sekretär des Parliaments** des Trades Union-Kongresses und Präsident der Vergarbeiter-Föderation von Lancashire und Cheshire, schreibt nach unserem Londoner Korrespondenten:

Rose Wills, Organ bei Wigan, 18. November. Geachteter Herr! In Beantwortung Ihrer Umfrage vom 11. d. M., betr. den Boykott, gestatte ich mir Ihnen mitzutheilen:

A) Ich glaube nicht, daß ein solcher Vorkoll erfolgreich sein werde; ferner, daß er irgend welchen Einfluß auf den südafrikanischen Krieg haben könne;

B) Ich glaube nicht, daß ein solcher Vorkoll von einem erheblichen Teile unserer Gewerkschaften, Genossenschaften oder anderer Volkselemente ermuntert oder unterstützt werde.

AchtungsvoU

S. Woods.

### Oestreich-Ungarn.

#### Zur Parlamentskrise.

Am Mittwoch fand eine gemeinsame Sitzung der Präsidents des Czechenklubs, des konservativen Großgrundbesitzes und der czechischen Agrarier statt, in welcher der Vorkoll der Entgegung des Jungezechenklubs auf die Erklärung des Schminner der deutschen Parteien mitgeteilt und festgestellt wurde, daß bezüglich der prinzipiellen Auffassung der durch die Erklärung der Österr. Parteien geschaffenen Lage und über das gemeinsame Vorgehen gegenüber dieser Lage eine vollständige Uebereinstimmung aller Anwesenden herrsche. In der Entgegung der Jungezechen heißt es, die Vertreter des czechischen Volkes verschließen sich nicht dem Ernste der Lage, sie drängen jedoch auf Befestigung des ihnen zugesagten Unrochts und verlangen vor allem Einführung der inneren czechischen Amtssprache. Der Ausschub dieser dringenden aller Angelegenheiten wäre nur eine augenblickliche Erleichterung der parlamentarischen Lage, keineswegs aber eine gründliche Sanierung der Verhältnisse; eine solche Erledigung der Frage der inneren czechischen Amtssprache wäre eine Lösung der Frage betreffend die Erledigung des Budgets und aller übrigen dringenden Vorlagen. Die czechischen Vertreter wollten sich an der Besprechung über die Sanierung der schwierigen Verhältnisse beteiligen, müßten sich jedoch vorbehalten, nicht nur über das parlamentarische Kalendarium, sondern auch über das Parlament und seine Lage rückhaltlos zu sprechen. Nach dem Verhalten der Regierung und der Parteien gegenüber ihren Forderungen werde sich auch ihre parlamentarische Haltung gestalten.

### Frankreich.

#### Waldeck-Rousseaus China-Rede.

Die Rede des Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau in der Deputiertenkammer wird von den meisten konservativen und gemäßigten republikanischen Blättern sehr günstig besprochen. „Figaro“ meint, die Rede verdiene, in sämtlichen Gemeinden Frankreichs durch Maueranschläge bekannt gegeben zu werden. Das konservative Frankreich sei von neuer Hoffnung erfüllt. Der Ministerpräsident lasse nicht zu, daß man an den gehässigen nationalen Ueberlieferungen Frankreichs und seines Heeres rühre. Die Revolutionäre und Vaterlandslosen hätten in Waldeck-Rousseau, den sie bisher als ihren Helfershelfer ansahen, einen Gegner gefunden. Das Blatt erzählt, ein gemäßigter republikanischer Abgeordneter habe beim Verlassen der Kammer erklärt, die Rede Waldeck-Rousseaus bedeute eine Scheidung zwischen dem Kabinett und der äußersten Linken. „Gaulois“ sagt, Waldeck-Rousseau habe sich in dem Augenblick, wo man es am wenigsten erwartete, als Alexander und Nationaler entpuppt. Melines „République“ schreibt, während der Rede Waldeck-Rousseaus habe man auf allen Lippen die Frage lesen können, welche Missionen Frankreich so mühslich seien und weshalb die Regierung die Kongregationen verfolge, denen dieselben angehören. Die bonapartistische „Autorité“ schreibt, Waldeck-Rousseau werde aus dieser Debatte mächtiger als je hervorgehen, denn er habe nun immer noch Bedarf zwei Mehrheiten zur Verfügung, eine rechte und eine linke. Die radikalen und sozialistischen Blätter sind mit der Rede sehr unzufrieden. Der „Radikal“ sagt, man könne nicht zulassen, daß die Regierung die Propaganda der Kongregationen, die sie im Innern bekämpft, nach Außen ermuntere, das sei weder ehrlich, noch klug. Die Rede Waldeck-Rousseaus sei ein politischer Fehler. Die sozialistische „Petite République“ verlangt, der Marineminister möge in der Kammer zum mindesten jene Stelle aus dem Bericht des Generals Boyron vorlesen, die sich auf die von den Missionen verübten Plünderungen bezieht und die Regierung möge dann erklären, daß sie solche Leute nicht unter ihren Schutz nehmen könne.

### Belgien.

Der Fall Goffs. Wir hatten vor einigen Tagen mitgeteilt, daß der liberale Deputierte Goffs in der Kammer die Unteroffiziere der Armee beschuldigte, daß sie von den Weißleier Warden für die Zuführung von Mehlten Prozente erhielten. Diese Anschuldigung hat sich überaus großartig ausgebreitet; Minister, Offiziere und alle honesten Leute sind furchtbar entrüstet, daß — der liberale Abgeordnete diese Dinge angeplaudert hat. Nun ist auch Herr Goffs über seine Mut erschrocken und hat erklärt, daß seine Zeugen, alles ehrenwerte Leute, in einer etwa umgesetzten Untersuchung als Zeugen nicht erscheinen wollten, daß er deshalb seine Verurteilung zurücknehme und er bitte, dieselbe als nicht gethan zu erachten. Damit hat Herr Goffs nichts verbessert; er hat sich lächerlich gemacht, und an den Thatsachen, die er mitgeteilt, zweifelt darum doch kein Mensch, auch wenn er nun den Mächtig tritt. Die Unteroffiziere haben ihm vor seinem Hause eine Stagenmaße gebracht.

Zu der Repräsentantenkammer stand am Mittwoch ein Antrag des Abgeordneten Vermand (Eoc) auf Abschaffung der Stellvertretung im Militärdienst zur Verhandlung. Ministerpräsident de Smet de Rueter bekämpfte den Antrag und ersuchte auch diejenigen Mitglieder der Rechten, die Anhänger der persönlichen Dienstpflicht sind, nicht für den Antrag zu stimmen, da eine Annahme des Antrages von der Regierung als ein gegen sie gerichteter Vorwurf angesehen würde. Der Antrag Vermand wurde mit 83 gegen 84 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Auch ein Antrag Vermand auf Abschaffung der Auslösung der Militärschlichtigen wurde mit 90 gegen 89 Stimmen abgelehnt.

### England.

London, 19. November. (Eig. Ver.) Die parlamentarische Erziehung in Galway findet Donnerstag, den 21. d. Mts. statt. Das Resultat wird sowohl in England wie in Amerika mit großer Spannung erwartet. Wie im „Vorwärts“ vor einigen Wochen ausführlich mitgeteilt wurde, kandidiert dort von Seiten der Nationalisten Mr. Arthur Lynch. Oberst der irisch-amerikanischen Brigade, die im ersten Jahre des südafrikanischen Krieges auf Seiten der Boeren gekämpft hat. Es ist deshalb wohl begreiflich, daß sich die Regierung Mühe gibt, Lynch eine Niederlage zu bereiten. Falls er gewählt wird, denkt die Regierung ihm wegen Hochverrats den Prozeß zu machen. Lynch erklärt indes, er sei früher Transvaaler Bürger gewesen und habe erst durch die englische Armee von Transvaal das englische Bürgerrecht erworben. Sein Gegenkandidat ist Mr. Blunkett, der durch seine Verbindung mit der Regierung den kleinbürgerlichen Wählern von Galway große Versprechungen macht und einen gewissen Anhang in jenen Kreisen hat. Der Wahlkampf ist in der letzten Woche ungemein lebhaft geführt worden, wobei es zu Unähnlichkeiten zwischen den Nationalisten und den Anhängern der Regierung gekommen ist. Das Wahlergebnis wird wahrscheinlich noch Donnerstag nachts bekannt sein, da der Wahlkreis ein kleiner ist.

Zur Kandidatenfrage in Dewsbury. In Dewsbury war, wie wir seiner Zeit mitgeteilt, seitens des sozialdemokratischen Bundes Anschlag, der Redaction der „Justice“, als Kandidat für die demnächst stattfindenden Erziehungswahl zum Parlament aufgestellt worden. Die unabhängige Arbeiterpartei und der Gewerkschaftsrat des Platzes waren mit dieser Kandidatur nicht einverstanden; sie wollten einen andern, allen möglichen Seiten genehmen „Arbeiter-Kandidaten“ aufstellen wissen. Sie wandten sich deswegen an Sam. Woods und Steadman vom parlamentarischen Komitee. Diese beiden haben aber

die Antwort erteilt, daß sie unter diesen Umständen nichts annehmen.

### Campbell Bannerman gegen Chamberlain.

Campbell Bannerman hielt am Dienstag in Plymouth eine Rede, in welcher er ausführte, der Einfall Jamesons würde nie vorgekommen sein, wenn eine liberale Regierung am Ruder gewesen wäre. Er glaube nicht an eine Verschönerung zu dem Zwecke, die Engländer aus Südafrika zu vertreiben. Er meine, diese Behauptung sei lediglich nachträglich ausgedacht, um das öffentliche Gewissen in England zum Schweigen zu bringen. Der Redner bestritt, jemals irgend ein Wort geäußert zu haben, das von irgend einem noch so feinen Kopfe als eine Ermütigung der Boeren gedeutet werden könnte. Er habe einzig und allein auf die Thorheit der Art und Weise hingewiesen, in welcher die Regierung die Voreingenommenheit betreibe. Campbell Bannerman erklärte fernerhin, es sei keine Hoffnung vorhanden, daß die Gefahr, der England jetzt gegenüberstehe, beschworen werden würde, solange Chamberlain im Kolonialministerium und Milner in Pretoria verbleibe. Schließlich gab Redner der Ansicht Ausdruck, daß England die Verpflichtung gehabt hätte, trotz eifrigster Fortsetzung des Kampfes die militärische Aktion mit der Veröffentlichung annehmbarer und bestimmter Friedensbedingungen zu begleiten.

Der Prozeß gegen den Dr. Krause. Aus London wird vom Mittwoch gemeldet:

In der heutigen Verhandlung gegen Dr. Krause beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Krause wegen Aufreizung zum Mord dem Central-Kriminalgerichtshof in Old Bailey zu überweisen, sagte jedoch hinzu, er behalte sich das Recht vor, später die Anklage auf Hochverrat zu erheben, wenn er es für gegeben erachte. Die Anklage wegen Aufreizung zum Mord gründet sich auf Krauses Briefe an Brocksma, in welchen er die Ermordung des englischen Abvolaten Foster anräth. Dr. Krauses Rechtsbeistand betonte von neuem, daß gegen Krause in England nicht wegen Hochverrats verhandelt werden könne. Nach dem Verhör von Zeugen wurde der Fall vertagt. Der Polizeirichter genehmigte die Haftentlassung Krauses, wenn eine Kaution von 2000 Pfund für ihn gestellt werde.

### Amerika.

#### Zur Gestaltung der Handelspolitik der Union.

Der Konvent zur Beratung der Fragen des Reciprocityverhältnisses zum Ausland hat sich verlagert, nachdem er Resolutionen angenommen hat, in welchen er dem Kongreß anräth, den Grundsatz des Schutzes des heimischen Marktes aufrechtzuerhalten und zur Förderung des Außenhandels den Tarif in einigen besonders wichtigen Fällen abzuändern, jedoch nur, wo dies ohne Schädigung der Interessen des heimischen Marktes geschehen kann. Der Konvent sprach sich ferner dafür aus, daß ein Departement für Handel und Industrie mit einem Mitglied des Kabinetts an der Spitze geschaffen und in diesem Departement ein besonderes Bureau für die Reciprocityfragen eingerichtet werde.

Kämpfe auf dem Isthmus von Panama. Ein Telegramm aus Colon meldet: Die Liberalen haben gestern Abend Colon angegriffen und nur wenig Widerstand gefunden. Nach einem Straßenkampf, der ungefähr 90 Minuten dauerte, wurde die Stadt genommen. Der Präfect und 12 Mann sind gefallen, 30 wurden verwundet. Das vor Colon liegende amerikanische Kanonenboot „Rachias“ landete hundert Mann und besetzte die Eisenbahnstation. Der Kommandant des Kanonenboots behauptet, die Landung dieser amerikanischen Truppen sei auf Eruchen der Behörden selbst erfolgt. In einer an das Staatsdepartement gerichteten Depesche heißt es, der Durchgangsverkehr auf dem Isthmus sei kurze Zeit unterbrochen gewesen, sei aber wieder hergestellt. Kapitän Perry von der „Jowa“, die vor Panama liegt, hat den Befehl erhalten, Mannschaften zu landen, wenn es sich für die Aufrechterhaltung des Verkehrs als notwendig erweist.

Chilenisch-argentinischer Konflikt. Eine Meldung aus Santiago (Chile) behauptet, argentinische Truppen hätten die Demarkationslinie überschritten und seien in chilenisches Gebiet eingedrungen.

### Australien.

Zolltarif. Der Bundesminister für Handel und Zölle teilte heute dem Bundesparlament mit, daß die Regierung beabsichtige, alle Kleidungsstücke mit einem Zoll von 25 Proz. ad valorem und alle Baumwollstoffe und Leinwandwaren, Schirting einbezogen, mit einem Zoll von 10 Proz. zu belegen. Das Haus hat heute in einer Kommissionsberatung den Zoll auf Tabak auf 3 Schilling 3 Pence per Pfund herabgesetzt.

### Der Boeren-Krieg.

#### Gefechte.

Richtener meldet aus Pretoria vom heutigen Tage: Eine Streitmacht unter dem Befehl des Oberst Colenbunder kam heute aus Ragalape an der rhodesischen Bahn in Warmbaths an. Während des Marsches kam es zu zwei Gefechten, in denen die Boeren drei Tote und ebensoviel Verwundete hatten; außerdem wurden vierundfünfzig Mann, einschließlich Feldornet Schalk Roos, gefangen genommen; auch viele Vorräte und einige Wagen wurden erbeutet.

Kommandant Vuhs wurde, nachdem er einen Angriff auf eine Patrouille von ungefähr 100 Eisenbahnpolizisten am Vaal in der Nähe von Villiersdorp gemacht hatte, gefangen genommen. Die Verluste der Engländer wurden noch nicht berichtet (!). Die Kolonne von Kingstons kam den Plonieren zu Hilfe (!). Eine Verlustliste meldet, daß in einem am 17. d. M. bei Koedpoort stattgefundenen Gefecht, über welches bisher noch nicht berichtet war, ein Leutnant und ein Sergeant getötet und neun Mann verwundet worden sind.

#### Rech über Rech!

Aus Kapstadt wird gemeldet: Mehrere bedeutende Sendungen amerikanischer und marischer Pferde mühten bei ihrer Landung in Kapstadt zu 4 Mark pro Stück verkauft werden, weil die Tiere während der Reise erkrankt und vollständig unbrauchbar geworden waren.

#### Zunahme der Epidemien.

Die vom Kriegskant vom 21. November veröffentlichte Verlustliste umfaßt 6 Tote, 12 Verwundete, 1 Gefangenen und 151 an Krankheiten Verstorbene.

### Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Von dem im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erscheinenden sozialdemokratischen Reichstags-Handbuch liegen jetzt die Hefte 4-7 vor. Sie enthalten die Artikel: Arbeiterkassen, Arbeiterversicherung, Arbeitsamt, Arbeitsbuch, Arbeitsordnungen, Arbeitswilligengesetz, Argentinien, Armin-Paragroph, Ausschluß der Öffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen, Auswanderungsgesetzgebung, Auktionen, Bäckerverordnung, Bauarbeiterkassen, Befähigungsnachweis, Befähigung, Belgien (Handelspolitik), Bergarbeiter.

Wir empfehlen unseren Lesern dringend die Anschaffung dieses in 35 Wochenheften a 20 Pf. erscheinenden Werkes zur Anschaffung. Sie erhalten damit ein wertvolles Nachschlagebuch für alle Fragen der Reichspolitik. Das Buch wird in größeren Zeitabschnitten durch Nachträge vervollständigt werden.

Die Illustrierte Romanbibliothek „In Freien Stunden“ bringt in ihren Jahrgangheften 39-46 den eckregenden Roman Lotis: „Die Isländische“ zum Abschluß und beginnt mit dem Ab-

druck einer Novelle von Robert Schwegel aus dem Arbeiterleben: „Gefeh und Rech.“ In „Dies und Jenes“ begegnen wir einer Reihe von interessanten historischen Reminiscenzen über das Gottesgauen-tum der altpreußischen Könige. Wir empfehlen diese billige und gute Unterhaltungsliteratur.

Der Central-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg hält Sonntag, den 24. November, nachmittags 5 Uhr, in Schöneberg bei Obst. Weiningerstr. 8 (Ecke Martin Lutherstraße), seine Generalversammlung ab. Der Central-Wahlverein ist am 1. Januar 1901 ins Leben getreten, und gleichzeitig hörten die Vertrauensmänner in Kreise auf, zu amtierend; die sämtlichen Parteigeschäfte wurden in die Wahlvereine verlegt, die sich zum Central-Wahlverein zusammenschlossen. Auf seiner Generalversammlung, welche von Delegierten der örtlichen Wahlvereine gebildet wird, werden die Vertrauensämter des Kreises (Vorstand, Delegierte und Presb., Lokal und Agitationskommission) besetzt.

Die straffe Centralisation, welche die Organisation der Partei durch das Zusammenschließen der Wahlvereine erhalten hat, hat sich durchaus bewährt. In mehreren Orten sind neue Wahlvereine entstanden, die Mitgliederzahl der schon bestehenden Vereine ist beträchtlich gewachsen.

### Gemeindevahlen.

Einen glänzenden Sieg errangen die Parteigenossen bei den Gemeindevahlen in Grimmskau bei den Stadtverordneten-Wahlen am Dienstag. Es wurden 7 Sozialdemokraten und 2 Gegner gewählt. Fünf von den neun streitigen Mandaten hatten wir zu verteidigen, so daß wir zwei neue Siege gewonnen haben.

Der Sieg ist um so höher anzuschlagen, als diesmal die Gegner völlig geschlossen auftraten, während sie uns bisher uneinig gegenüberstanden.

Die Gegner haben übrigens zu unserem Erfolge ihr redlich Teil beitragen. Noch vor 14 Tagen erklärte sich die reaktionäre Mehrheit des Stadtparlaments mit 9 gegen 9 Stimmen gegen die Abfindung einer von unsren Genossen eingebrachten Petition gegen den Hungertarif. Und erst in der letzten Sitzung vor den Wahlen lehnte man den Antrag der Sozialdemokraten auf Ermäßigung des Schulgeldes rumbweg ab. Jetzt hat der Ordnungsbrei die verdiente Antwort darauf.

Auch in Hohenstein-Ernstthal wurde die sozialdemokratische Liste glatt gewählt. Drei Sozialdemokraten ziehen in das Stadtparlament ein.

In Roda bei Jämenau errangen die Parteigenossen sämtliche vier zur Wahl stehenden Mandate.

In Bradewede (Bielefeld) wurden 2 Parteigenossen gewählt, in Duelle (Bielefeld) 1 und in Brake (Oldenburg) ebenfalls einer und zwar der erste.

In den Stadtverordnetenwahlen in Veruburg, wo, wie schon berichtet, fünf Parteigenossen mit 1130 bis 915 Stimmen gewählt wurden, schreibt man uns noch:

Gegen 1899 ist eine Verdreifachung unserer Stimmen eingetreten. Die Gesamtzahl der Wahlberechtigten 3463 betrug, haben fast 70 Proz. gewählt. Früher, als unsre Genossen sich nicht beteiligten, wurden die Gegner mit ein paar Hundert Stimmen gewählt. Das Wahlrecht ist, abgesehen von den Hausbesitzern, an einen Census von 1050 R. gebunden, ein Einkommen, das leider die Mehrzahl der Arbeiter nicht hat. Im übrigen besteht gleiches geheimes Listenwahlrecht, das unsren Parteigenossen bei Stimmzettelplittierung unsrer Gegner auch mit einer Minorität Erfolge möglich macht. Denn sie haben auch diesmal mit ihren 915-1130 Stimmen von 10 Mandaten fünf erobert, während die bürgerlichen Gegner insgesamt ca. 1500 Stimmen zählten, aber sich in Bezug auf eine Anzahl Kandidaten so geteilt haben, daß unsre Genossen mit ihren 900 Stimmen beide Teile übertrumpften. Es war der Gegenstand zwischen Hausbesitzern und Mietern einerseits und reaktionären Scharmachern und sozialreformistisch gestimmten Nationalsozialen andererseits, der diese Teilung verursachte hat. Zwischen der Veruburger Gemeindevverwaltung und unsren Parteigenossen hat bisher, und zwar ohne jede Schuld unsrer Genossen, ein sehr gespanntes Verhältnis bestanden. Die nunmehr gewählten 5 Genossen hoffen in dieser Beziehung eine Veränderung moralisch erzwingen zu können. Sie haben die Absicht, sachlich mitzuarbeiten, werden aber jeder Fortsetzung der bisherigen Taktik des Magistrats mit Festigkeit entgegenzutreten. Die Veruburger Wahl zeigt aufs neue, daß auch in Anhalt die Sozialdemokratie von Position zu Position weiter vordringt.

In Graß (Steiermark) kamen 5 Parteigenossen mit den höchsten Stimmenzahlen in die Stichwahl.

Einen komischen Abschluß fand am Donnerstag die Stadtverordnetenwahl in Lützenwalde. Nachdem eine Anzahl Wähler unter großen Schwierigkeiten ihre Stimme abgegeben hatten, erklärte der Wahlvorsteher plötzlich, er müsse die Wahl schließen, mit den neuen Wahlvorständen sei nicht durchzukommen.

Trotz energischen Protestes der zahlreich anwesenden Wähler war damit die Wahl zu Ende.

Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie eiferten sich die in großer Masse zur Wahl erschienenen Genossen.

### Der Zwist in Schönbach.

Wir haben in der letzten Nummer schon telegraphisch mitgeteilt, daß die Mitglieder der Freien Vereinigung der Maurer die Einigung auf der Grundlage der vom Centralverbande gemachten Vorschläge abgelehnt haben. Der Versammlung, die darüber zu entscheiden hatte, lag folgende Frage vor:

„Sind die Mitglieder der Freien Vereinigung gewillt, unter der Voraussetzung, daß die abgeschlossenen Verträge gegenseitig innegehalten werden, daß also einerseits das Abkommen des Centralverbandes mit der „Vauhütte“ bis zum Ablauf bestehen bleibt, andererseits die seitens der Mitglieder der Freien Vereinigung abgeschlossenen Accorde vollendet werden, dem Centralverbande beizutreten?“

Nachdem einige Gegner ihrer Meinung dahin Ausdruck verliehen, daß eine Einigung doch nicht zu stande kommen werde, stellte Geister den Antrag:

„Die pp. Versammlung erklärt sich zu einer Einigung auf der Basis, wie sie gestellt, bereit, wenn der Centralverband die Forderungen, die Mitglieder der Freien Vereinigung seien Streikbrecher und hätten wehrenhaft gehandelt, im „Hamburger Echo“ und „Grundstein“ zurücknimmt.“

Nach längerer Debatte wurde dann über die Fragen durch Stimmzettel abgestimmt. Es stimmten 182 mit Nein und 5 mit Ja. Der Antrag Geister wurde darauf für gegenstandslos erklärt. Zum Schluß gab der Vorsitzende der Freien Vereinigung die Erklärung ab:

„Die Mitglieder der Freien Vereinigung werden nach wie vor ihren Parteistandpunkt wahren und sind zu einer Einigung mit dem Centralverband bereit, wenn dieser acceptable Vorschläge macht.“

Zu der Angelegenheit Schörm hat jetzt ein Schiedsgericht verhandelt und entschieden. Dem Genossen Schörm in Rürnberg erg war in einer Parteiverammlung von den Genossen Seibert und Neuf der Vorwurf gemacht worden, daß er sich von dem Drucker der „Metallarbeiter-Zeitung“ dadurch habe bescheiden lassen, daß dieser ihm wöchentlich 10 M. auf Kosten des Metallarbeiterverbandes zahle. Schörm hatte Beleidigungsklage erhoben, diese aber auf Verlangen der bayerischen Landtagsfraktion zurückgezogen und die Angelegenheit einem Parteischiedsgericht unterbreitet. Nach längerer Verhandlung in Anwesenheit von Interessenten hat das Schiedsgericht folgenden Beschluß gefaßt:

Die Behauptung, Schörm habe von der Firma Wörlein u. Co. wöchentlich 10 Mark neben seinem Gehalt als Redacteur bezogen, ist richtig.

Nicht erwiesen konnte dagegen werden, daß Schörm diesen Betrag bezogen habe, um die Interessen des Druckers der „Metallarbeiter-Zeitung“ gegen den Metallarbeiter-Verband wahrzunehmen.

Ebenso wenig wurde die Behauptung erwiesen, daß Scherm davon gewußt habe, daß die 10 Mark dem Metallarbeiter-Verband in Form von Porto oder Heberkonto aufgerechnet wurden, wie überhaupt eine solche Manipulation durch keinerlei glaubwürdige Beweise nachgewiesen werden konnte.

Das Schiedsgericht hat die Ueberzeugung gewonnen, daß die erwähnten 10 Mark dem Redacteur Scherm von dem Drucker Willenberger als Entschädigung dafür ausbezahlt wurden, daß Scherm mit Willenberger, auf das gemeinsame Eigentumrecht an der von ihnen begründeten „Metallarbeiter-Zeitung“ verzichtete.

Es ist zu tadeln, daß Genosse Scherm dieses Verhältnis, aus welchem ihm ein berechtigter Vorwurf nicht gemacht werden kann, verheimlichte und weiterhin darüber verschiedene Begründungen gab, welche zu der Annahme führen konnten, als ob er dieselben aus einer unläuterer Quelle bezöge. In nächster auf letzteren Umstand kann den Genossen Siebert und Neuf ein Vorwurf gemacht werden, als sie ihre vermeintlichen Wahrnehmungen zur Kenntnis der Parteiverammlung gebracht haben, wozu sie berechtigt waren.

Die Schlagfertigkeit der Parteigenossen in Schwelm hat der dortigen Polizei einen hübschen Streich gespielt. Am Vortage sollte, wie bekannt gemacht war, ein Flugblatt zur Stadtverordnetenwahl verteilt werden. Ein glühender Wind trug den Parteigenossen am Sonntag die Nachricht zu, daß die Polizei der Flugblatt-Verteilung Schwierigkeiten zu machen gedachte. Sofort wurde der Plan geändert und am Montagabend hatten 50 Parteigenossen binnen einer Stunde das Flugblatt verteilt, ohne daß die Polizei etwas merkte.

Das Protokoll der Konferenz der deutschen und österreichischen Socialdemokraten in der Schweiz, die am 14. und 15. September in Basel tagte, ist jetzt für die teilnehmenden Organisationen im Druck erschienen und uns zugegangen. Die Konferenz beschäftigte sich hauptsächlich mit der Frage der Agitation, der Reise-Unterstützung und des Schriftenvertriebes. Bei dieser Gelegenheit wurde auch über die teuren Preise der dortigen Portobuchhandlung gellagt.

Dabei wurde gegen die Vorwärtsbuchhandlung der ergötliche Vorwurf erhoben, sie verkaufe an jeden Bauer; sie sei gar keine richtige Buchhandlung.

Wie meinen, es ist gerade die Aufgabe einer socialdemokratischen Buchhandlung, an jeden Bauer zu verkaufen, d. h. der socialdemokratischen Literatur die weiteste Verbreitung zu verschaffen.

Wenn dabei auch der buchhändlerische Kunstgott etwas beschneidet wird!

In dem Stillstand der socialdemokratischen Partei in Genf bezüglich der Vertretung im Großen Räte, der ohne die vorangegangene Einigung der verschiedenen Parteigruppen bei den letzten Wahlen gar zu einem Mißgange geworden wäre, macht der Genosse Hof in Genf im „Brilliant“ sehr beachtenswerte Bemerkungen. Er erblickt die Ursache des schlechten Standes der Socialdemokratie in Genf in der lauen Haltung der Arbeitervertreter und in den bestehenden Parteizwistigkeiten. Als zu große Freundschaft mit den Radikalen im Räte brachte es dahin, daß der Wähler keinen Unterschied mehr herausfand (unter den verschiedenen Mitgliedern des Großen Rates) und entsprechend dem hat der Arbeiter auch keinen Grund, bei den Wahlen einen Unterschied zu machen. Die lieben „bekannten“ Radikalen jedoch im stillen über diesen schlechten Stand der Socialdemokratie. Genosse Hof wendet sich daher entschieden gegen den Opportunismus in der Partei und fordert, wenn dieselbe vorwärts kommen wolle, daß der Parteistandpunkt immer und überall entschieden gewahrt werde. Es ist zu hoffen, daß die reorganisierte Partei wieder Ordnung schafft und das Vertrauen der Arbeiterschaft durch selbständiges und unabhängiges Vorgehen gewinnt.

Die Weisung Desuffeaus gestaltete sich zu einer großen Kundgebung des belgischen Proletariats. In „Raison du Peuple“ zu Namur bei Mons war die Leiche Desuffeaus aufgestellt, und Tausende erwiesen dort dem Toten die letzte Ehre. Begleitete für deren Wohlergehen der Tote besonders gekämpft hatte, hielten dort die Totenwache. Am Sonntag fand die Beerdigung statt, und schon am frühen Morgen trafen Ertragsige von Brüssel und Lüttich ein, die Tausende herbeizögen. Fast alle Häuser des Ortes hatten die rote Fahne gehißt, in Trepp gehüllt und auf Holmast gesetzt. Der Zug, an welchem etwa 50 000 Personen teilnahmen, wurde angeführt von mehr denn 200 Kranzträgern, 273 Fahnen wurden mitgeführt, und 23 Musikchöre spielten im Zuge verteilt. Am Grabe sprachen die Genossen Demme für den Parteivorstand und die Redaktion des „Peuple“, Bastien für die Monier Socialisten, Furnemont für die socialistische Kammerfraktion.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Eine Delegierten-Konferenz des Centralverbandes der Zimmerer, die am Vortagnachmittag im Gewerkschaftshause tagte, nahm Stellung zum Verträgeverhältnis mit den Arbeitgeberern, über welches laut Vereinbarung im November in Verhandlung getreten werden muß, um Entschädigungen für nächstes Jahr zu treffen. In 5stündiger sachlicher Debatte wurde eine Resolution angenommen, die sich für eine Verlängerung des Vertrages ausspricht und die Vertreter in der Arbeitgeber-Kommission beauftragt, in diesem Sinne zu wirken.

**Achtung, Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter und Tischler!** Der Streik der Maschinenarbeiter der Zerabel, Griebenowstr. 2, dauert unverändert fort. Zugang ist streng fernzuhalten. Da Herr Zerabel jede Verhandlung dautend ablehnt, aber berichtet, die Arbeit in anderen Fabriken herstellen zu lassen, ersuchen wir die Kollegen, keine Arbeit für Zerabel zu machen. Ganz besonders erwarten wir von den Tischlern, daß sie nicht selbst an den Maschinen arbeiten, sondern sich solidarisch erklären. Auch wollen wir erwähnen, daß Herr Zerabel die vor 2 Jahren zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisation getroffenen Vereinbarungen betreffend die Arbeitgeber-Kommission nicht eingehalten hat, sondern erklärt, sich derselben nicht zu fügen, obgleich er noch Mitglied der Arbeitgeberorganisation ist.

Der Vorstand

des Verbandes der Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter Berlins.

**Achtung, Malverarbeiter und Tischler!** Die Zusammen-seher, Umleimer und Gezierer der Firma C. Neugebauer & Co., Well u. Co. befinden sich wegen Lohnunterschieden im Auslande. Die Fabrikanten, Leute, die vor 2 Jahren noch in den Reihen der Arbeiter und der Organisation standen, haben es fertig gebracht, wegen einer ganz minimalen und durchaus berechtigten Forderung, die in allen anderen Fabriken längst bezahlt wird, 14 ihrer thätigsten Arbeiter aufs Pfahle zu werfen. Der Stand des Streiks ist für uns ein sehr günstiger, da bei der gerade jetzt guten Konjunktur brauchbare Ersatzkräfte nicht zu bekommen sind. Die Pflicht aller Kollegen ist es, den Zugang nach der Fabrik auf das strengste fernzuhalten.

Der Vorstand des Fachvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter.

**Achtung, Kleber!** An der Arbeitslosen-Enquete, welche vom Deutschen Tapezierer-Verband veranstaltet wird, beteiligt sich auch die Polalorganisation der Berliner Kleber und werden sämtlichen Klebern Berlins am heutigen Tage Zählkarten zugeandt werden, welche mit Vereinsstempel versehen sind. Es werden nun die Empfänger dieser Karten verpflichtet, dieselben gewissenhaft auszufüllen und dieselben an die Verbandleitung schnellstens einzusenden. Ferner werden sie ersucht, am Freitag, den 29. November, an der öffentlichen Versammlung teilzunehmen.

Der Vorstand des Vereins der Kleber Berlins und Umgegend.

## Deutsches Reich.

**Zieglerischer Bergarbeiter-Streik.** Am Montag morgen legten die Bergarbeiter auf sämtlichen Braunkohlengruben bei Guben die Arbeit nieder. Grund war Lohnabzug und Kündigung einiger Gewerkschaftsführer. Nachdem schon am Montag allgemeiner Kohlenmangel in der Stadt eingetreten, gab die Direktion am Abend bekannt, daß die Lohnabzüge und die Kündigungen zurückgezogen sind. Infolgedessen traten am Dienstagmorgen die Arbeiter wieder an. Eine zu Dienstagvormittag 10 Uhr einberufene Versammlung der Bergleute unterblieb. — Zugang ist jedoch noch fern zu halten.

**Tarifvereinbarung im Baugewerbe.** Der Leipziger Arbeiterbund im Baugewerbe hat den Arbeitnehmern vorgeschlagen, die bis zum 31. März 1902 geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen (55 Fennig Stundenlohn und 8stündige Arbeitszeit) auf weitere drei Jahre zu verlängern. Eine von 1200 Leipziger Maurern besuchte Versammlung lehnte jedoch diesen Vorschlag ab und wählte vier Maurer in eine Kommission, die noch durch drei Zimmerer verstärkt werden soll und der die Aufgabe zufallen soll, mit dem Arbeitgeberbund Verhandlungen anzubahnen. Es besteht die Absicht, zwar die Geltungsdauer der jetzigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verlängern, dabei aber nicht soweit zu gehen, wie die Unternehmer es wünschen, sondern sich bei einer wesentlichen Verbesserung der Konjunktur die Möglichkeit zu sichern, auch eine weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen anzustreben.

**Die Maurer in Bremen** haben die Firma Vordau u. Kramer gesperrt. Der Verband der Maurer ersucht, den Zugang von Maurern fernzuhalten, besonders werden die Rabipputer gebeten, dies zu beachten.

**Die Bedeutung der Gewerkschafts-Kartelle** als berechnete Vertreter der Arbeiterschaft erkannte die Strafkammer in Wiesbaden in einem Urteil über ein Verleumdungsverfahren an. Wegen Verleumdung des Gewerbegerichtsschreibers in Höchst war gegen den Genossen Schumann von dort eine Unteruchung eingeleitet und Straf Antrag gestellt worden, weil er öffentlich in einer Gewerkschaftskartell-Vereinbarung nicht erweislich wahre, beleidigende Thatsachen in Bezug auf den Stadtschreiber Christmann in Höchst behauptet habe. Es stellte sich nachträglich heraus, daß die ganze Geschichte von einer Frau erfinden war. Jetzt nach erfolgter Verurteilung wurde dem Genossen Schumann von der Strafkammer in Wiesbaden der Befehl, daß die Öffnung des Hauptverfahrens abgelehnt ist, und zwar mit der Begründung, daß dem Angeklagten der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zur Seite stehe. Die Gewerkschaftskartelle seien gesetzlich erlaubte Organisationen, welche dazu bestimmt seien, die Interessen der Mitglieder der Gewerkschaften wahrzunehmen. Eine Absicht der Verleumdung habe offenbar nicht vorgelegen. Der Angeklagte habe seine Äußerungen unmerkbar in Wahrnehmung berechtigter Interessen im Sinne des § 193 gemacht. Auch habe er zweifellos in gutem Glauben gehandelt. — Interessant ist in dieser Begründung die Anerkennung der Gewerkschaftskartelle als im gesetzlichen Sinne zur Wahrnehmung der Interessen der Gewerkschaften berechnete Körperschaften.

**Sämtliche Glaserer-Arbeiter** der Fabrik für Heizungs- und Luftanlagen von Rud. Otto Meyer im Industriehafen in Mannheim streikten wegen Lohnreduktion.

**Bei der Gewerbegerichtswahl in Landshut** siegte die „Christliche“ Liste gegen die von den Gewerkschaften aufgestellte.

## Ausland.

**Ein großer Streik der Weichensteller** und Frachtverlader ist, wie das „Bureau Herald“ meldet, bei der New York-New Haven Bahn ausgedroht. Derselbe verursacht erhebliche Betriebsstörungen.

## Gerichts-Beitrag.

In einer umfangreichen, ursprünglich auf zwei Tage beschränkten Sitzung verhandelte das Schwurgericht hiesigen Landgerichts I gegen die Pianofortefabrikantin Marie Fürstenberg geb. Westphal wegen betrügerischen Bankrotts, wissentlichen Meineides und Verleitung zum Meineide. Den Vorsitz führte Landgerichtsrat Wagner, die Anklage vertrat Assessor Brede, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Dr. Davidsohn. Die Angeklagte hat beinahe sechs Monate in Untersuchungshaft gefesselt; sie ist aus derselben entlassen worden, da ihr Ehemann inzwischen aus Verzweiflung über ihre trotz fleißiger Arbeit eingetretene traurige Lage, in der sie nichts mehr zum Leben hatten, sich erhängt hatte. Die Angeklagte, eine ehemalige Plätterin, verheiratete sich 1874 mit dem Pianoforte-Arbeiter Hermann Fürstenberg. Im Jahre 1885 gründete dieser mit drei anderen Arbeitern zusammen eine Pianofortefabrik in der Vordammstraße, welche jedoch nach einem Jahre bereits wieder aufgelöst wurde. Hieraus eröffnete der mittellose Fürstenberg allein eine neue Fabrik, Admiralstraße 18. Im Jahre 1893 geriet er in Konkurs, der mit einer Verteilung von 15 Proz. an die Gläubiger endete. Im November desselben Jahres wurde das Geschäft auf den Namen der Angeklagten wieder eröffnet. Es wurde in der Weise betrieben, daß die Angeklagte von den einzelnen Spezialfabriken die nötigen Hölzer, Aluvinaturen, Eisenplatten, Mechaniken re. ankauft, daraus die Klaviere zusammen setzen ließ und sodann die fertigen Instrumente verkauft. Technischer Leiter der Fabrik, die sich zuletzt Schlesiensstraße 32 befand, war der Ehemann der Angeklagten. Die Angeklagte befand sich seit Jahren in Geldschwierigkeiten, die mit dem Steigen der Materialpreise und der Zunahme der Konkurrenz immer größer wurden. Nachdem im Januar ein Recordvorsatz der Angeklagten — 40 Prozent — abgelehnt worden war, ging sie in Konkurs, der inzwischen beendet ist. Der Massebestand betrug 3059 M., welchem 17 041 M. nicht bevorrechtigte Forderungen gegenüber standen. Der launmännlich gar nicht gebildeten Angeklagten wurde zum Vorwurf gemacht, daß sie äußerst mangelhafte Klaviere gefertigt und niemals Bilanzen gezogen habe. Außerdem stand sie in dem Verdacht, fertige Klaviere, Teile von solchen, Werkzeuge, sowie auch Stücke ihrer Wohnungseinrichtung beiseite geschafft zu haben, um sie dem Zugriff der Gläubiger zu entziehen. Endlich soll sie bei der Ableitung des Offenbarungsbeides ein Vermögensstück wissentlich veräußern und veräußert haben, einen über diesen Punkt vernommenen Zeugen zur Abgabe eines falschen Zeugnisses zu bewegen. Die sehr umfangreiche und eingehende Beweisaufnahme hatte das Ergebnis, daß die Beweismittel der Angeklagten nur des einfachen Vergebens gegen die Konkursordnung und des fahrlässigen Falschheides für schuldig erklärten. Der Staatsanwalt beantragte zehn Monate Gefängnis, der Gerichtshof verurteilte die Angeklagte zu sieben Monaten Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft.

**Kampf um ein Vermächtnis.** Uns wird berichtet: Der am 7. August d. J. hier verstorbene Rentier Julius Körke hat sein am 200 000 M. betragendes Vermögen der Stadt Berlin vermacht. Einige Verwandte, die sich in ähnlichen Verhältnissen befinden, sind von dem Erblasser übergegangen worden und haben jetzt auch vom Magistrat, an den sie sich wandten, den Befehl erhalten, daß ihnen von dem Vermögen des Verstorbenen nichts zu teil werden könne. Es handelt sich hier um Vettern und Cousins des Korke.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Kolonialrat.

Berlin, 21. November. (B. L. V.) In der heutigen Nachmittags-Sitzung des Kolonialrates fand der Bericht des Ausschusses für die Prüfung des Verordnungsentwurfes, betr. die Regelung der

Arbeiterverhältnisse in Kamerun, auf der Tagesordnung. Der Bericht gab zu einer principiellen Erweiterung der wirtschaftlichen Lage Kameruns Anlaß. Man dürfe Vertrauen auf die Zukunft der dortigen Unternehmungen haben und müsse fortfahren, Kapital und Arbeitskraft an dieselben zu wenden. Der Kolonialdirektor hob hervor, daß die Regierung stets bemüht gewesen sei, zwischen Plantagenleitern und Arbeitern Licht und Schatten gerecht zu verteilen, und daß namentlich Verfehlungen der Arbeitgeber stets die Abhandlung auf dem Tische gefolgt sei. Die vorliegende Verordnung solle dazu dienen, in dieser Beziehung eine Grundlage zu schaffen und dadurch bestehende Mißstände beseitigen zu helfen. Nach einer eingehenden Spezialdebatte wurde der Verordnungsentwurf mit einigen Zusätzen und Abänderungen in der Fassung des Ausschusses angenommen. Ferner hatte der Ausschuss bestimmte, die Disziplinarstrafgewalt über die Arbeiter regelnde Grundzüge in Vorschlag gebracht. Das Plenum des Kolonialrates stimmte ihnen nach längerer Diskussion unter Vornahme mehrerer Abänderungen bei.

### Schnadebatte in der französischen Kammer.

Paris, 21. November. (B. L. V.) Deputiertenkammer. (Nachmittags-Sitzung.) Die Kammer nimmt die Beratung der Vorlage betreffend die China-Anleihe wieder auf. Der Berichterstatter Hubbard bemerkt, der Krieg in China sei ohne Zustimmung des Parlaments geführt worden; Veranlassung zu demselben seien die Mißbräuche gewesen, die sich die Missionare zu Schulden kommen ließen. Redner spricht sich gegen das Protektorat Frankreichs in China aus.

Donnergues fährt aus, die Regierung solle sich in die Regelung der Entschädigung der Privatpersonen nicht einmischen.

Cochin verlangt, daß die Missionare aus den von China gezahlten Summen entschädigt werden, erklärt aber die Anleihe für unnötig; er werde die Vorlage ablehnen.

Pelleian bekämpft die Anleihe gleichfalls, da niemand wissen könne, ob China zuverlässige Sicherheit bieten werde.

Die Generaldebatte wird darauf geschlossen. Die Kammer lehnt einen von Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau beklagten Antrag Sembat auf Vertagung der Verhandlung mit 363 gegen 215 Stimmen ab und beschließt mit 358 gegen 193 Stimmen, in die Einzelberatung einzutreten. Darauf wird die Sitzung geschlossen.

### Zum Generalstreik der französischen Bergarbeiter.

Paris, 21. November. (B. L. V.) Die parlamentarische Arbeitskommission nahm mit großer Mehrheit eine Resolution zu Gunsten der Einführung einer kürzeren Arbeitszeit in den Bergwerken an. Den Bergarbeitern in Nord-Frankreich wurde dieser Beschluß telegraphisch übermittelt.

### Ein neuer türkisch-französischer Konflikt.

Frankfurt a. M., 21. November. (B. L. V.) Die „Zeit. Itz.“ meldet aus Konstantinopel: Zwischen Frankreich und der Türkei ist ein neuer Konflikt ausgebrochen. Das zweite, am Vespors stationierte französische Kriegsschiff „Mouette“ verließ mehrere Wochen nach der Abreise des Botchafers Constans Konstantinopel, um im ägäischen Meere Übungen abzuhalten. „Mouette“ sollte jetzt hierher zurückkehren und suchte deshalb wegen der Durchfahrt durch die Dardanellen den süßlichen salzreichen Ferman nach. Statt an das Schiff eine Antwort gelangen zu lassen, sandte heute der erste Valaissekretär Tachsm-Bei im Auftrage des Sultans eine Note an den Minister des Äußeren, in welcher demselben erklärt wird, daß für Frankreich keinerlei Grund zur Stationierung zweier Kriegsschiffe im Vespors bestehe und daher der zweite Stationär nicht zugelassen würde. Der Minister wird aufgefordert, sich sofort an die französische Botschaft zu wenden, damit diese das Geschick um Erteilung eines Fernmands für die Durchfahrt des Schiffes durch die Dardanellen zurückziehe. In gut unterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß sich Frankreich der Auffassung des Valaissekretärs nicht anschließen werde; man hält es nicht für unmöglich, daß der zweite Stationär, eventuell selbst auf die Gefahr hin, beschließen zu werden, die Durchfahrt ohne Ferman erzwingen werde. — Außer Frankreich haben noch Russland und England zwei Kriegsschiffe dort, während Deutschland, Italien und Oesterreich-Ungarn nur je durch eins vertreten sind.

### Sturm in der belgischen Kammer.

Brüssel, 21. November. (B. L. V.) In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer kommt es zu heftigen Auftritten.

Lorand bringt zum Artikel 1 der Vorlage betreffend die militärische Reorganisation einen Abänderungsantrag ein und verlangte getrennte Abstimmung. Artikel 1 soll danach lauten: „Wenn das Vaterland in Gefahr ist, sind alle Bürger verpflichtet, zur Verteidigung herbeizueilen.“

Ministerpräsident de Smet de Naeyer fragt den Redner, wie das geschehen solle und verlangt für den Regierungsvorschlag die Vorlesung.

Die Socialisten rufen: „An die Grenze!“

Der Ministerpräsident erwidert: „Wir rechnen beim Marsch an die Grenze nicht auf Sie!“

Der Socialist Furnemont ruft: „Schurke!“

Lorand verlangt, daß der Ministerpräsident zur Ordnung gerufen werde.

Furnemont ruft nochmals „Schurke!“

Die Rechte verlangt den Ordnungsruf für Furnemont. Dieser ruft dem Ministerpräsidenten zu: „Sie Schwachkopf!“

Der Socialist Demblon ballt die Faust gegen de Smet de Naeyer und ruft wiederholt „Feigling!“

Der Präsident der Kammer ersucht Demblon, seine Worte zurückzunehmen. Demblon mildert seine Worte daraufhin ab; die Erörterung wird ruhiger. Demblon wirft der Kammer vor, daß sie dem Lösungswort der „römischen Partei“ gehorche. Schließlich wird die Vorfrage mit 81 gegen 60 Stimmen angenommen; Lorand zieht seinen Abänderungsantrag zurück.

Artikel 1 des Regierungsentwurfes wird sodann mit 80 gegen 58 Stimmen angenommen. Er lautet: „Die Rekrutierung des Heeres erfolgt durch die Anwerbung von Freiwilligen. Sollten diese nicht ausreichen, dann sollen, wenn erforderlich, Jahrgänge der Reserve herangezogen werden.“ Auch Artikel 2 und 3 werden angenommen.

Roschau, 21. November. (B. L. V.) In der Nähe der Ortschaft Kisladna stehen fast 1000 Joch Wald in Flammen. Bisher ist es noch nicht gelungen, dem Brande Einhalt zu thun.

Budapest, 21. November. (B. L. V.) Während der heutigen Abgeordnetenshaus-Sitzung schiederte von der Galerie ein entlassener Beamter, namens Rudolf Waj, unter den Rufen „Watersandverleier“ eine große Anzahl Flugblätter in den Saal. Vor die Polizei gebracht, erklärte er, daß seine verzweifelte Lage ihn zu diesem Schritte veranlaßt habe.

Athen, 21. November. (B. L. V.) Bei den heutigen Kundgebungen gaben einige der Teilnehmer auf den Ministerpräsidenten Theotonis Schiffe ab, ohne jedoch zu treffen.

Erster Kongress der Civil-Berufsmusiker Deutschlands.

Die schon mitgeteilt, tagte vom 13. bis 15. November im Berliner Gewerkschaftshaus der erste Kongress der Civil-Berufsmusiker. Auf demselben waren die Städte Altona, Berlin, Hamburg, Breslau, Albed, Hannover, Bremen, Bremerhaven, Stettin, Hamburg, Halle a. S. und Dresden durch 15 Delegierte vertreten. Von der Generalkommission war Genosse Legien anwesend.

Die Berichte der einzelnen Delegierten boten im allgemeinen das gleiche Bild, wie sie die Verhältnisse über die wirtschaftliche Lage in allen Berufen zu bieten pflegen. Wir können uns deshalb ein näheres Eingehen auf die Berichte, soweit sie die wirtschaftliche Lage der Musiker beleuchten, ersparen. Es ist ja auch allgemein bekannt, daß die Civil-Berufsmusiker gegenüber der Konkurrenz der Militärmusiker, den Beamten-Musikern und der Lehrlingszucht der Stadttheater, wie die Stadttheater auf dem Kongress genannt wurden, einen sehr schweren Stand haben. Es wurden Fälle angeführt, wo einzelne „Musikdirektoren“ bei einem und zwei Gehältern und einigen sogenannten Volontären 60, 80, ja sogar über 100 Lehrlinge hatten.

Es wurde aber auch von den meisten Delegierten darüber Klage geführt, daß selbst auf Seiten der Arbeiter die organisatorischen Bestrebungen der Civil-Berufsmusiker nicht immer oder doch nur sehr langsam und schwer das nötige Verständnis gefunden haben. Ein in jeder Beziehung befriedigendes Verhältnis zwischen den organisierten Musikern und der übrigen organisierten Arbeiterklasse besteht eigentlich nur in Bremerhaven und Hamburg. Von allen Delegierten wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß mit dem Zustandekommen einer einheitlichen, achtunggebenden Organisation sich auch das Verhältnis zu den organisierten Arbeitern da, wo es noch zu wünschen übrig läßt, sich bald heben und zu einem für beide Teile vorteilhaften gestalten werde.

In die Berichte der Delegierten schloß sich ein Referat des Genossen Schöner über die wirtschaftliche Lage der Civil-Berufsmusiker, welches in konzentrierter Form nochmals alles zusammenfaßte, was die Berichte der Delegierten im einzelnen schon ergeben hatten. Außer der wirtschaftlich gedrückten Lage des Musikers konnte aber auch noch seine Rechtslosigkeit auf dem Gebiete der sozialen Rechtspflege und der Sozialgesetzgebung in Betracht. Das Gewerbegericht ist ihm verschlossen, da er angeblich kein Gewerbetreibender oder Gewerbegehilfe, sondern als Künstler betrachtet werde. Ebenso wissen die Musiker bis heute noch nicht, ob sie ein Recht auf die Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung haben. In einzelnen Fällen wird diese Frage bejaht, im allgemeinen aber verneint. In einer Unfallfrage hat das Reichs-Versicherungsamt die Versicherung für ungültig erklärt.

Was das Lehrlingswesen anbelangt, so hätte es keinem sozialdenkenden Musiker ein, dasselbe gänzlich beseitigen zu wollen. Aber es müßte eine ganz energische Reform an demselben vorgenommen werden.

Wenn man bezüglich der Beamtenmusiker geraten wird, doch dafür einzutreten, daß dieselben bessere Gehälter bekommen, so thun wir das auf politischem Gebiet, im übrigen aber haben doch viele von uns noch nicht das Einkommen, das jene haben.

Eine durchgreifende Besserung der Verhältnisse kann nur herbeigeführt werden durch den Anschluß an die allgemeine Arbeiterbewegung.

Die Diskussion, an der sich alle Delegierten beteiligten, bewegte sich im Sinne des Referats und fand ihren Abschluß in der einstimmigen Annahme einer entsprechenden Resolution.

Es folgte sodann ein Referat Legiens über die Organisationsfrage, in welchem derselbe den Delegierten die verschiedenen Vorteile der Zentralorganisation gerade für die Musiker eingehend beleuchtete. Auch die an dieses Referat anschließende Diskussion bewegte sich im zustimmenden Sinne und endigte mit Annahme einer diesbezüglichen Resolution. Dagegen stimmte nur der Vertreter für Breslau, jedoch nur deshalb, weil ihm die Resolution formell nicht genügt.

Da der Statuten-Entwurf für den nunmehr beschlossenen „Verband deutscher Civil-Berufsmusiker“ noch nicht vorliegt, so behandelt der Kongress zunächst die Lehrlingsfrage.

Wille-Hannover hielt die Bedeutung des Lehrlingswesens erstlich in dem massenhaften Zuwachs, der die Nachfrage nach Arbeitskräften in geradezu unheimlicher Weise übersteigt. Da die erlassenen Bestimmungen nicht erlangt werden, so sei das Dasein der ausgebildeten Kräfte später ein geradezu trostloses. Würde hier gelegentlich energisch eingegriffen, so würde der Lehrlingszucht der Boden entzogen. Auffassung der Eltern sei ebenfalls ein Mittel zur Abhilfe. Dasselbe sei auch bisher schon, teilweise sogar mit Erfolg, angewendet worden. Es sei schon so weit gekommen, daß sich teilweise die Lehrlinge nicht mehr in der gewöhnlichen Anzahl finden. Die „Direktoren“ sind deshalb heute schon vielfach gezwungen, sich ihr Material an Lehrlingen aus den ärmsten und rückständigsten Gegenden, so besonders aus den Harzgebirgen und Thüringen zu holen. Die mangelhafte Schulbildung dieses Lehrlingsmaterials ist denselben in späteren Leben dann aber wiederum ein schweres Hindernis. Dazu kommen die schweren sittlichen Gefahren, die sowohl das Zusammenleben einer so großen Anzahl jugendlicher Personen ohne genügende Aufsicht und die Beschäftigung bei den mitunter zweifelhaftesten Schaufstellungen und Ausschweifungen für die jungen Leute mit sich bringt. Die Lehrverträge enthalten oftmals ungeheuerliche Bestimmungen.

Faith-Hamburg: Von einer gewissenhaften Ausbildung kann in den Lehrlingskapellen überhaupt nicht gesprochen werden. Die Lehrlinge fühlen die Hand des Lehrers höchstens dann, wenn sie mal geschickt werden. Selbst in Berlin habe es schon „Kapellen“ mit über 100 Lehrlingen gegeben.

Das ganze heutige Lehrlingswesen entspricht lediglich den Bedürfnissen des Militarismus und kann nur im Zusammenhang mit diesem erfasst und bekämpft werden. Weiter müssen wie energisch die rechtliche Gleichstellung mit den übrigen gewerblichen Arbeitern auch schon für den Lehrling erstrebt. Auch mit der Unterwerfung der Lehrlinge unter den Fortbildungs-Schulzwang würde dem Unwesen schon etwas gesteuert werden.

Jakow, Delegierter für Stettin, und Müller-Bremen schützern zum Teil persönliche Erfahrungen krasser Art aus ihrer eigenen Lehrlinge.

Weiter sprechen zu diesem Thema die Delegierten Auban-Breslau, Nils-Altona.

Durch einstimmige Annahme einer diesbezüglichen Resolution wurde der Vorstand des neuen Verbandes beauftragt, eine Enquete über das Lehrlingswesen zu veranstalten, um auf der Grundlage derselben die nötigen Schritte einleiten zu können.

Der Kongress tritt sodann in die Statutenberatung ein. Der Verband erhält seinen Sitz in Hamburg. Das Eintrittsgeld beträgt 1 M., der Wochenbeitrag 20 Pf. An die Hauptkasse gehen 70 Proz. der Einnahmen. Den Lokalanteil bleibt es überlassen, für ihre lokalen Zwecke Beiträge zu erheben. Außer bei Streiks, Aussperrungen und Mahngelungen soll der Verband seinen Mitgliedern auch in sonstigen Angelegenheiten bei Arbeitslosigkeit, auf der Reise, in besonderen Notfällen und bei Todesfällen von Mitgliedern den Winterurlauben derselben. Die Unterstützung in Krankheitsfällen wurde abgelehnt. Eine längere Debatte entstand auch darüber, ob die Gewährung von Rechtschutz in Fällen, wo es sich um die Wahrung von Rechten aus der Sozialgesetzgebung handelt, nicht besser aus dem Statut herausbliebe, da diese Bestimmungen für die große Masse der Musiker vorläufig zwecklos seien. Auf Vorschlag der Berliner Delegierten blieb es jedoch bei den Bestimmungen.

Als Verbandsvorsitzender wird Faith-Hamburg, als Redakteur für das im Leben zu erscheinende Jahrbuch Wille-Hannover gewählt. Der Verband soll nicht vor dem 1. Januar 1902 ins Leben treten.

Unter Verschiedenem giebt der neugewählte Verbandsvorsitzende der Hoffnung Ausdruck, daß es bald gelingen möge, die hier und da zwischen den Berufsmusikern und der organisierten Arbeiterklasse bestehenden Differenzen zu schlichten. Insbesondere will derselbe sofort Schritte unternehmen, um die Differenzen, die in Berlin hauptsächlich wegen des Waisener-Tarifes bestehen, zu schlichten. Nach einem begeisterten und zu reger Mitarbeit auffordernden Schlußwort des Verbandsvorsitzenden, welches in ein Hoch auf die Arbeiterbewegung ausklang, erfolgte der Schluß des Kongresses.

Aus Industrie und Handel.

Eine Ermäßigung der Coakspreise ist nunmehr vom Syndikat beschlossen. Hochofen-Coak soll im nächsten Jahre von der Tonne dem Syndikat um 2 M. niedriger, mit 16 M. pro Tonne berechnet werden, den Verkaufspreis an die Abnehmer bestimmt das Syndikat. Der Rückgang wird sich hier im gleichen Verhältnis bewegen. Auch die übrigen Sorten sind im Preise um 1,50 bis 3,50 M. pro Tonne niedriger normiert. Ratsächlich konnte die Preisfestlegung nur mit Zustimmung des Kohlenhändlers zu einer Herabsetzung der Preise für Hausbrandkohle greifen wird, darüber verlannt bisher nichts. Wahrscheinlich wird man sich zu einer Konzession an die kleinen Verbraucher nicht bequemen, da diese weniger der Syndikatsherrschschaft sich entziehen können, als die großen Abnehmer. Für die Eisenindustrie bedeutet die Preisherabsetzung eine langerechte Erleichterung.

Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften. Phönix A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb hatte im verflohenen Geschäftsjahre einen Reingewinn von 1 271 072 M. (im Vorjahr 5 079 361 M.) Dividende 4 Proz. (15 Proz.) — Die deutsche Eisenbahn-Spessart-Gesellschaft bringt der Generalversammlung 10 Proz. Dividende in Vorschlag. — Die Westfälische Drahtindustrie erzielte einen Reingewinn von 1 189 908 M. Dividende 10 Proz. — Die Schleifische Zeinenindustrie hatte einen Reingewinn von 619 335 M. (591 802 M.) Dividende 7 Proz. — Die Nürnberger Victoriawerke schließen mit einem Verlust von 100 618 M. ab. Im Vorjahr betrug der Verlust 183 989 M. Aus dem Reservefonds sollen 156 511 M. gedeckt werden. — Die amerikanische Waggonfabrik Pullmann u. Co. erzielte im letzten Geschäftsjahre den größten Gewinn seit 1893. Die Netto-Einnahmen erhöhten sich im Vergleich mit dem Vorjahre um 19,8 Proz., die Netto-Einnahmen um 32,64 Proz. Insgesamt stellt sich die Netto-Einnahme des abgelaufenen Jahres auf 17 996 781 Doll., die Netto-Einnahme auf 8 786 221 Doll. Die Dividende beträgt 8 Proz. — Die Berliner Aktien-Gesellschaft Eisenindustrie und Maschinenfabrik in Charlottenburg hatte einen Bruttogewinn von 498 837 (866 968) M. Dividende 12 Proz. — Die Sächsische Waggonfabrik in Kesselfer hat ihre Unterbilanz um 1 225 457 M. erhöht, so daß die gesamte Unterbilanz jetzt 1 847 227 M. beträgt. Die Hälfte des Aktienkapitals ist verloren. — Die Vereinigten Straßburger Spielkartenfabriken berechnen einen Reingewinn von 106 815 M. (121 106 M.) Dividende 6 Proz. (7 Proz.) — Die Rhein-Gas- u. K.-Ges. verlangt von ihren Aktionären 25 Proz. Rückzahlung pro Aktie. Die Mittel sollen zur Tilgung der 1 691 858 M. Schulden benötigt werden. Der schlechte Geschäftsabgang wird mit der hohen Preisen für Gasölbebe begründet. — Das Neuwalzwerk zu Wöpperde in Westfalen schließt mit einem Verlustsaldo von 113 768 M., das aus dem Reservefonds gedeckt wird. — Die Herculeswerke in Nürnberg hatten einen Rohgewinn von 24 850 M. Dividende wird nicht verteilt. — Die Berliner Union-Brauerei giebt ihren Reingewinn auf 187 120 M. an (128 455 M.). Dividende 5 Proz. — Die Berliner Bad-Brauerei stellt 5 Proz. Dividende in Aussicht (10 Proz.). — Die Aktienbrauerei Friedrichshain wird den Aktionären eine Dividende von 3/4 Proz. gewährt (5/8 Proz.). — Die Cereals-Brauerei Rixdorf schließt mit einem Reingewinn von 679 214 M. ab (623 388 M.). Dividende 14 Proz. für Prioritäten. — Die Maschinenfabrik Humboldt in Halle beziffert den Rohgewinn auf 1 078 621 M. Dividende 6 Proz. (9 Proz.). — Die Wanderer-Fahrradwerke in Schönau erzielten 240 395 M. Reingewinn. Dividende 12 Proz. (6 Proz.). — Die Maschinenfabrik Gebr. Hammer in Reichenfeld verzeichnet eine Unterbilanz von 524 000 M.

Vorsereform in Oestreich. Der von der Regierung im Abgeordnetenhaus vorgelegte Gesetzentwurf sieht nicht ein formelles Verbot des Terminhandels in Getreide vor, sondern eine durchgreifende Reform der landwirtschaftlichen Börsen. Behufs Erzielung richtiger, möglichst genauer Kursnotierungen sind bedeutende Kursregulatoren in Aussicht genommen. Personen, die durch Abschluß eines Schein-geschäfts, oder durch eine Täuschung über einen über die Preisbildung entscheidenden Umstand auf den Getreidepreis einwirken, sind mit Arreststrafen bis zu einem Jahr bedroht. Der Gesetzentwurf enthält ferner Bestimmungen gegen das Vorkaufsrecht Nebenbessener und gegen übermäßige Vorkaufsspekulationen, ferner solche, welche sich auf ein Vorkaufsgerichtsamt und die Vorkaufsleistung beziehen, wobei der Einfluß der Regierung vergrößert wird.

Aus der Frauenbewegung.

Dienstbotenlos.

Die Lage der weiblichen Dienstboten in Berlin schildert der Dozent an der Berliner Humboldt-Universität, Dr. Oskar Stillig, in einem Buche, das demnächst im Verlage von John Felbein hier erscheinen wird. Der Verfasser hat eingehende Studien über seinen Gegenstand gemacht. Eine private Enquete, die er zu diesem Zwecke selbst bei Herrschaften und Dienstmädchen veranstaltete, hat ihm seiner Zeit pöbelhafte Angriffe der Anteknehmerpresse eingetragen. Aus dem Schlusskapitel des interessanten Buches teilen wir über das Ergebnis der Enquete einiges mit zur Beleuchtung des Loses der Dienstboten. Der Verfasser schreibt:

In der Enquete war auch die Frage gestellt: Welche Gründe können Sie angeben, warum so wenig Mädchen sich dem häuslichen Dienst widmen? Die Gründe sind sehr verschiedener Natur. Entscheidend aber ist, ob die Urteilenden Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sind. Dadurch wird bestätigt, was der große Nationalökonom Karl Marx zuerst erkannte, daß die ökonomische Lage der Menschen ihr Denken bestimmt. Das ist ein psychologisches Gesetz, ohne welches die Divergenz der Urteile unverständlich bleibt.

Was die Mädchen als Gründe angeben, sind nur Variationen ein und derselben sozialen Materie. Es ist ein einheitliches Urteil, das in den verschiedensten Formen denselben Grundgedanken enthält. Die Mädchen wollen nicht dienen, wegen der Mißstände, die wir kennen gelernt haben. Wie sie von ihrem Standpunkt aus über das Dienen denken, darüber seien aus der großen Zahl von Bemerkungen nur einige wenige Beispiele mitgeteilt.

„Der Hauptgrund, den man so häufig hört, ist die schlechte Behandlung und das spärliche Essen, die schlechten Schlafräume und die kurzen Freizeiten. Das sind die Gründe, warum sich die Mädchen dem häuslichen Dienst nicht widmen wollen.“

„Nichtachtung, schlechte Behandlung, zuweilen schlechte Löhne, gebundenes Leben, manchmal schlimmer wie im Luthshaus, übertriebene Arbeitszeit. Man hat nicht Zeit, sich seine Sachen in Ordnung zu bringen und ist auf andre Leute angewiesen u. a. m. Ich sollte 20 Mädchen haben, nicht eine einzige würde ich in Stellung schicken.“

„Jetzt hat es mir leid, daß ich einmald den Beruf als Dienstbote gewählt habe, denn an trüben Erfahrungen in jeder Beziehung hat es mir nie gefehlt: tüchtig schufteten, dazu die schlechte Behandlung

und bei mancher Herrschaft das Essen, daß man es nicht glauben möchte, wenn ich es hier niederschreiben würde. Es spottete oft jeder Bescheldung.“

„Nehmer Ansicht nach ziehen es viele vor, am Tage lieber nur einmal zu essen, als jede Minute unter fremden Linsen und Willen zu stehen, was bei uns Dienenden doch ohne Ausnahme der Fall ist.“

„Da die Herrschaften unerhörte Ansprüche an den Dienstboten stellen, weil die Dienstboten sich wie im Gefängnis befinden und keine Freiheit besitzen, da die Mädchen sich bei ihrer sauren Arbeit auch noch von dem erbärmlichen Gehalt allein zum Erhalten zu fassen müssen; da ein Mädchen, sobald es krank wird, wie ein Stück Vieh behandelt und ihm dann die Thür gewiesen wird — da kann man es keinem gesunden jungen Mädchen verdenken, wenn es das Dienen haßt und lieber im Geschäft arbeitet, um sich das tägliche Brot leichter zu verdienen. Jede meines Standes wird mit mir fühlen und mir recht geben.“

„Weil sie meistens schlecht behandelt werden. Dann sagt sich ein Mädchen: Du gehst lieber arbeiten oder in eine Aufwartestelle, dann bist Du wenigstens den Abend Dein freier Herr. Bei den Herrschaften bestehen in Bezug auf die Stellen zu große Unterschiede.“

„Ich selbst würde niemand dazu raten, weil ein Dienstbote, mag er noch so ordentlich sein, als das untergeordnete Geschöpf von allen betrachtet wird. Im Herbst 1899, als die sozialistische Partei eine Versammlung einberufen hatte und die Gesinde-Ordnung zerlegte, hörte ich dort rings um mich den Ausruf: Nun, da schicken wir unsre Kinder nicht dienen, wenn solche Gesetze bestehen.“

„Weil kein Mädchen, mag es sein, was es will, so wenig geachtet wird als ein Dienstmädchen. Man ist und bleibt die letzte Person im Hause, auch wenn nur ein Mädchen da ist.“

„Weil die Herrschaften ihre Mädchen weniger achten als ihren Hund und sprechen unter sich: Ach, die sind ja schon anders geboren. Also wir sind dazu da, um uns alles gefallen zu lassen; wir dürfen kein Gefühl haben, und doch haben wir auch Herz, Gefühl und Galle.“

„Ich bin der festen Meinung, daß so wenig Mädchen sich deswegen dem häuslichen Dienst widmen, weil wir Mädchen viel zu wenig freie Zeit haben, weil wir von Jahr zu Jahr mehr unterdrückt werden und weil sehr viele Herrschaften ihre Dienstboten schlechter behandeln als ein Stück Vieh. Hunde haben es oft viel besser als manches Dienstmädchen und doch muß daselbe den ganzen Tag arbeiten.“

„Weil dienenden Mädchen nie die Stellung eingeräumt wird, die ihnen gebührt, sie werden immer als untergeordnete Wesen betrachtet, die nicht nur die Frauen und Mütterungen der Herrschaft, sondern sogar die Ungezogenheiten und Mißgeburten der Kinder zu ertragen haben. Es ist ja nur das Dienstmädchen. Darum kommt sich auch die einfache Arbeiterin, von der nichts verlangt wird, als die Arbeit, mehr vor als ein Dienstmädchen.“

„Es ist allgemein bekannt, daß der Dienstbotenberuf der schlechteste Beruf ist. Man ist immer abgespannt und furchtbar müde. Ich gebe gelegentlich die Stellung auf, weil die Ansprüche immer größer werden und freie Zeit ist die Hauptsache.“

„Das ist doch klar, wenn ein junges Mädchen mit Lust und Liebe in den Dienst tritt, um sich sein Brot zu verdienen und hat schlechtes Essen, einen unbeschreiblichen Schlafraum und dann ein schlechtes Zeugnis im Buch, womit es sich sein Lebtage herumtragen muß und wie wieder eine gute Stellung annehmen kann — ist es dann ein Wunder, wenn ein Mädchen nicht mehr in Stellung geht, dann ist es des Dienens müde und verdient sich sein Brot leichter als ein schlechtes Mädchen.“

„Ein Dienstmädchen ist in den Augen der Herrschaft nur eine Arbeitsmaschine, es wird gar nicht als Mensch betrachtet. Sie soll nur arbeiten. Vergnügen wird ihr nicht gönnnt. Da heißt es oft: Ein Dienstmädchen hat überhaupt nichts zu beanspruchen, das muß das thun und leisten, was die Herrschaft verlangt. Sollte es mir hier nicht gefallen, was ich jetzt noch nicht sagen kann, so ist es die letzte Stelle gewesen, denn ich habe schon zu viel traurige Erfahrungen gemacht.“

„Weil sie einen thranisierten, doch fleisch und Knochen läßt man schon bei den Herrschaften, den letzten Tropfen Blut möchten sie auch noch haben. Auf den elendesten Hängeboden wird man gesteckt, daß man Kopfschmerzen hat, anstatt daß man erfrischt an die Arbeit geht. Und so ist es einen Tag wie alle Tage, so daß man oft der Verzweiflung nahe ist. Aber ein Mädchen ist eben kein Mensch. Wo soll man nur den Mut herbekommen, um noch weiter in Stellung zu gehen und mit fremdlichem Gesichts den Herrschaften stets entgegenzutreten. Doch nur zu oft besitzen Dienstmädchen einen besseren Charakter und sind feinfühiger, als manche Herrschaften.“

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 25. November, abends 8 1/2 Uhr, in den Raminhallen, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Herrn Dr. J. Hirschfeld über die Hygiene des Kindes. Ferner machen wir unsre Mitglieder ganz besonders auf die am Sonntag, den 1. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus stattfindende Versammlung aufmerksam, in welcher ein Hamburger Lehrer über Jugendlitteratur sprechen wird. Der Vorstand.

Bedeutende organisatorische Erfolge erzielten die Genossinnen in Reichensbach. Vor etwa dreiviertel Jahren begannen sie die Agitations- und Organisationsarbeit und jetzt schon gehören 130 Frauen dem sozialdemokratischen Verein für den 22. sächsischen Reichstags-Wahlkreis an, während es vorher nur ein paar waren. Auch die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen (Textilbranche) wurde wesentlich erhöht.

Versammlungen.

Zweck Agitation für den Wahlverein des zweiten Kreises hatte dessen Vorsitzender Genosse Wolderoth am Dienstag eine öffentliche Versammlung nach Jüßfeld Lokal in der Dennewitzstraße einberufen. Der Umstand, daß der Vorsitzende des Wahlvereins der Einberufer war, gab dem Nebenwählenden Veranlassung, die Entfernung einiger Damen, welche gekommen waren in dem guten Glauben, daß sie einer öffentlichen Versammlung unter allen Umständen beizuhören könnten; zu verlangen. Nachdem diesen Anforderungen Genosse Wolderoth und solchergehalt vier oder fünf weibliche Personen dank der polizeilichen Hilfe vor der Anhörung eines politischen Vortrages gekündigt worden waren, konnte Genosse Richard Fischer kein Referat über die Krise und die Arbeitslosigkeit halten. Der agitatorisch wirksame Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — In der kurzen Diskussion wendete man sich besonders gegen die von bürgerlicher Seite unternommenen Versuche, den Umfang der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit als nicht bedeutend hinzustellen; unter anderem wurden auch die Beschönigungsversuche, die Dr. Freund in der „Vossischen Zeitung“ anstellte, als ganz verfehlt bezeichnet. Man verwies darauf, daß Herr Freund als Vorsitzender des Centralvereins für Arbeitsnachweis, anstatt sich bei einzelnen Fabrikanten über die Ausdehnung der Arbeitslosigkeit zu befragen, die seinem Wirkungskreis so naheliegenden und noch dazu unverlässigeren Quellen hätte benutzen können. Er hätte dann zu anderen Schritten kommen müssen. — Zum Schluß richtete der Vorsitzende Wolderoth einen Appell an die noch nicht politisch organisierten Genossen, sich dem Wahlverein anzuschließen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 4. Wahlkreis (Südost) hielt am Dienstag bei Brüder, Waldemarstraße, eine Versammlung ab, in der Genosse Cohen über den Einfluß der

Arbeiten auf die gewerkschaftlichen Organisationen referierte. Dem befallig aufgenommenen Vortrage folgte eine längere Diskussion, in der einige Redner im Gegensatz zu dem Referenten die Unterstützungsvereine, namentlich die Arbeiterlosen-Unterstützung, als ungeeignete Mittel und als den Klassencharakter schädigend empfanden und in der im weiteren auch die Frage der politischen und neutralen Gewerkschaften erörtert wurde. — Hierauf gab der Vorsitzende bekannt, daß auf Beschluß des Vorstandes das Kassieren der Beiträge in Zukunft bei Beginn der Versammlungen, um Störungen zu vermeiden, eingestellt werden soll und daß man erwarten wird, daß die Mitglieder früher erscheinen und vor Beginn der Versammlung die Beiträge regeln. Außerdem wurde bekannt gegeben, daß am 1. Dezember ein Besuch der Neania veranstaltet ist, daß aber die Villetts hierzu, soweit sie nicht vertrieben werden können, acht Tage vor der Vorstellung an den Speiteur Genossen Böhm abgeliefert werden müssen, da sie sonst als verkauft gelten. Vom Genossen Peter erit wurde angeregt, aus den Listen für die Stadtverordneten-Wahlen wiederum eine Statistik aufzunehmen, um festzustellen, wie sich die Angehörigen der verschiedenen Berufs- an den Wahlen beteiligen.

**In einer von dem Vorstand der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse (Fabrikasse) am Sonntagvormittag 10 Uhr nach dem „Reinpaß“ einberufenen Mitgliederversammlung, welche sehr stark besucht war, referierte Reichsgerichts-Abgeordneter Artur Stadthagen über „das Urteil des Reichsgerichts über die Klage der Kasse mit der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und die Weiterklage im Verwaltungsstreitverfahren“. Bekanntlich ist die Fabrikasse der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft aus dieser Kasse ausgeschieden, um eine eigene Betriebskasse zu errichten; ein von ihr erhobener Anspruch auf Herauszahlung von 270 000 M. aus dem Reservefonds wurde derselben seitens der Aufsichtsbehörde zuerkannt. Dagegen erhob die Neue Maschinenbauer-Krankenkasse Widerspruch, mit welchem sich vor kurzem das Reichsgericht zu beschäftigen hatte. Diese für verschiedene Krankenkassen wichtige Entscheidung wurde vom Referenten folgendermaßen beurteilt: Der Streit zwischen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse dreht sich um 2 Fragen: Ist die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft berechtigt, eine eigene Betriebskasse unter Ausschließung aus der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse zu gründen? Ferner ist die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft verpflichtet, die Mitgliederbeiträge zu zahlen und die Viertel-Million zurückzugeben? Der Weg, diese Fragen zur lehrreichen Entscheidung zu bringen, ist ein etwas verzwickter. Der frühere Oberpräsident hat dem Ersuchen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, auf Grund des § 67a des Kranken-Versicherungs-Gesetzes ihr zu gestatten, auszuscheiden und eine eigene Betriebskasse zu gründen, nicht entsprochen; vielleicht weil seiner Ansicht nach § 67a offensichtlich auf den vorliegenden Fall nicht zutrifft und weil, selbst wenn man eine „analoge“ Anwendung konstatieren wollte, der Gesetzgeber nicht wollte, daß ein behördliches Ermessen so angeordnet wird, daß es als eine Präklusion eines großen Vertragsbruches wirkt. Der jetzige, von dem Selbstverwaltungsgedanken in seiner Art besetzte Oberpräsident hat dem Verlangen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft stattgegeben. Auch im Ministerium hat die Bitte der immer einflußreicher gewordenen Kapitalgesellschaft Erörterung gefunden. Nimmere hätte nach der Ausführungsanweisung des Ministers die Aufsichtsbehörde, also der Magistratskommissar das Streichen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft aus den Statuten herbeiführen müssen. Hätte sie das versucht, so wäre der Rechtsweg an den Bezirksauschuss und an das Ober-Verwaltungsgericht gegeben gewesen. Das Oberverwaltungsgericht hätte wohl die oberschiedliche, ministeriell approbierte Entscheidung als mit § 67a Kranken-Versicherungs-Gesetzes unvereinbar erklärt. Es erscheint geraten, nimmere die Aufsichtsbehörden zu veranlassen, endlich die Statutenänderung herbeizuführen, die gerechtfertigt wäre, wenn ihre Ausdehnung des § 67a zuträfe. Dann ist der Weg für das Verwaltungs-Streitverfahren frei. Ihre Generalversammlung ist befugt, den Vorstand zu veranlassen, diesen Weg zu beschreiten. Die Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts dürfte, gleichviel wie sie ausfällt, das wertvollste sein. Die zivilrechtliche Frage ist auf dem Wege der Klage vor den ordentlichen Gerichten anzutragen. Im Interesse der Kostensparnis ist es rätlich, nicht den Viertelmillionenprozess, sondern zunächst nur eine Klage auf Zahlung der Mitgliederbeiträge gegen die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft zu richten. Das hat Ihre Kasse getan. Sie ist vom Land-, Kammer- und Reichsgericht abgewiesen, aber aus Gründen, die in jeder Instanz anders lauteten. Die Reichsgerichts-Instanz ist die wesentlichste. Wie stand es da? Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft behauptete mit dem Kammergericht: der Rechtsweg sei ausgeschlossen, da es sich um den Streit zweier Kassen handle, auch sei § 67a zutreffend vom Oberpräsidenten angewendet. In der Verhandlung vor dem Reichsgericht erklärte der Vertreter der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft: allerdings trafe § 67a nicht zu, das gehe aus seinem Wortlaut und seiner Entstehungsgeschichte klar hervor, indessen sei der Einwand der Unzulässigkeit des Rechtsweges durchgreifend. Das Reichsgericht erklärte: Der Rechtsweg ist zweifellos zulässig, da die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft und nicht die Betriebskasse der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft verklagt sei, § 67a treffe aber zu, da durch § 67a ein Specialfall eingeschlossen wird und man Analogie anwenden müsse. Ob die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft wegen Verletzung des § 67a Schadensersatzpflichtig sei, könne in diesem Rechtsstreit nicht zur Erörterung gelangen, da ja der Vertrag zwischen den einzelnen Unternehmern, nicht zwischen der Kasse und der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft geschlossen sei. Es hat damit das Reichsgericht gewissermaßen selbst den Weg gewiesen, den es für gangbar hält, um den durch die Vertragsverletzung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft angerichteten Schaden weit zu machen: es müßte ein Unternehmer klagen. Ihre Vertrauensleute schlagen vor, die Kosten eines solchen Prozesses aus Kassennitteln zu bestreiten. Und es ist zweckmäßig, weil ja der Prozess im Interesse Ihrer Kasse geführt wurde. Daneben ließe sich ein neuer Prozess der Kasse, gerichtet auf Zahlung eines Monatsbeitrages, konstatieren. Es ist wohl möglich, daß das Reichsgericht seine Ansicht über analoge Anwendung aufgibt, zumal diese im Widerspruch mit seiner sonstigen Rechtsauffassung sich befindet. Indessen erscheint es ratsamer, mindestens zunächst das Verwaltungs-Streitverfahren abzuwarten und zu sehen, ob ein Unternehmer gegen die mächtige Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft auf Kosten der Kasse zu klagen bereit ist.**

Redner legt eingehend dar, welche Nachteile der Arbeiterschaft durch den Austritt der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zugefügt sind und daß der Bestand der Neuen Maschinenbauer-Kasse gefährdet ist, wenn jedem Unternehmer der Austritt freistünde und er gar für seinen Austritt eine Prämie aus Kassennitteln erhielte. Es sei deshalb eine Statutenänderung erforderlich, durch welche künftighin die Kasse zur Klage auf Schadensersatz aktiv legitimiert werde. Er empfiehlt ferner, eine Petition an den Bundesrat und Reichstag in der Generalversammlung zu beschließen. Es legt dann Redner das Verhalten des Magistratskommissars in dieser Angelegenheit eingehend dar, daß die Selbstverwaltung der Kasse bis zu dem Grade mündig habe, daß rechtswidrige Pfändungsversuche und die rechtswidrige Verhaftung des Vorstandes mitglieders Gries von ihm angeordnet wurde. Durch die Interpellation im Hohen Hause wurde Gries aus der polizeiförmlichen Kasseneundschaft nach fünf Tagen befreit. Er hat Strafantrag gegen die in Betracht kommenden Beamten gestellt. Und das sei zu billigen, selbst wenn die Anklagebehörde vielleicht finden sollte, daß der Dolus, das ist zu deutlich das Bewußtsein von der Tragweite seiner Handlung, dem oder den schuldigen Beamten gefehlt habe. Geht die Anklagebehörde oder das Gericht zu solchem Ergebnis, dann sei zu entscheiden, ob ein Beamter, dem das Bewußtsein der Tragweite einer Handlung fehle, noch länger als Magistratsbeamter zu fungieren habe oder ob ihm nicht wenigstens ein Refektorium anzuvertrauen sei, in dem er weniger Schaden pflichttreuen Vorstandesmitgliedern und einer aufstrebenden Kasse gegenüber zum Nutzen einer Kapitalgesellschaft anrichten könne. Redner empfiehlt dann seine Resolution, welche die Delegierten beauftragt, im Sinne der gemachten Darlegungen in der Generalversammlung einzutreten, und welche

dem Vorstand für seine treue Pflichterfüllung den Dank ausspricht. Zum Schluß legte Redner dar, daß dieser Kampf um die Selbstverwaltung, um die Interessen von Tausenden von Arbeitern und gegen den Bürokratismus und die Sonderbestrebungen der kapitalistischen Interessengruppe nur ein Teil des täglichen den Arbeitern aufgezwungenen Klassenkampfes der Arbeit gegen das Kapital sei. Trotz aller Beschwernisse halten Sie fest an diesem Kampf, dessen legendäre Folgen — mag sein Endergebnis werden, welches es wolle — für den großen allgemeinen Kampf um Befreiung aus den ernen Ketten des Kapitalismus im Sinne der Aufklärung und Vorwärtsbewegung unverkennbar sind. Den Muth aber die hierbei zu verrichtende mühsame Kleinarbeit verschont die Erkenntnis dieses Zusammenhanges.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Erhöhung der Beiträge und des Krankengeldes und die Ergebnisse des Apotheken-Vortrags“ weist Artur Stadthagen darauf hin, daß die Erhöhung im Interesse der Mitglieder liege; die von einzelnen Personen kolportierten Gerichte, daß die Ärzte in der Wahl der Mittel beschränkt seien, sowie andere ähnliche Verdächtigungen müsse er als unwarhaft bezeichnen. Er bitte darum, solchen Äußerungen entgegenzutreten und sich im übrigen fleißig an den Arbeiten der Kasse zu beteiligen. Gries kommt auf die neuesten Maßnahmen des Magistratskommissars gegen den Apotheken-Vortrags zu sprechen und betont die Notwendigkeit, in dieser Beziehung zusammenzuhaltend und nach wie vor nur aus den Apotheken und Droguerien die Medikamente zu beziehen, welche die Centralkommission freigegeben hat.

**Die Steinarbeiter**, die am Sonntagvormittag eine Versammlung im „Englischen Garten“ abhielten, beschloßen mit Majorität bei starker Stimmeneinstimmung folgende, der Diskussion entsprechende Resolution: Die am 17. November versammelten Steinarbeiter Berlin und Umgebung sehen von einer Kündigung des Tarifs zum 1. März ab, trotzdem verschiedene Positionen notwendig der Verbesserung bedürfen. Die Versammelten ersuchen die Geschäftsleitung der Organisation, die Agitation in denjenigen Bezirken, welche alle Großstädte mit billiger Arbeitskraft versehen, etwas lebhafter als bisher zu betreiben. Der Mitgliede wurde beauftragt, bei der Zimung für die allgemeine Einführung der Lohnarbeit an Stelle der Accordarbeit zu wirken und ferner sollen die Unternehmer veranlaßt werden, in Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit die hiesigen Arbeiter vor den ausländischen bei der Einstellung zu berücksichtigen. Außerdem wurde der Vertrauensmann und Delegierte zur Gewerkschaftskommission beauftragt, gemeinsam mit den Steinbildhauern bei den Behörden vorstellig zu werden, um diese zu veranlassen, daß die in Aussicht genommenen Arbeiten beschleunigt und sonstige geeignete Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit getroffen werden. Als Delegierter zur Gewerkschaftskommission wurde Gries, nachdem derselbe Bericht erstattet hatte, wiedergewählt.

**Der Centralverband der Elektromonteur hielt am Sonntag, den 10. d. Mts., im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Generalversammlung ab, welche sehr besucht war. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, ehrte die Versammlung den Tod des Kollegen Thiede durch Erheben von den Plätzen. Kollege H. Abraham hielt dann ein einleitendes Referat über den inneren Ausbau des Verbandes und darauf wurde zur Erhebung von Anträgen zum nächsten Verbandstag übergegangen. Der eingehenden Diskussion wegen konnten nur drei derselben erledigt werden. Die Fortsetzung der Beratung erfolgt in der nächsten Generalversammlung.**

**Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen hielt seine Mitgliederversammlung am 8. d. M. im Lokale Brückel, Lindenstraße 35, ab. Waldek Manasse hielt einen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: Der Kampf ums Dasein. Von einer Diskussion nahm die Versammlung Abstand. Unter Vereinsangelegenheiten sprach der Vorstand sein Bedauern darüber aus, daß ein großer Teil der Gewerkschaften bei Abmachungen von Vergütungen und Festlichkeiten mit den Saalbesitzern die Organisation der Kellner gar nicht in Betracht zöge. Gelegentlich eines Festes der Gold- und Silberarbeiter im Konzerthaus Sanssouci wurden unter Zustimmung des Komitees sogar zwei organisierte Kellner aus dem Saale gewiesen, welche zwecks Verteilung von Handzetteln erschienen waren. — Die Versammlung schloß diese Vorkommnisse in einer Resolution.**

**Hildorf.** Am 10. November fand bei Mercier, Steinhofstr. 118, eine vom Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter einberufene Versammlung statt, welche zahlreich besucht war. Das Referat hatte G. Straube übernommen. Er sprach unter großem Beifall über den Brotwucher und die Lebenslage der Arbeiter. Nach einer eingehenden Diskussion wurde eine Resolution angenommen, welche den geplanten Auszug auf die Taschen des arbeitenden Volkes energisch verurteilt.

**Ober-Schönevide.** Der sozialdemokratische Wahlverein für Ober-Schönevide hielt am Mittwoch, den 13. d. Mts., seine ständige Vereinsversammlung ab. Nach dem trefflichen, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über: „Der deutsche Vorkriegs-Krieg“, erstattete der Vertrauensmann den Bericht über die Kreisconferenz. Dann wurde zur Wahl eines Revisors geschritten, welcher Posten dem Genossen Oskar Hoffmann übertrug wurde. Unter Verschiedenem wurde den Mitgliedern die Anschaffung des Protokolls vom letzten Parteitag empfohlen und zwar soll ihnen dasselbe für den Ausnahmepreis von 30 Pf. pro Stück überlassen werden.

**Verein der Kellner Berlin und Umgegend.** Freitag, den 22. November, nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokal, Hasenheide 52/53: Versammlung. Aufnahme neuer Mitglieder.  
**Vegetarier-Vereinigung, Centrale Berlin.** Freitag, den 22. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Sontardstr. 51: Vortrag des Herrn Buchholz über: „Die künftige Sterblichkeitsabnahme der Vegetarier und ihre Vorbereitung“.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zweyehunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.  
**Bachstein.** Ich können zur Zeit nicht schreiben, ob Maurer Behrend 1885 oder 1887 aus Berlin ausgewiesen worden ist. Vielleicht giebt einer unserer Leser Auskunft.  
**Lindenhagen, Grünau.** Wir nehmen Notiz von Ihrer Mitteilung, daß Sie von der Partei kein Geld zur Durchführung Ihrer Klagen erhalten haben.  
**M. P. 19. 1. und 2.:** Als Barenpolizei. Fragen Sie aber vorher auf dem Postamt an wegen der dabei in Betracht kommenden Einzelheiten, die sich von hier nicht übermitteln lassen.  
**M. P. 22.** Bielefeldt hilft Ihnen der Frauenverein zur Abhilfe der Not unter den kleinen Fabrikanten und Gewerbetreibenden, Besingende Frau Joh. Salomanohn, oder das Bürgerrettungs-Institut, Sekretär Magistratssekretär Höhne, Große Präsidentenstr. 7. Beide Stiftungen gewähren Handwerker keine Darlehen.  
**Hilf 4.** Die Frau Clara Lange-Stiftung, Verwaltung städtische Stiftungsdeputation, Poststr. 16, O. gemährt 15 M. Unterstützung zu Weihnachten, ebenso das von derselben Deputation verwaltete Reuter-Widowsche Legat. Weiter können in Betracht der Verein der Sammler von Cigarren-abqualitäten, Hof-Frau Meinerde, Berlin W., Kanferstr. 3.  
**Anatomie.** Es läßt sich die Frage nicht beantworten, da der Zweck, dem das Buch dienen soll, nicht erschlossen ist.  
**Rindberg.** Der „Borwärts“ brachte eine Besprechung des Stammlerischen Buches aus der Feder von G. Schmidt in der Nummer vom 16. Januar 1897. Die „Neue Zeit“ brachte eine Rezension von O. Gimmow.  
**J. 100.** Wenden Sie sich an die Geschäftsstelle des Vereins, Köpplingerstraße 72.  
**S. P. 411.** Ueber die Fahr- und Fachschule der Berliner Personen-Versicherungsgesellschaft erhalten Sie in deren Bureau, Brunnenstraße 135, Auskunft.  
**L. R.** Wegen der Simon u. Lisa Böhm-Stiftung müssen Sie sich an den Kurator, Stadtrat Ramroth, Rathaus, Zimmer 50, wenden.  
**M. R.** Von der „Jugendwehr“ wissen wir nur, daß der Monatsbeitrag 50 Pf. beträgt.  
**G. R. Badayest.** B. wohnt Schöneberg bei Berlin, Eisenacherstraße 41.  
**Oskar.** Eine derartige Klausel besteht nicht.

**B. C.** Der Hafenarbeiterfrei vom Jahre 1896 hat 1875 611 M. gefolgt. Von dieser Summe sind 1613 000 M. durch freiwillige Spenden aufgenommen worden, 262 611 M. wurden als Anleihen aufgenommen.  
**G. G. 1.** Der Verein und seine Mitglieder würden im Wege einer Klage schmerzlich empfinden. 2. Leider ist jene Zeitung hierzu berechtigt. — J. G. 73. 1-3. Rein. — M. J. 94. Sie sind im Recht. — **Vertriebener Genosse.** 1. In 5, 2. In 2 Jahren. Jedoch unterbricht jede gegen den Thäter gerichtete richterliche Handlung die Verjährung. 3. Das hängt von der Art des Verbrechens ab. — **M. 2.** Die Kündigungserklärung einer Wirtshauskassierin, die nicht im Geschäftverhältnis steht, beträgt: falls der Lohn nach Wochen bemessen ist, eine Woche (Kündigung am ersten Werktag der Woche zum Schluß der Woche), falls der Lohn nach Monaten bemessen ist, einen Monat (am ersten zum Schluß des Monats), falls der Lohn nach Vierteljahren oder längeren Zeiträumen bemessen ist, 6 Wochen zum Quartalschluß. — **M. 2. 3.** Ja. — **D. R. 100.** 1. und 2. Ja. 3. und 4. Invalidenmarken sind von der Berlin zu haben. Wenden Sie sich an die Invalidenanstalt Breitenstraße 24. 5. und 6. Ein Anspruch auf Schadenersatz oder Unfallrente steht Ihrer Mutter leider nicht zu. — **Genosse M. 1.** Die Vorschrift des Art. 13 des Grundgesetzes, 2. Ja, am ersten. 3. Rein. 4. Im Laufe des Erben. 5. Die Kündigung muß spätestens am 28. Dezember in den Händen des Reichs sein, wenn drei Monate und drei Tage als Frist vereinbart sind. 6. Rein. Wenden Sie sich an eine Wägenhandlung. — **Paule.** 1. a) Rein. Damit lassen die übrigen Fragen fort. 2. Das könnte als Betrag erachtet werden. 3. Rein. 4. Rein. 5. Die Bescheinigung über Ihre Unvermögen zur Tragung der Kosten stellt der hiesige Magistrat aus. Mit dieser Bescheinigung wenden Sie sich unter Vorlegung des Sachverhalts an das Projektgericht und beantragen, Ihnen das Armenrecht bewilligen zu wollen. — **M. H. Rein.** — **M. 2. 88.** 1. Verjährung liegt nicht vor. 2. Das müssen Sie im Privatwege ausfindig machen. 3. An den Magistrat: Stiftungs-Deputation. — **T. 1.** Sie würden mit Ihrem Verlangen ohne Einwilligung der Mutter und des Vormundes nicht durchbringen. — **M. H.** Die Bedingungen erhalten Sie unentgeltlich von der Ihnen nächst gelegenen Gasinspektion. — **Karl K.** Sie können jederzeit Ihr Kind selbst an das Vormundschaftsgericht und an die Polizei wenden. — **M. R. 30.** 1. Rein. 2. Wenn Sie vertreten sein will, ja. 3. Die Frau läßt sich zunächst vom Armenkommissions-Vorsitzer bescheinigen, daß sie zur Tragung der Kosten außer Stande ist, und richtet unter Ueberreichung dieser Bescheinigung an das Projektgericht den Antrag, ihr das Armenrecht zu bewilligen. Die Gründe, welche sie gegen die Klage anzuführen hat, muß sie darlegen. — **G. R. 1853.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage. — **Maass.** 1. Die Bescheinigung können Sie sich von dem Gericht, vor dem der Antritt erfolgt ist, erlassen lassen. 2. Sie teilen dem Gericht mit, daß Sie auftreten wollen und erklären 4 bis 6 Wochen nach Eingang Ihrer Mitteilung an gerichtlichem Protokoll Ihren Austritt. — **G. C. 33.** 1. Rein. 2. Der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte hört mit der Zeit auf, für deren Dauer er schwebt ist. — **Berlin 1001.** Ist durch Gerichtsbescheid der Arbeitslohn gesunken, so legt sich der Arbeitgeber, der demnach zahlen der Gehalt einer Doppelzahlung aus. — **T. P. 3.** Rein. — **J. B. 100.** Vorstand der Anwaltskammer, Kronenstr. 76. — **M. R.** Eheleute leben außer Gütergemeinschaft, aber nicht in Gütertrennung, sondern in Verwaltungsgemeinschaft, wenn nicht vertraglich anders vereinbart ist. — **G. St. 1. u. 2. Ja.** — **J. Sch. Wien.** Die gefällige Kündigungserklärung beträgt 14, nicht acht Tage. Der Betrag ist also im Recht.

**Todesanzeige.**  
Allen lieben Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, unser guter, sorgloser Vater, der Tischler **Karl Schöning** nach kurzem Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. November, vormittags 9 1/2 Uhr, nach dem Begräbnisplatz bei S. Wolter, Gräberstraße 8.  
21376

**Bilderrahmenmacher.**  
Sonntag, den 24. November, vormittags 9 1/2 Uhr, findet eine Zusammenkunft statt bezugs Neugründung eines Vereins bei S. Wolter, Gräberstraße 8.  
21376

**Orts-Krankenkasse d. Schuhmacher.**  
Sonntagvormittag, präzis 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:  
**Versammlung der Kassenmitglieder.**

**Tagesordnung:**  
1. Aufstellung von 38 Kandidaten als Ersatzdelegierte für die Wahlperiode pro 1901 und 1902. 2. Aufstellung von 2 Kandidaten als Ersatz-Vorstandsmitglieder für die Wahlperiode 1901 und 1902. 3. Aufstellung von 4 Kandidaten als Vorstandsmitglieder für die Wahlperiode 1902 und 1903. 4. Kassenangelegenheiten.  
Der Einberufer.  
**Kösliner Hof, Köslinerstr. 8.**  
Festlicher Umstöße halber ist Sonntag, den 1. März, zum Wokkenball frei.  
28188\*

**Hirschfleisch 30, 40 Pf. Blatt 50.**  
**Nasen v. 3.25, gepickelt 3.75.**  
Kaninchen 80 Pf.  
**Oderbruch. Gänse 4 Pf. 55 und 60 Pf.**  
Gänser, Enten, Tauben.  
**A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.**

**Geld!** Wer Darlehen oder Hypothek sucht, verlange Prospekt von **H. Sittner u. Co., Hannover B.**

**Dr. med. Schaper**  
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.  
Königsplatzstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

**Herren-Anzüge, Paletots**  
eleg. Ausführung bei nur gering. Tell.  
**J. Kurzberg, Landsbergerstr. 13.**  
Einige Wagons schöner  
**Weihnachtsbäume**  
zu verkaufen. Röhres durch Herr  
Schulz Dom. Wudrow bei Baguz  
resp. Eymberg R. 4. 107/13\*

**100 000 M.**  
500 000, 25 000 M. etc.  
wiederm Haupttreffer d. beliebt  
**Wohlfahrtslose**  
à M. 3,30; Porto und Liste  
20 Pf.  
Ziehung 29. Nov. - 4. Dez. cr.  
16 870 Geldgewinne ohne Abzug.  
**Georg Prerauer,**  
Berlin SW., 139/4  
jetzt Friedrichstr. 207.  
Gegründet 1888.

**100 000 M.**  
500 000, 25 000 M. etc.  
wiederm Haupttreffer d. beliebt  
**Wohlfahrtslose**  
à M. 3,30; Porto und Liste  
20 Pf.  
Ziehung 29. Nov. - 4. Dez. cr.  
16 870 Geldgewinne ohne Abzug.  
**Georg Prerauer,**  
Berlin SW., 139/4  
jetzt Friedrichstr. 207.  
Gegründet 1888.

**100 000 M.**  
500 000, 25 000 M. etc.  
wiederm Haupttreffer d. beliebt  
**Wohlfahrtslose**  
à M. 3,30; Porto und Liste  
20 Pf.  
Ziehung 29. Nov. - 4. Dez. cr.  
16 870 Geldgewinne ohne Abzug.  
**Georg Prerauer,**  
Berlin SW., 139/4  
jetzt Friedrichstr. 207.  
Gegründet 1888.

**100 000 M.**  
500 000, 25 000 M. etc.  
wiederm Haupttreffer d. beliebt  
**Wohlfahrtslose**  
à M. 3,30; Porto und Liste  
20 Pf.  
Ziehung 29. Nov. - 4. Dez. cr.  
16 870 Geldgewinne ohne Abzug.  
**Georg Prerauer,**  
Berlin SW., 139/4  
jetzt Friedrichstr. 207.  
Gegründet 1888.

**100 000 M.**  
500 000, 25 000 M. etc.  
wiederm Haupttreffer d. beliebt  
**Wohlfahrtslose**  
à M. 3,30; Porto und Liste  
20 Pf.  
Ziehung 29. Nov. - 4. Dez. cr.  
16 870 Geldgewinne ohne Abzug.  
**Georg Prerauer,**  
Berlin SW., 139/4  
jetzt Friedrichstr. 207.  
Gegründet 1888.

**100 000 M.**  
500 000, 25 000 M. etc.  
wiederm Haupttreffer d. beliebt  
**Wohlfahrtslose**  
à M. 3,30; Porto und Liste  
20 Pf.  
Ziehung 29. Nov. - 4. Dez. cr.  
16 870 Geldgewinne ohne Abzug.  
**Georg Prerauer,**  
Berlin SW., 139/4  
jetzt Friedrichstr. 207.  
Gegründet 1888.

**100 000 M.**  
500 000, 25 000 M. etc.  
wiederm Haupttreffer d. beliebt  
**Wohlfahrtslose**  
à M. 3,30; Porto und Liste  
20 Pf.  
Ziehung 29. Nov. - 4. Dez. cr.  
16 870 Geldgewinne ohne Abzug.  
**Georg Prerauer,**  
Berlin SW., 139/4  
jetzt Friedrichstr. 207.  
Gegründet 1888.

**100 000 M.**  
500 000, 25 000 M. etc.  
wiederm Haupttreffer d. beliebt  
**Wohlfahrtslose**  
à M. 3,30; Porto und Liste  
20 Pf.  
Ziehung 29. Nov. - 4. Dez. cr.  
16 870 Geldgewinne ohne Abzug.  
**Georg Prerauer,**  
Berlin SW., 139/4  
jetzt Friedrichstr. 207.  
Gegründet 1888.

**100 000 M.**  
500 000, 25 000 M. etc.  
wiederm Haupttreffer d. beliebt  
**Wohlfahrtslose**  
à M. 3,30; Porto und Liste  
20 Pf.  
Ziehung 29. Nov. - 4. Dez. cr.  
16 870 Geldgewinne ohne Abzug.  
**Georg Prerauer,**  
Berlin SW., 139/4  
jetzt Friedrichstr. 207.  
Gegründet 1888.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Freitag, 22. November.**  
**Opernhaus.** Sigaros Hochzeit. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** König Richard der Dritte. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Opern-Theater (Krauß).** Geschlossen.  
**Schiller.** Infolens Mädchen. Hierauf: Die Komödie der Jungen. Anfang 8 Uhr.  
**Deutsches.** Corano von Bergerac. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Pöppel.** Die Heben Feinde. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Hessens.** Sein Doppeltgänger. Im Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Coralie u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Welken.** Die Jüdin. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Secessionstheater.** Delfes Visions- und Bunte Welt. Anfang 8 Uhr.  
**Central.** Gastspiel von Lola Fuller und Sada Yacco mit ihrer Gesellschaft aus Tokio. Die Geisha und der Ritter. Kisa. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Thalia.** Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Duisen.** Schiedsmann Hempel. Anfang 8 Uhr.  
**Carl Welt.** Der Märchenbrunnen. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelm-Schauspielhaus.** Otfried-Gyffus. Perichole, die Strauchfängerin. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Welt-Alliance.** Der Raub der Sabinerinnen. Anfang 8 Uhr.  
**Coloss.** Theater. Berlin W. Berlin N. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** Spezialitäten-Vorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.  
**Apollon.** Spezialitäten-Vorstellung. König Kana. Anfang 8 Uhr.  
**Palast-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung. Borsting. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
**Passage-Panoptikum.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Palast.** Spezialitäten-Vorstellung. Großstadtjäger. Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Tautenstr. 48/49. (Im Theater) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken.  
**Jubiläumstheater 57/62.** Werden und Bergehen im Weltraum. Anfang 8 Uhr.

## Urania.

Tauten-Strasse 48/49.  
 Im Theater um 8 Uhr:  
**Ueber den Wolken**  
 Invalidenstr. 57/62.  
**Tägl. Sternwarte.**  
**Passage-Panoptikum.**  
 Heute den ganzen Tag geöffnet.  
 Die Togo-Neger- und Shingalesen-Karawans, 43 Personen, darunter 24 junge hübsche Togo-Mädchen.  
 Die Schlacht bei Wörth etc.  
**6 Lilliputaner.**  
 Die einzig in der Welt dastehen.  
 Nur noch kurze Zeit!  
 Neu!!  
 LordKitchener  
 De Wet, Botha.  
 Die wunderbare Illusion: „Aller-seelen“ mit Musik- u. Gesang-Begleitung.

## Apollo-Theater.

Mit durchschlagendem Erfolg:  
 Abends 9 Uhr:  
**König Aqua.**  
 Im 3. Bilde: Grosses Ballett unter Mitwirkung des Luftballett:  
**„Grigolatis“.**  
 Ferner:  
**8 auserlesene Spezialitäten.**  
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.  
**Carl Weiss-Theater.**  
 Große Frankfurtstr. 132.  
 Volkstümliche Vorstellung.  
 Kleine Preise: Part. 60 Pf.  
**Liane, die zweite Frau.**  
 Schauspiel in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman in der Gartenlaube von E. Marlitt.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Der Kottenfänger von Danach. Abends: Am Altar. Sonntag: Am Altar.

## Metropol-Theater.

Gr. Berliner Anstättungsposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.  
**Schön war's doch.**  
 Emil Thomas a. G.  
**J. Josephi. — H. Bender.**  
 Urmische Parodie.  
**!! Bender als Saharet !!**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Rauchen überall gestattet.  
 Am Totensonntag, 24. d. M.: Einmaliges Gastspiel des Königl. Kammer- u. Opernsängers **H. Rothmühl** mit dem Ensemble des Opern-Theaters des Westens:  
**Die Jüdin.**  
 Vothringstr. 37.  
 u. a.: Gastspiel der  
**„Fougères“.**  
 9 1/2 Uhr.  
 Berlin N.  
 Berlin W.  
 Anf. 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr.  
 Sonntagabend: 7 1/2 Uhr.  
**„Die Waise“.** „Weihnachten“  
**Schall und Rauch.**  
 Unter den Linden 44.  
 Freitag, den 22. November 1901:  
 Gastspiel **Anne Judie.**  
 Ferner: Don Carlos. — Ein Geheimnis. — Im Hotelkorridor. — Herbstzauber. — Im automatischen Restaurant. — Anfang 8 1/2 Uhr.  
 10 Uhr: Madame Judie.

## Casino-Theater.

Vothringstr. 37.  
 u. a.: Gastspiel der  
**„Fougères“.**  
 9 1/2 Uhr.  
 Berlin N.  
 Berlin W.  
 Anf. 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr.  
 Sonntagabend: 7 1/2 Uhr.  
**„Die Waise“.** „Weihnachten“  
**Schall und Rauch.**  
 Unter den Linden 44.  
 Freitag, den 22. November 1901:  
 Gastspiel **Anne Judie.**  
 Ferner: Don Carlos. — Ein Geheimnis. — Im Hotelkorridor. — Herbstzauber. — Im automatischen Restaurant. — Anfang 8 1/2 Uhr.  
 10 Uhr: Madame Judie.

## Orpheus-Theater.

Friedrichstr. 236.  
**30 internationale Künstler**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Sonntagabend:  
 Keine Vorstellung.  
 Sonnabend- und Sonntagnachmittag 3 Uhr:  
**Familien-Vorstellung**  
 zu halben Preisen.  
**Deutsche Konzerthallen.**  
 An der Spandauer Brücke 3.  
 Vornehmst. Vergnügungsort!  
 Täglich: Internationale Konzerte.  
 Spezialität: Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften.  
**Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.**  
 Vorzügliche Küche.  
 Gut gepflegte Biere.

## Schiller-Theater

(Wallner-Theater).  
 Freitagabend 8 Uhr:  
**Lysanders Mädchen.**  
 Opernspiel in einem Akt von J. B. Widmann.  
 Hierauf:  
**Die Komödie der Irrungen.**  
 Lustspiel in 3 Aufzügen u. 5 Akten.  
 Sonntagabend 8 Uhr:  
**Lysanders Mädchen.**  
 Hierauf:  
**Die Komödie der Irrungen.**  
 Sonntagabend 8 Uhr:  
**Die Braut von Messina.**

## Central-Theater.

Heute Gastspiel **La Lola Fuller** und **Sada Yacco** mit ihrer japan. Gesellschaft, bestehend aus 30 Künstlern vom kaiserlichen Volkstheater in Tokio.  
 Morgen und folgende Tage: Gastspiel **La Lola Fuller** und **Sada Yacco**.  
 Sonntagnachmittag 3 Uhr: halbe Preise. Konzert.

## Thalia-Theater.

Samstagsvorstellung:  
**Ein tolles Geschäft.**  
 Sonntagabend: Zum letztenmal:  
**Ein tolles Geschäft.**  
 Sonntag: Gastspiel des Verf. u. Theater-Ensembles:  
**Johannesfeuer.**  
 Montag: Zum erstenmal:  
**Die Wadepuppe.**  
 Große Aufführungspose mit Gesang und Tanz in 3 Akten.

## Palast-Theater

(früher Feen-Palast)  
 Burgstr. 22.  
 Direktion: Winkler u. Fröbel.  
 Freitag, 22. November 1901:  
**Großer Erfolg 6. sensationeller Kunst-Spezialitäten.**  
 Um 9 Uhr. Novität. Um 9 Uhr.  
 Die atemberaubendste u. furchtbarste Versuchsaufnahme große Kunstleistungsdarstellung.  
**Grosstadtzauber**  
 v. W. Gerde. Musik v. Sommerfeld.  
 Opern- u. Ballett. Die Ritz. Winkler.  
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.  
 Nummeriert 1 M.  
 Sonntag, den 24. November:  
 Einmalige Aufführung:  
**Am Versöhnungstage.**  
 Volkstümlich u. Gesang in 5 Bildern.

## W. Noacks Theater.

Brunnenstr. 16.  
**Die Wittiblerin v. St. Tropez**  
 Drama in 5 Akten von H. Landert.  
 Heute Tanzkonzert.  
 Sonntagabend:  
 Der Glöckner von Notre-Dame.

**Aktien-Brauerei Friedrichshain vorm. Lipps.**  
 Sonntag, 24. November (Totensonntag)  
**Konzert**  
 veranstaltet von den Gesangsvereinen „Kronberger Harmonie“, „Norddeutsche Schleiße“ und „Sorgentel“ (M. d. A.-S.-B.) Leitung: Musikdir. H. Bloß.  
 Mitwirkende:  
**Berliner Tonkünstler-Orchester**  
 Leitung: Herr F. v. Blon.  
 Frau Petterson-Münch, Konzertsängerin.  
 Herr A. Pfützner, Oratorienkänger.  
**Auserwähltes Programm!**  
 Zur Aufführung gelangt u. a.:  
**Max Bruch: Frithjof,**  
 Oratorium für Männerchor, Orchester und Solostimmen.  
 Eröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.  
 Freunde und Gönner bestens eingeladen!  
 Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.  
 Das Reservieren der Plätze ist nicht gestattet.  
 Eine Wiederholung des „Frithjof“ findet am 3. Weihnachtstags statt. 66/8

**E. von Wolzogens Buntes Theater.**  
 (Ueberbrettel).  
 Köpnickstr. 68, nahe an der Brückenstrasse.  
 7 Minuten zu Fuss vom Stadtbahnhof Jannowitzbrücke.  
 Haltestelle der Grossen Strassen- u. Ringbahn.  
**Eröffnung**  
**am Dienstag, 26. November.**  
 Anfang der Eröffnungs-Vorstellung 7 1/2 Uhr, sonst stets 8 Uhr.  
 Preise der Plätze:  
 I. Rang Loge 7,00 — Parquetloge 6,00 — Parterreloge 5,00 — Orchesterloge 4,00 — I. Parkett 4,00 — II. Parkett 3,00 — I. Rang Balkon 4,00 — I. Rang 3,00 — II. Rang 2,00 — Stehplatz Parterre 1,00 — II. Rang Stehplatz 1,00.  
 Vorausbestellungs-Gebühr nur bei Erstaufführungen und an Sonn- und Feiertagen für Logen, Fauteuil, Parkett und I. Rangplätze 50 Pf. pro Billet; bei II. Rang und Stehplätzen 25 Pf. pro Billet.  
 inkl. Programm.

## Passage-Theater.

Anfang 5 Uhr.  
 Sonntag 2 Uhr. Ende 11 Uhr.  
**Lotte Sebus**  
 der neue Stern der Variétébühne.  
 Auftreten 10 Uhr.  
**„Mascagni“**  
 Italienisches Opern-Trio.  
 Auftreten 9 Uhr 30 Min.  
**Die 24 Togomädchen**  
 mit ihren Kriegstänzen und Gesängen um 10 Uhr 30 Min.  
 16 erstkl. Nummern!

## Sanssouci

Kottbuserstr. 4 n.  
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger**  
 Nach jeder Soiree: Tanz.  
 Neu! Neu! Neu!  
**Lehmanns Heimkehr.**  
 Sonntag, 24. Novbr.:  
 Einmalige Aufführung des vorzüglichsten Schauspielers:  
**Der Pfarrer von Kirchfeld**  
 von Ludwig Angenburger.  
 Unter Mitwirkung des „Berliner Schauspiel-Vereins“.

## Reichshallen.

Stettiner Sänger.  
**„Bosco“.**  
**„Studenten-Alt“.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Sonntag 7 Uhr.

## Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.  
 Hochentags 7 Uhr. Sonntag 5 Uhr.  
 Specialitäten. J. M. Hütt.  
 Jeden Sonntag nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

## Betriebs-Werkstätte für Knaben-Konfektion.

**Gustav Jaser, Brunnenstr. 84.**  
 Knaben-Anzüge und Paletos in grösster Auswahl zu Engros-Preisen. 27872  
 Anfertigung nach Maß in kürzester Zeit. Großes Stofflager.  
**Würzburger Hühneraugenmittel**  
 von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei.  
 Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge heilt in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Querschnitt).  
**Dr. H. Unger in Würzburg.**  
 Hauptdepot in Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße. Greif-Apothek, Barnimstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Züsigtart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 2744.  
 Uhrmacher, Gr. Frankfurterstr. 105.  
 empfiehlt sein Lager in Uhren und Goldwaren.  
 Reparaturen billig unter Garantie. 29011

**Polyphon-Musikwerke**  
 Selbstspielende u. zum Drehen mit austauschbaren Metall-Notenschleifen  
 zum Preis v. 20 M. aufwärts gegen Monatsraten v. 2 M. an.  
**Phonographen-Grammophone**  
 nur erstklassige Ladetes funktionierende Apparate mit Wachs- u. Hartgummiplatten  
 zum Preis v. 20 M. aufwärts gegen Monatsraten v. 2 M. an.  
**Phologr. Apparate**  
 aller Systeme sowie sämtl. Zubehör u. Bestandteile.  
 Nur erstklassige Fabrikate gegen mässige Monatsraten.  
 Illust. Spezialkataloge über jeden Artikel gratis u. franco.  
**BIAL & FREUND**  
 in Breslau II.

Die weltbekannte **Bettfedern-Fabrik**  
 Gustav Dittig, Berlin S., Prinzenstr. 46, verleiht gegen Nachnahme garant. neue Bettfedern u. 100 Pf. gleiche Goldfedern u. 100 Pf. bessere Goldfedern u. 100 Pf. vorzügliche Feder u. 100 Pf. — Von diesen Federn gewaschen u. mit 4 Pfund zum großen Coerbeit verpackt von Berlin u. Dresden gratis. Bitte Anrechnungsbillets.

**Möbel-Fabrik u. Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen**  
 zu Fabrikpreisen — Eigne Werkstätten — empfiehlt  
**Julius Apelt, Skaltzerstr. 6,**  
 am Kottbus Thor. (2400 L.)

**200,000 M. gewinnen für 7 M.**  
 auf 1 Wohlfahrts- und 1 Rothes Los  
 Ziehung 29. Novbr. bis 4. Decbr. u. 16. bis 20. Decbr. cr.  
 33.740 bare Geldgewinne im Betrage von 1.150.000 Mark.  
 Originallose einzeln je M. 3,30; Porto und Liste je 30 Pfg.  
**Moritz Fraenkel jr.,** Friedr. str. 163.  
 Berlin W. 8.  
 Begründet 1882.

## Das beste Genussmittel für den Magen

und unentbehrlich für jede Haushaltung ist  
 Nur echt mit vollem Namenszug Dr. med. Woerleins, prakt. Arzt.  
**Dr. med. Woerleins Magentrank**  
 a M. 1.—, 1,50, 3.— per Flasche.

## Diätische Thees.

Fabrikant: Jean Becker, Ludwigshafen a. Rh.  
 Erhältlich in Berlin:  
 Dr. Albert Bernards, Einhorn-Apothek, Rurstr. 34/35.  
 Max Schwarzlose, Königl. Hoflieferant, Rurstr. 50.  
 W.  
 Max Schwarzlose, Königl. Hoflieferant, Potsdamerstr. 7a.  
 C. A. Winkler, Rurstr., Droguerie, Rurstr. 139.  
 Max Eckert, Adler-Droguerie, Rurstr. 1, Ecke Altes Lebenstr. 8.  
 Bruno Stürkow, Rurstr. 8.  
 W. Köppen, Altes Lebenstr. 25a.  
 Dr. H. Rossmann & Co. Nachf., Pallaststr. 24.  
 H. O. Korth, Hühner- und Gänsefleisch, Rurstr. 25.  
 Hans Schoens, Rurstr. 25.  
 Eugen Golin, Rurstr. 15.  
 Paul Oelgart, Rurstr. 14.  
 M. F. Berger, Neue Steinmühlstr. 3.  
 SW.  
 Franz Schwarzlose, Rurstr. 56.  
 Apoth. E. R. Heiliger, Rurstr. 3.  
 Gustav Rettig, Rurstr. 91.  
 Ernst Wüh. Weirich, Blücherstr. 1.  
 C. F. Ancker, Rurstr. 249.  
 Johannes Scops, Rurstr. 240/241.  
 Kurt Bahr, Rurstr. 15.  
 NW.  
 G. A. Hesterberg, Droguerie u. Parfümerie, Rurstr. 39.  
 Herm. Bardorf, Rurstr. 30.  
 H. Bischoff, Rurstr. 31.  
 Herrlich, Rurstr. 42.  
 F. u. R. Rades, Rurstr. 52.  
 Felix Günther, Rurstr. 40.  
 Hans Nossack, Rurstr. 56.  
 N.  
 G. A. Hesterberg, Droguerie u. Parfümerie, Rurstr. 39.  
 Hugo Barth, Brunnenstr. 18.  
 Franz Berner, Brunnenstr. 102.  
 NO.  
 Rich. Loss, Rurstr. 19.  
 Franz Buhl, Rurstr. 85.

Druckfehler-Berichtigung.  
 In dem Mittwochs-Insert der Firma:  
**Goldwaren-Industrie Belmonte & Cie.**  
 Königstrasse 46  
 muß es heißen:  
 14 kar. goldene Herren-Ketten  
 2 Mark pro Gramm,  
 nicht Ringe, wie irrthümlich ge-  
 sagt war!

**Brauerei Germania**  
 Aktien-Gesellschaft  
 Berlin O. 34  
 Frankfurter Allee 53  
 Teleph. Amt VII 2645  
 empfiehlt für **1,50** frei Haus  
 18 Fl. 1/10 Lagerbier (27420)  
 15 Fl. 1/2 Lagerbier  
 15 Fl. 1/10 Pilsener Art  
 15 Fl. 1/10 Münchener Art  
 15 Fl. 00 Weissbier  
 20 Fl. Doppel-Weissbier.

**Herren-Kragen,**  
 rein leinen, garantiert 4 fach,  
 sämtliche neue Façons, in allen Weiten  
 Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.  
 Geschlossene Kragen  
 per Dutzend 3 M. u. 3 M. 50 Pf.  
 Manschetten, prima, garantiert 4 fach,  
 1 Dutzend 2,25 Mark,  
 Oberhemden, Servietten, Kra-  
 watten in größter Auswahl, Te-  
 cotagen, Strümpfe, Detailverkauf  
 zu Engrospreisen. 2624 L.  
**Ernst Harosse, Münzstr. 23.**

**III. Wahlkreis.**  
**Socialdemokratischer Wahl-Verein.**  
 Sonntag, den 24. November, abends 6 Uhr,  
 bei Mührling („Märkischer Hof“), Admiraalstraße Nr. 18:  
**Gemütliches Beisammensein.**  
 Eintritt inkl. Garderobe 20 Pf. — Recht zahlreiche Beteiligung erwartet.  
 Der Vorstand.

**Verband des techn. Bühnen-Personals.**  
 Sonnabend, 23. November, abends 11 Uhr, Neue Köhlerstraße 3:  
**Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Regelung des Arbeitsnachweises. 3. Verbandsangelegenheiten und Beschiedenes.  
 Um zahlreichen Besuch bittet  
 Der Vorstand.

**Centralverband d. Zimmerer Deutschlands**  
 (Zahlstelle Berlin).  
 Sonntag, den 24. November, vormittags 10 Uhr, in den  
 Reminthalen, Kommandantenstr. 20:  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über: „Socialpolitik und die Gewerkschaften“. Referent  
 Genosse **Wurst**. 2. Diskussion. 3. Mitteilungen und Verbands-  
 angelegenheiten. 255/10  
 Die Mitglieder werden dringend ersucht, dem wichtigen Thema zufolge,  
 recht zahlreiche und pünktlich zu erscheinen.  
 Der Vorstand.

**Achtung! Achtung!**  
**Charlottenburg.**  
**Arbeitslosen = Versammlung**  
 für Männer und Frauen  
 am Freitag, den 22. November, nachmittags 2 Uhr,  
 in Hoffmanns Volksgarten auf Westend, Kasanien-Allee 1.  
 Tagesordnung:  
 1. Ursachen und Wirkung. Ref.: Hl. Imle. 2. Diskussion.  
 Der Einberufer.  
 Am Montag, den 25. d. M., abends 8 Uhr, findet Mannu-  
 stroße 27 eine **Versammlung** zur Aufstellung der **Kandidaten** für  
 die Delegierten-Wahlen bei der  
**Orts-Krankenkasse der Gürtler**  
 statt. — Der Eintritt ist nur großjährigen Mitgliedern, welche sich durch  
 Mitgliedsbuch legitimieren, gestattet.  
 S. A.: G. Knoll.

**Deutscher Holzarbeiter-Verein.**  
 Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
 Engelauer 15:  
**Vertrauensmännerversammlung**  
 sämtlicher Bezirke und Branchen.  
 Tagesordnung: 1. Die Unternehmer-Vereinigungen, die Krise  
 und ihre Stellung zu den Vorschlägen der Unternehmer. 2. Ber-  
 richt-Streik und Differenzen. 128/4  
 Jede Vertikalt muß vertreten sein,  
 Mitgliedsbuch nebst Karte legitimiert.  
 Um pünktliches Erscheinen ersucht  
 Die Ortsverwaltung.

Sonntag, den 1. Dezember 1901, abends 5 1/2 Uhr,  
 im gr. Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:  
**Kammermusik-Abend.**  
 Zur Aufführung gelangt unter andrem:  
 Quartett F-dur . . . . . Beethoven,  
 Follon-Quintett . . . . . Schubert,  
 Trio, Op. 188 . . . . . Relsiger,  
 sowie Gesänge und Klavier-Solli.  
 Mitwirkende: Fr. Helene Elmer, Opernsängerin, Herren Kapell-  
 meister O. Kockerl, Professor Carl Wanisch, Konzertmeister A. Wittenberg,  
 H. Walter, K. Klöppel, F. Hoffelder und H. Loose.  
 Billets a 50 Pf. (Tanzfrei) auf untram Bureau, Zimmer 11-12,  
 Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 24. November, vormittags 10 Uhr, im Lokal  
 Gewerkschaftshaus, Saal Nr. 1:  
**Versammlung der Einseker.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Unsere gegenwärtige Lage. (Eingeladen sind die Kollegen der Firma  
 G. o. s. o. w.) 2. Beschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 Die Kommission.

**Charlottenburg.**  
 Montag, den 25. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in der Gambrius-  
 Brauerei, Wallstraße Nr. 94,  
**Öffentl. Kommunalwähler-**  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 Die Stadtverordneten-Wahlwähler. Referent: Reichstags-Abgeordneter  
 Zabell. 250/18  
 Der Einberufer.

**Socialdemokratischer Central-Wahlverein**  
 für Teltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg.  
 Sonntag, den 24. November, nachmittags 5 Uhr,  
 bei Cdt. Schöneberg, Weiningerstraße 8 (Ede Martin Lutherstraße):  
**General-Versammlung**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht und Reumahl des Vorstandes, der Neoforen und der Dele-  
 gierten zur Presh, Agitations- und Lokal-Kommission. 2. Bericht der Vor-  
 stände der örtlichen Wahlvereine. 3. Bericht vom Parteitag in Rübch.  
 4. Anträge. 250/7

**Arbeiter-Bildungsschule.**  
 Sonntag, 24. November, abends 7 Uhr,  
 in Feuersteins Festhallen, Alte Jacob-Strasse 75:  
**Vortrag**  
 des Genossen **Waldeck Hanasse** über: „Spinoza und Goethe“.  
 Eintritt 20 Pf. [50\*] Garderobe frei.

**Nervenkrankheiten**  
**Vortrag**, Freitag, den 22. Nov., abends 8 1/2 Uhr,  
 Andreasstr. 21. Demonstriert an großen Lichtbildern  
 vom Naturheilverfahren **Grundmann**.  
**Männer und Frauen.** Eintritt 20 Pfennig.  
 Gr. Berl. Naturheilverein. Naturheilk. Sprechst. Kurort Röhndorf, 72. 11-2-6-8.  
 Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Berlin N., Wadstr. 58 (gr. Saal):  
**Grosser Vortrag**  
 (Damen und Herren) über:  
 1. Was müssen die Männer von den Frauenkrankheiten und  
 die Frauen von den Männerkrankheiten wissen? 2. Die wichtigsten  
 Anwendungsformen in der Naturheilkunde (grafische Vorführungen).  
 3. Diskussion, Fragebeantwortung! Referent: Dr. Rud. Geist, Naturarzt,  
 Götze (Damen und Herren) willkommen! Eintritt 20 Pf.  
 Der Vorstand des „Naturheil-Verein Charlottenburg-Berlin (Nr. 1180)“:  
 J. A.: F. Lange, Charlottenburg, Sophie-Charlottenstr. 101.  
 Sonntag: 1/2-5 Uhr, Faustball-Beizspiel und Volksspiele für Erwachsene  
 und Kinder in der Seefraße (neben der Kirche). 292/17

**Puppen-Fabrik**  
**Otto Kreyszig** 2654L\*  
 Brunnenstrasse 119, Laden und 1. Etage.  
**Grösstes Special-Geschäft für Puppen.**

**Grösste Leistung \* Schuhwaren-Angebot \* Noch nie dagewesen.**

Herren-Zugstiefel, genagelt . . . . . 4,00	Herren-Stiefel, Chevreaux . . . . . 8,50	Damenknopf-Schnürstiefel, Chevreaux . . . . . 6,95
Herren-Schnürstiefel, eckig . . . . . 4,90	Damenknopf-Schnürstiefel . . . . . 4,50	Damen-Halbschuh, jedes Façon . . . . . 3,25
Herren-Stiefel, Kalbleder . . . . . 6,00	Damenknopf-Schnürstiefel, Kalbleder . . . . . 5,95	Damen-Hausschuh in Leder, warm Futter . . . . . 2,70

**Heinrich's Schuhladen, Köpenickerstr. 56.**

**Jedes 5 Pfennig. Wort: 5** Nur das erste Wort fällt. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**Kleine Anzeigen.**

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vorortblätter bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**  
 Stoffe, Herrengarderobe, wegen Aufgabe billig zu verkaufen. Alexanderstr. 25. 16748\*

Vorjährige elegante Anzüge und Paletots aus feinen Stoffen verkauft Sonnabend und Sonntag B. Vowtow, Alexanderstr. 22, Alexanderhof. 9079\*

Hohelegante Anzüge und Paletots nach Maß von 25,00 an. B. Vowtow, Schneidermeister, Alexanderstr. 22, Alexanderhof. 9082\*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Etage 95 Piccini. Bessere Sachen enorm billig. Hülfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Vornstr. 4 und 5. 9248\*

Teppiche! (Lehrstühle) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Godefroystr. 4, Rohndorf. 119/14\*

Spottbillig! Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Uhren, Winterpaletots verkauft Reihhaus, Alexanderstr. 6. 9138\*

Möbel-Gelegenheit. Beim Kupfernotar Otto Videtz, Mädelstr. 25 (Böhmischer), sehen zum spottbilligen Verkauf neue gediegene und wenig gebrauchte Einrichtungen, ein feines Saloncabinet 20,00, Saloncabinet 20,00, Zimmerteppiche 8,00, Kleiderstühle, Salongarnituren, Paneele, Sofas, Kuchentische, Büffets, Schreibtische, Bücherregale, Salonbilder, ge-  
 schiedene Leuchter, Divandons, Stühle, Steppdecken, Salonuhren, Bildschildecken 5,00. Verschiedene Gelegenheitskäufe. Gefasstes Lager unentgeltlich. 9138\*

Gelegenheit! In meinem großen Möbelspeicher mit eigener Kopierwerkstatt verkaufe zu spottbilligen Preisen: Trumeaus, Kücheneinrichtungen, Kleiderstühle mit Federmatratze 52, Tischensofas 55, Kleiderbetten 18, Schlafsofas 40, Gabelgarnituren 100. Komplette Zimmer-einrichtungen in jeder Preislage. M. Rosenkranz, Möbelspeicher, Straßschreiberstraße 3. 9162\*

Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinen Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21, II. 9092\*

**Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737\***  
 Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinen Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21, II. 9092\*

**Kümmelgahner verkaufe zu Spottpreisen:** Kücheneinrichtungen, Kleiderstühle, Bettsofas, Schlafsofas 42, Trumeaus, Tischensofas 50, Schreibtische, Bettstellen mit Federmatratze, Paneele 80, Gabelgarnituren 100. Bildschirmlampen 85, nur allein beim Fabrikanten. Händler 5 Prozent Ermäßigung. M. Rosenkranz, Schaubauer Allee 171. 21448

**Paneele**, wie neu, 50,00, Bildschirmlampe 10,00, Saloncabinet elegant 30,00, Kleiderstühle, Bettsofa, ganze Einrichtung spottbillig. Gartenstr. 148, vorn I. links. 7136\*

**Teppiche** mit Farbentwürfen, farblich überlegene Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737\*

**Nähmaschinen** und Fein-Veränderung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 8576

**Strickmaschinen**, auch Teilmaschinen. Brederer, Engel-Auer 20.

**Waschmaschinen!** Sparstrome! 6,00, Reifevorben 8,00, Breitschneidender 3,00. Gashängel-Apparate billig! Babloner, Wallmeyerstr. 10, vorn und dreihändig. 2174\*

**Waschmaschinen**, durchsichtig, für Gewerbe, Druckerei, Schwämmerei, Getreide- und andere, bessere Geschäfte, überaus schön. 14 Hölzer 3 Mark, 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/7, 1/8, 1/9, 1/10, 1/11, 1/12, 1/13, 1/14, 1/15, 1/16, 1/17, 1/18, 1/19, 1/20. Vorverkauf in jeder Preislage. M. Rosenkranz, Möbelspeicher, Straßschreiberstraße 3. 9162\*

**Stehplatten** billig! Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737\*

**Nähmaschine**, gutgehend, 14 Mark. Seidel, Zwingerstraße 11, vorn IV.

**Recherhandlung**, Stoffe für Paletots, Anzüge, Damenmodestoffe, Sados, Plüsch, Sammet, Kleiderstoffe, Anzüge nach Maß. Schol, Günter Weg 51, Vorderer Osten. 7141\*

**Uhren**, Silberne Remontoir, 5, 6, 8, 10, 12, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000. 9162\*

**Wangbare Restauration**, Hof, Hofstraße 41/42. 707\*

**Wett** Umstände halber, 17,00. Michel, Röhndorfstraße 20. 21506

**Nähmaschinen**, preiswerteste Bedienung, ohne Nähmaschine, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadteilen sofort, Landbergerstraße 32, Röhndorfstraße 60/61. 11215\*

**Hohl-, Sport- und Ringelherren** verkauft Walter, Friedrichstraße 10, vorn II. 733

**Paneele**, wie neu, gut zum Verarbeiten, 48 Mark, mottentfrei, Gelbmangel, verkauft Viniensstr. 137, I rechts. 21448

**Vermischte Anzeigen.**  
 Eingabegesuche 50 Pfennige. Rechtschaffen, Straßburgerstraße 68, Dinger. 9218\*

**Rechtsbureau**, Teltowerstraße fünfundsiebzig, Eingabegesuche, Rechtserteilung. 9218\*

**Rechtsbureau**, Julius, Wallerstraße 55. 1901b

**Unfallfachen**, Riagen, Eingaben, Stellamtionen, Vögler, Steglitzerstraße 65. 17406\*

**Patentanwalt** Dammann, Wladimirplatz 57, Audienz bis abends neun. 7672\*

**Kunstschneiderei** von Frau Koloski, Steinwegstraße 48, Quergebäude hoch parterre.

**Kleiderstücke** von 5,00 an fertige nach Maß, jede Art Damenschneiderei elegant, billig! Schöneberg, Kaiser Friedrichstraße 15, Baden. 16735\*

**Kleiderstücke** von 5,00 an, fertige nach Maß, jede Art Damenschneiderei elegant, billig! Reanderstraße 25, parterre links. 16726\*

**Der Stoff** hat leere elegante Anzüge und Paletots nach Maß von 15,00 an. B. Vowtow, Alexanderstr. 22, Alexanderhof. 9092\*

**Bauhandwerker!** Mein Wasserwagen-Geschäft befindet sich jetzt: Neue Hofstraße 8, Julius Röhndorf. 1891b\*

**Schuhbinderer**, Kleider, Charlotterstr., Brunnenstraße 66, Eingabegesuche, Anfertigung jeder Art Schuhbänder. 7144\*

**Bücherkauf** und Beilegung Dornemann, Kochstraße 56, I. Kant 6. 5397.

**Augstabad**, Röhndorfstraße 60 Baden jeder Art für sämtliche Kranke. 7306\*

**50 Pfennig!** Stellungsgeuche, Bittschriften! Überbillig! Rechtschaffen, Unfallfachen, Rechtserteilungen, Beratungen! Viniensstraße 36. 21436

**Vermietungen.**  
**Rechtsbureau**, geräumig, Simeonsstraße 23. 8452\*

**Rechtsbureau**, Prozeduralhand, Eingabegesuche, Rechtserteilung, Pächterstr. 5, links. 2132b

**Zähne** 1 Mark. Spezialität: ohne Platte! 10 Jahre Garantie. Grundbesitz: Schöneberg, Schmerlose Beschauung. Bezahlung erst bei vollständiger Zufriedenheit. Dresdenerstraße 105.

**Strohhäfen**, Strohhäfen, Beratungen, Zahlungsbehalte, Stellungsgeuche, Rechtserteilung. Wallow, Söllingerstraße 141. Sprechstunden: Abends, Sonntags. 2146b

**Rechtsbureau**, Rechtsgelehrte, Rechtserteilung, Rechtschaffen, dreiundsiebzig (Reben-Concordiastraße).

**Rechtsbureau!** Wer sich über diese rechtliche Angelegenheit unserer Zeit unterrichten will, verlange die fünf Blätter des Weltbundes gegen Revision, welche unentgeltlich versendet werden vom Reichsverein Berlin, Röniggraberstraße 108. Daselbst können auch Referenzen für Rechtsanwälte in Arbeitervereinen über Revisionen bestellt werden. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b\*

**Großer schöner Keller** mit vielen Räumlichkeiten, passend für Milchgeschäft, Bierverlag etc. zu vermieten. Behrdehlinerstraße 45. 9048\*

**Zimmer.**  
 Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, Rantowstraße 5, Quergebäude III. Dürlich. 2003b

**Möbliertes** Balkonzimmer zu vermieten. Rantowstraße 21, vorn I links.

**Schlafstellen.**  
 Möblierte Schlafstelle für 2 unabhängige Herren, Gräsestraße 35 bei Nr. 61. 1331b\*

**Schlafstelle** 2 Herren am Circus 4, Hof rechts III. Dornemann. 2133b

**Möbliertes** Schlafstelle, Vorderzimmer, kann dem mitwohnen. Ulrich, Straßburgerstraße 20. 2142b

**Schlafstelle** für Herrn Alte Jakobstraße 104, III. 2141b

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
 Kinder Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen gelassen, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Rantowstraße 27, A. Gähler. 9328\*

**Verwandtschaft.** Volkslied-Gesellschaft, Söllingerstraße 4, Weinmachen Platze frei. 770\*

**Dirigent**, sehr tüchtig, übernimmt nach Stellung größeren gefälligen leistungsfähigen Vereins. Angehört M. 6 Expedition „Sonntags“. 2136b

**Stellenangebote.**  
 Tüchtiger Aufschneider auf Goldschloß, Söllingerstraße 4, Weinmachen Platze frei. 1995b\*

**Barockgoldverleger** verlangt Rutenberg, Weiden. 2147b

**Am Arbeitsmarkt** durch besondern Text hervorzuheben. Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

**Für eine Berliner Filzschuh- u. Pantoffel-Fabrik**  
 wird gegen hohes Gehalt per sofort oder später ein tüchtiger, durchaus tüchtiger  
**Meister**  
 gesucht, der verfeinerter Modeller sein muß. Nur Bewerber, welche eine gleiche Stellung in der Filzschuh-Fabrik mit Erfolg bekleidet haben, wollen sich mit ausführlicher Offerte melden unter **J. A. 6190** an Rudolf Mosse, Berlin SW.

**Achtung!**  
**Klavier-Arbeiter!**  
 Der Zusatz von Klavierarbeitern aller Branchen ist wegen Vollbeschäftigung bei der Firma C. Neugebauer Nachf., Dell u. Comp., Andreasstr. 32, streng ferngehalten.  
 Die Ortsverwaltung.

**Achtung!**  
**Holzarbeiter Rixdorfs!**  
 In der Werkstatt von 123b Schwarz, Kopffstr. 33, sind wegen Nichtbeschäftigung des Rixdorfsarbeiten Differenzen ausgedrückt. Zugang ist ferngehalten.

Des Kneißl-Dramas Schluß.

Aus Augsburg erhalten wir die folgende beachtenswerte Aufschrift: Man könnte die folgenden Ausführungen auch überschreiben: „Die Gesellschaft auf der Anlagengasse“.

Zwischen hinein fällt das Hauptreue der Kneißl-Lade: Der Nord in Zehenbrunn, um den sich der Prozeß in der Hauptsache dreht. Das Urteil ist gefällt — die Todesstrafe soll das Verbrechen, das durch eine Kette von Zufällen sich abspielte, sühnen!

Die Verteilung der Straftaten auf die Kneißl-Lade ist eine zweite Frage! Die Anklage gegen Kneißl wegen Mordes steht und fällt mit der Verurteilung oder Freisprechung des Rieger!

Die Verteilung nicht mit Unrecht die Schuld an dem tragischen Ereignis der Planlosigkeit der Gendarmen bei der beabsichtigten Festnahme bei. Zwei Gendarmen, der Kommandant Brandmeier und der Sergeant Scheidter, unterstützen von 6 Bauernbrüdern, kommen von Altmünster.

Von der Gefangenennahme Kneißls selbst, die in der Verhandlung nur gestreift wurde, wollen wir weiter nichts erwähnen. Sie ging unter Umständen vor sich, die der Verteidiger Kneißl, Herr v. Pannwitz, als sich in Pflicht bezeichnete.

Es ist ja kein Zweifel daran, daß Kneißl sich in seinen Taten als ein Verbrecher darstellt, der sich nicht entschuldigen läßt. Allein wir fragen doch: wie ist es möglich, daß ein Mensch so süßen konnte? Wo liegt die Schuld? Wo ist der Schlüssel zu all diesen Verbrechen?

Die Gefangenenschaft war zu Ende, Kneißl fand als Schreibergeselle Arbeit in München, konnte sie jedoch nicht annehmen, weil er ausgewiesen ward; er zog von Ort zu Ort, überall klang es ihm und seinen Meistern in den Ohren: das ist der Schacher Müller-Hias!

Aber eine große Quelle des Studiums in psychologischer Hinsicht bot die ganze Verhandlung. Und es wäre wünschenswert und gut gewesen, wenn die sich als betrunken dünkenden Organe des Staates zur Hebung und Förderung der Volksmoral und Vervollständigung derer gewesen wären.

Interessant für die Anschauung über den Zweck der Gefangenenanstalten und Zuchthäuser, die doch auch Vervollständigungsanstalten sein sollen, ist die Aufstellung des Herrn Staatsanwalts, als er fürchtete, die Geschworenen könnten die Schuldfrage verneinen und den Kneißl mit 15 Jahren Zuchthaus „beglücken“.

schossenen Kugeln das Stiel mit 1,50 M. gekauft wurden, daß Kneißl bei seinen folgenden Krankenlager dann zahlreiche Briefe von weiblicher Hand erhielt mit der Befehdung der hohen Anerkennung und der Bitte um Ueberlassung irgend eines Andenkens!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Parteigenossen aus dem Kreise Wittenberg-Schweinitz, sowie sonstige Genossen, die für die am 20. Dezember dort stattfindende Reichstagswahl thätig sein wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie Flugblätter, die Sonntag verteilt werden müssen, heute bei Otto Gresse, S.W., Siboldstr. 3, 2. Hof parterre, abholen können.

Au die Charlottenburger Parteigenossen!

Am Dienstag, den 20. November, sind die Stadtverordneten-Sitzungen. Gewählt wird bis 8 Uhr abends. Im 1., 6. und 7. Bezirk, wo unsere Kandidaten zur engeren Wahl stehen, gilt es, alle Kräfte anzusprechen und alle Wähler bis auf den letzten Mann zur Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten.

Im achten Bezirk, wo wir ausgefallen sind, handelt es sich darum, ob Herr Rechtsanwalt Niel oder Herr Monteur Rischer in das Stadtparlament entsandt werden soll. Herr Niel ist Kandidat der sogenannten „Unpolitischen“, d. h. derjenigen Clique, die die Angelegenheiten der Stadt als ihre Privatangelegenheiten betrachtet.

Aus diesen Gründen hat die Generalversammlung des Wahlvereins am 20. November beschlossen, denjenigen Wählern, die in der Hauptwahl für unsere Genossen Sabor gestimmt haben, zu empfehlen, in der Stichwahl für Herrn Monteur Rischer zu stimmen, um die Wahl des Herrn Niel zu verhindern.

Am Sonntag früh 8 Uhr findet eine Flugblatt-Verbreitung statt. Treffpunkte für den I. Bezirk bei Baasche, Potsdamerstraße; für den VI. Bezirk bei Rischer, Pestalozzistraße, Ecke Krümmelstraße; und für den VII. Bezirk bei Röttger, Leibnizstraße 3. Laut Befehl der Generalversammlung helfen die Genossen der Bezirke II und III bei der Flugblattverbreitung und am Tage der Stichwahl im I. Bezirk; die Genossen des V. Bezirks im VI. Bezirk und die Genossen des IV. Bezirks im VII. Bezirk. Seid alle zur Stelle und thut eure Schuldigkeit!

Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins von Charlottenburg.

Grünau. Sonnabendabend 9 Uhr hält der Wahlverein bei Werk, Köpckeplatz 88, eine Versammlung ab, in der Genosse Wegler über den Ausbau der Arbeiterversicherung spricht.

Lokales.

Freisinnige Jeremiaden.

Das Ergebnis der Stadtverordneten-Wahlen beschäftigt noch fortgesetzt die freisinnigen Bezirksvereine. Am Tage nach den Wahlen der dritten Abteilung hatte sich die freisinnige Presse Verlust den Anschein zu geben versucht, als sei sie durch die Niederlage, die der Freisinn erlitten hatte, nicht im geringsten überrascht worden.

Erweiternd wirkt es, daß daneben immer wieder neue Versuche gemacht werden, die erlittene Niederlage doch noch möglichst zu bemänteln. Dabei wird natürlich auch das alberne Mittel nicht verschmäht, die Gesamtheit der nicht zur Wahl erschienenen Wahlberechtigten für die eigene Partei zu reklamieren. Leider seien die Liberalen alle häßlich zu Hause geblieben; darum sei auch die Wahlbeteiligung so schwach gewesen.

Das Tollste ist, daß selbst über den 22. Bezirk, dessen Verlust dem Freisinn besonders schmerzhaft ist, die Mär verbreitet wird, hier hätten die Liberalen sich lässig gezeigt, und es sei die Wahlbeteiligung dementsprechend gering gewesen. Ein von freisinnigen Blättern veröffentlichter Bericht über die letzte Versammlung des freisinnigen Andreasplatz-Bezirksvereins weiß zu erzählen, daß in diesem Bezirk (nach den in der Versammlung gemachten Angaben) von 6700 eingeschriebenen Wählern nur 2000 ihr Wahlrecht ausgeübt hätten.

Der Freisinn besorgte sich, daß die Wahlbeteiligung in dem Wahlbezirk 22. Bezirk fast ganz deckt, bei 6432 Wahlberechtigten in der Hauptwahl nur 1872 Stimmen abgegeben, so daß sich die Wahlbeteiligung auf nur 34 Proz. stellte. Wie man sieht, ist hier die Wahlbeteiligung diesmal beträchtlich stärker gewesen als vor sechs Jahren.

Niederlage nicht der Wahlfähigkeit seiner Wähler verdankt, sondern der wachsenden Einsicht der Bevölkerung, die sich immer mehr von dem verrotteten Freisinn abwendet.

Der neueste Freisinnstotau.

Die Strafe unter den Linden wird auf Kosten der Steuerzahler nach den Wünschen des Kaisers geändert werden. Im stromenden Regen haben nämlich Mitglieder des Ausschusses für die Vindemungsgestaltung gestern eine Ortsbesichtigung unternommen und in ihrer Mehrheit daraufhin ihren Sinn geändert, der ursprünglich auf das sogenannte Projekt I als das zweckmäßigste gerichtet war.

Die Direktion der städtischen Gaswerke hat in der Angelegenheit der gemeldeten Maßregelung von 20 Arbeitern der Revier-Inspektionen erfreulicherweise nachgegeben. Sämtliche Gemahregelten sind zu ihren alten Lohnbedingungen wieder eingestellt worden, nachdem am vergangenen Dienstag Verhandlungen mit der Direktion stattgefunden haben.

Die bisherigen Verhandlungen ergaben, daß die Maßregelung der abgedienten Leute nicht etwa auf einen Ueberriff des Revier-Inspektors zurückzuführen ist, sie erfolgte vielmehr auf Anordnung der Direktion. Maßgebend wirkte bei dem mehrfachen Vorgehen noch eine höhere Stelle mit, die ganz besonders die Organisation der städtischen Arbeiter haßt; dieses muß wenigstens aus Aeusserungen geschlossen werden, die bei den Verhandlungen fielen.

Kein Hausbesitzer. Es war der Irrtum verbreitet, daß im 32. Wahlbezirk, wo bekanntlich eine Reichswahl zur Stadtverordneten-Versammlung zu erfolgen hat, ein Hausbesitzer gewählt werden müsse.

Eine eigentümliche Strafe für unpünktliche Mietzahlung scheint in Mode zu kommen. Und ist folgende, vom Rechtsanwalt Glayel in der Friedrichstraße 39 abgefasste Zuschrift zur Verfügung gestellt worden:

Berlin, 4. November 1901.

Nach Mitteilung des Herrn Verwalters V. haben Sie die Mietzinsrate pro November mit 42 Mark 50 Pf. noch nicht bezahlt. Namens und in Vollmacht des Otto Schmidtschen Testamentsvollstreckers, Kaufmann Robert Rosenfeldt, erlaube ich Sie zur Vermeidung sofortiger Ermäßigung die seit dem 1. d. M. fällige Miete mit 42 M. 50 Pf., sowie meine Gebühren, Schreibgebühr und Porto für dieses Schreiben mit 1,25 M. innerhalb drei Tagen an Herrn V. zu zahlen.

Der Empfänger des Schreibens hat die Miete entrichtet, jedoch verzögerte er erklärlicherweise auf die Ehre, für den Hauswirt das Geld zu zahlen, das dieser dem Rechtsanwalt schuldet. Er findet es seltsam, daß der Anwalt überhaupt die Gebühren, die er vom Hauswirt für seine doch wohl ziemlich mündliche Inanspruchnahme zu fordern ein Recht haben mag, vom dem Mieter verlangt.

Die „Milkonferenz“, die am Dienstag tagen sollte, ist verschoben worden. Laut amtlicher Mitteilung sollen daran grundsätzlich nur Vertreter der beteiligten Behörden unter Ausschluß von Sachverständigen und Interessenten teilnehmen. — Eine wunderliche Anordnung. Gerade als ob es organisierte Arbeiter wären, die die Freiheit hätten, in einer sie angehenden geordneten Anordnung ein Wort mitreden zu wollen.

Ihr Warnung für Arbeitlose möge eine Mitteilung dienen, die uns aus dem großen Referendare der Industrie zugeht. Dieser Tage war in hiesigen Blättern zu lesen, daß in den angeblich stark mit Aufträgen bedachten industriellen Fabriken zu Spandau Arbeiter gesucht werden. Auf diese Meldung hin haben täglich etwa 300 Berliner Arbeitslose das schwere Opfer gebracht und 60 Pf. für die Bahnfahrt riskiert, um dann bei ihrer Ankunft in den königlichen Fabriken zu erfahren, daß auch nicht die geringste Aussicht auf Einstellung für sie vorhanden sei.

Presche in die Arztzunft. Der Verein für innere Medizin, einer der größten ärztlichen Vereine Berlins, hat in der letzten Sitzung seiner Geschäftskommission den Beschluß gefaßt, in Deutschland approbierte Ärztinnen zur Aufnahme in den Verein zuzulassen. Vielleicht belehren sich die zünftlerisch gestimmten Ärzte auch bald zu der Anschauung, daß es unziemlich ist, die im Ausland approbierten Ärztinnen als Kurpfuschereien zu beschimpfen.

Der Staat und die Arbeitslosigkeit. Eine Korrespondenz meldet: Bezeichnend für die Lage der Arbeitslosen in den Vororten ist das Ergebnis der letzten polizeilichen Streife in der Umgebung von Steglitz.

Bahnsteigereierei. Ein Leser schreibt uns: Als ich heute früh 7 Uhr 35 Minuten den Bahnsteig Zammowigbrücke betrat, sah ich, wie der Bahnsteigkassierer einen Arbeiter die Wochenskarte abnahm mit den Worten: „Für mich ist die Karte ungültig, holen Sie sich eine andre“.

Das Richard Wagner-Denkmal des Professors Oberlein ist vom Kaiser genehmigt worden.

Im Zeichen des Verkehrs. Berlin wird durch eine der üblichen Verkehrsveränderungen wieder einmal an seine Weltstadt-Qualität erinnert. Morgen ist nämlich die Rekrutenvereidigung.

Durch einen Sturz vom Bau tödlich verunglückt ist am Dienstagmorgen der 43 Jahre alte, aus Hildesheim gebürtige Arbeiter Karl Böhle aus der Riehmstr. 9.

Ein Einbruch in einer Gemeindefschule ist in der vorgestrigen Nacht verübt worden. Neben den in seiner Art wohl einzig dastehenden Vorfällen ermittelten wir folgendes: Als am Dienstagmorgen die Jüglinge der 63. Gemeindefschule Gypstr. 23a die Klassenzimmer betraten, bemerkten sie, daß die Schränke erbrochen und ihres Inhalts zum Teil beraubt waren.

Zwei Warenhaus-Glubrecher sind von der Kriminalpolizei wieder einmal festgenommen, nachdem sie schon sechsmal hinter den schwedischen Gardinen gefesselt haben. Der 26jährige frühere Krißi Willy Hirsform und der 28 Jahre alte ehemalige Geschäftsfreund Max Frenzel waren seit langer Zeit zur Blindenstraße von Warenhäusern verbannt.

Auch eine Verurteilung. Wir erhalten folgende Zuschrift: Mit Verneinung auf das Vergehen ersuche ich Sie, folgende in der 1. Beilage des „Borndats“ (Nummer 209 vom 16. November etc.) entfallenen Zeitschriften zu berichten: I. Die Industrie der Stadtmission ist keine Arbeitsgelegenheit für entlassene Zuchtsträflinge, sondern ein großer, regelmäßiger Geschäftsbetrieb, bei welchem es uns natürlich lieb ist, wenn wir einzelnen Arbeitslosen helfen können.

Das sind alles Dinge, die von uns gar nicht bestritten worden sind. Was wollte der Herr Stadtmisionar also?

Die Blutschuld eines Irrenhanses. Am Mittwochabend in dem Hause Steinstr. 4 eine große Aufregung hervor. Ueber den Vorfall wird uns berichtet: Ein 54 Jahre alter geisteskranker Ingenieur, Vincenz Polierowski, war vor längerer Zeit in den Irrenanstalten zu Dalldorf und Herzberge und sollte als unheilbar einer Provinzialanstalt überwiesen werden.

Ein Fabrikbrand, welcher der Feuerwehr viel zu schaffen machte, kam Donnerstagmorgen 8 Uhr in der Pianofortefabrik von G. R. u. Kallmann in der Knibstr. 34 zum Ausbruch. Das Feuer entstand auf noch nicht ermittelte Weise in der zu ebener Erde des Quergebäudes belegenen Trockenkammer und entwickelte binnen wenigen Minuten einen solchen Qualm, daß die in den oberen Stockwerken beschäftigten Arbeiter schließlich auf ihre Rettung bedacht sein mußten.

Aus dem Zuge heraus verhaftet wurde gestern auf dem Schlessischen Bahnhof ein reisender Schachspieler, der 33jährige ehemalige Kaufmann Schwarz. Der festgenommene, der keine Wohnung hat, lebte nur auf der Eisenbahn und in Hotels. Seit einiger Zeit gingen den Polizeibehörden in verschiedenen preussischen Städten Mitteilungen zu, wonach in den D. Zügen Schachspiele getrieben wurden, wobei die Mitspieler mit größter Regelmäßigkeit geruht wurden.

Theater etc. In Gerhart Hauptmanns neuer Tragikomödie: „Der rote Hahn“, welche im Deutschen Theater am Mittwoch, den 27. d. M., zur ersten Aufführung gelangt, werden die Hauptrollen von den Damen Oberty, Müller, v. Voelkly und den Herren Hoffmann, Fischer, Kasper, Reinhardt, Ritter, Sauer, Beyer dargestellt.

Der Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer beging am Mittwoch sein 30. Stiftungsfest. Als Festlokal war diesmal der Circus Schumann gewählt, dessen umfangreiche Räume kaum die Menschenmassen zu fassen vermochten, welche der Einladung gefolgt waren.

Oben auf der großen Bühne war das laute Circustrüben vertrieben, hier trat die künstlerische aus dem eigenen Reizen der Buchdrucker in Bestreben und es muß ihr das Lob gesprochen werden, daß sie es verstanden hat, in trefflicher Weise Humor und Satire zur Geltung zu bringen.

Aus den Nachbarorten.

Die Gemeinde Neu-Weißensee hatte im vorigen Jahre mit dem Fiskus einen Vertrag abgeschlossen, wonach das zu erbauende Amtsgerichts- und Gefängnisgebäude demselben auf 25 Jahre gegen Verzinsung der Baukosten mit 4 Proz. zur Verpachtung überlassen werden sollte.

Der Konsumverein Charlottenburg ist im abgelaufenen Jahre kräftig emporgeblüht. Seine Mitgliederzahl stieg von 820 auf 840, hat sich also gerade verdoppelt, und seitdem — das Geschäftsjahr schloß am 14. Oktober — sind wiederum so viele Einnahmen erfolgt, daß der Mitgliederbestand gegenwärtig die Zahl 700 erheblich übersteigt hat.

Aus Schöneberg schreibt man uns: Unser bei den Stadtverordnetenwahlen mehrfach gewählter Genosse Obst hat sich für die Annahme des Mandates vom 9. Bezirk entschieden, so daß im 4. Bezirk sowohl, wo Obst gleichfalls gewählt wurde, als auch in dem bisher schon von ihm vertretenen 8. Bezirk Neuwahlen zu erfolgen haben.

Aus Groß-Lichterfelde berichtet man uns: Die letzte Gemeindevertreter-Sitzung begann mit einer Versöhnung von fast einer Stunde. Es wäre wünschenswert, wenn häufig in solchen Fällen den Vertretern der Presse Mitteilung gemacht würde, damit sie ebenfalls ihre Dispositionen danach treffen könnten.

Zu der Höhle des Löwen. Wie es einem Arbeiter ergehen kann, der darüber zu wachen hat, daß die zwischen Unternehmern und Arbeitern festgelegten Bedingungen nicht übertreten werden, das zeigt ein Erlebnis unfres Parteigenossen Knäuper. Dieser hat am 30. Mai vorigen Jahres einen Neubau des Maurermeisters Ludwig besucht, um in seiner Eigenschaft als Mitglied der durch Vereinbarung vor dem Gewerbeamt eingetragenen Arbeiter-Kommission die im genannten Bau beschäftigten Zimmerer anzuhalten, daß sie nicht durch Leistung von Ueberstunden gegen die Vertragsbedingungen verstoßen.

Vom Kampf gegen die Streikposten. Durch Vereinfachung eines Arbeitswilligen zu Gunsten der Ausständigen sollten sich die Schuhmacher Rosenfeld und Limpf, welche gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I standen, eines Vergehens gegen § 133 der Gewerbe-Ordnung schuldig gemacht haben.

Heber ein Eisenbahn-unglück wird aus Posen berichtet. Donnerstag nacht kurz nach 1 Uhr fand bei Wude W. ein Zusammenstoß des von Sul leer einreisenden Theaterzuges mit einem Rangierzuge statt. Der Rangierzug fuhr rückwärts rangierend in den Personenzug hinein. Der Führer des Rangierzuges wurde tödlich verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Vermischtes.

Aus Hagenow (Pommern) wird telegraphiert, daß in der Hagenower Peide in der letzten Nacht ein Raubmord begangen ist. Der Thäter ist ein 27jähriger Mann, welcher sich flüchtig gemacht hat und dessen Verhaftung mit Eile zu befehlen ist.

Beim Entladen von Kartätschen entstand, wie aus Madrid gemeldet wird, in der Artilleriekaserne in Cerama eine Explosion, durch welche drei Soldaten getötet und 17 schwer verwundet wurden.

Grubenunglück in Amerika. Nach einem Telegramm aus Colorado Springs ist dort eine Galerie in der Smuggler-Union-Goldmine in Brand geraten. 200 Arbeiter waren in der Grube eingeschlossen, es gelang ihnen aber, sich zu retten, bis auf etwa 30, von denen man annimmt, daß sie ungetroffen sind.

Witterungsbericht vom 21. November 1901, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer stand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur in Grad Celsius, Stationen, Barometer stand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur in Grad Celsius.

Wetterprognose für Freitag, den 23. November 1901. Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe und regnerisch mit frischen westlichen Winden; später aufklarend und etwas wärmer.